

**Diskussionspapier zum SOEB-Werkstattgespräch 3:
Ostdeutschland – fragmentierte Entwicklung**

Berlin, 11./12. April 2006

Wir bedanken uns für Ihre Bereitschaft, an unserem dritten Werkstattgespräch zur sozioökonomischen Berichterstattung mitzuwirken. Auf den folgenden Seiten möchten wir Ihnen Thesen, Forschungsfragen und Berichtsansätze zur Entwicklung in Ostdeutschland zum Zusammenhang mit dem Umbruch des (gesamt)deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells vorstellen. Wir hoffen, dass Sie in Ihren Beiträgen kritisch darauf Bezug nehmen. Das Werkstattgespräch soll uns helfen, das Konzept zur Berücksichtigung Ostdeutschlands in der sozioökonomischen Berichterstattung für den zweiten Bericht zur sozioökonomischen Entwicklung Deutschlands weiter zu entwickeln. Ebenso erwarten wir uns Anregungen zu Kernthesen und zur Auswahl der Berichtsgegenstände für den zweiten Bericht.

Peter Bartelheimer (SOFI)
Rainer Land, Ulrich Busch, Andreas Willisch
Innovationsverbund und Netzwerk Ostdeutschlandforschung
Thünen-Institut für Regionalentwicklung Bollewick

Warum Werkstattgespräche

In den Jahren 2000 bis 2004 förderte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in einem sozialwissenschaftlichen Verbundvorhaben die Entwicklung eines sozioökonomischen Berichtsansatzes für die Bundesrepublik Deutschland. Zum Verbund gehörten Soziologisches Forschungsinstitut, Göttingen (SOFI), Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg (IAB), Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung, München (ISF), Internationales Institut für empirische Sozialökonomie, Stadtbergen (INIFES); die Projektleitung lag beim SOFI.

Ergebnis des Projekts war der erste Bericht zur sozioökonomischen Entwicklung Deutschlands – Arbeit und Lebensweisen (im Folgenden: SOEB I), der am 18. Februar 2004 in einer ersten Fassung auf einer Fachtagung in Berlin vorgestellt und im Sommer 2005 in einer erneut überarbeiteten Buchfassung veröffentlicht wurde (SOFI u.a. 2005). Im Herbst 2005 nahmen drei dieser Institute – SOFI, ISF, INIFES – mit Förderung des BMBF die Arbeit an einem zweiten Bericht (im Folgenden: SOEB II) auf, der im Spätsommer 2008 vorliegen soll.

Die Werkstattgespräche sollen diese Arbeit durch fachöffentliche, kollegiale Beratung begleiten. Blieb die Selbstverständigung über Konzepte und Methoden in der Arbeit am ersten Bericht auf den Forschungsverbund beschränkt, sollen nun Expertinnen und Experten, die andere Forschungs- und Berichtsansätze, Bestände an Wirtschafts- und Sozialdaten, aber auch Akteursperspektiven in Politik und Gesellschaft repräsentieren, frühzeitig in die Diskussion über die Weiterentwicklung dieses Berichtsansatzes einbezogen werden. In den Werkstattgesprächen soll der Diskussions- und Arbeitsstand präsentiert werden, den das Projekt erreicht hat. Zugleich soll offen und kritisch über Fragen und Probleme gesprochen werden, die mit dem ersten Bericht nicht gelöst wurden.

Mit dem neuen Veranstaltungsformat der Werkstattgespräche verfolgt der Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung drei Ziele:

- *Konzepte, Schwerpunkte und Themen für den zweiten Bericht frühzeitig in einem erweiterten Kreis zu beraten*: Auch integrierte Sozialberichterstattung kommt nicht ohne Themenauswahl aus. Welchen thematischen Zuschnitt der zweite Bericht hat, ergibt sich für uns noch nicht zwingend aus dem ersten. Wie gute Forschung so beginnt auch gute Berichterstattung mit den richtigen Fragen. Potenzielle Nutzer/innen sollen Gelegenheit haben, ihre Fragen und Probleme als Anforderungen an den zweiten Bericht zu formulieren. Die end-

gültige Auswahl der zu behandelnden Themen und ihre Bearbeitung sollen dann konsequenter als im ersten Bericht durch integrierende theoretische Konzepte angeleitet werden.

- *Das Verhältnis zu anderen Berichtsansätzen zu klären.* Sozialberichterstattung ist heute ein verzweigtes Feld anwendungsorientierter Sozialwissenschaft. Zu einer „geregelten Nachbarschaft“ der sozioökonomischen Berichterstattung zu anderen Berichtsansätzen gehört für uns, Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei der Wahl der Gegenstände, bei der Nutzung der Dateninfrastruktur und bei den Beobachtungskonzepten zu erörtern sowie Ergebnisse untereinander auszutauschen und zu kommentieren.
- *Datenbasis und Kooperationsbeziehungen zu verbreitern:* Der Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung versteht sich nicht als geschlossene Gesellschaft. Es liegt in seinem Interesse, mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen und datenhaltenden Institutionen Felder gemeinsamen Interesses bei der besseren Nutzung der Dateninfrastruktur zu identifizieren und hierbei zu kooperieren.

Die Ergebnisse der Werkstattgespräche sollen auf der Website des Forschungsverbunds dokumentiert werden. Erst nach Abschluss der Werkstattgespräche werden die Gliederung und die Arbeitsplanung für den zweiten Bericht im Einvernehmen mit einem vom BMBF zu berufenden wissenschaftlichen Beirat endgültig festgelegt.

Zu diesem Werkstattgespräch

Das Thema Ostdeutschland wurde im ersten Bericht in zwei Formen bearbeitet. Bei der Darstellung der einzelnen Berichtsgegenstände wurde auf die Entwicklungen in Ostdeutschland spezifisch eingegangen, vor allem bei den Berichtsgegenständen, in denen sich offensichtliche und erklärungsbedürftige Differenzen aufzeigen ließen: Beschäftigungsverhältnisse, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, Erwerbsverläufe, Haushaltsproduktion, Qualifikation. Hier finden sich aber noch Lücken sowohl im Material als auch bei der Interpretation der West-Ost-Differenzen. Daneben gab es im ersten Bericht einen gesonderten Abschnitt „Ostdeutschland“ (S. 78ff), in dem der Versuch unternommen wurde, das ostdeutsche Szenario sozioökonomischer Entwicklung in Bezug zu der Umbruchthese zu setzen und Schlussfolgerungen für das Berichtskonzept zu ziehen.

Die These des ersten Berichts war, dass in Ostdeutschland ein „doppelter Umbruch“ abläuft: die Transformation durch Beitritt, also der Umbruch der ostdeutschen Gesellschaft durch die Integration in das bestehende (west)deutsche Wirtschafts- und Sozialmodell, das

sich aber gleichzeitig selbst im Umbruch befindet. Beide Prozesse stehen in einem widersprüchlichen Zusammenhang und können zu gegenläufigen Entwicklungen und Fragmentierungen führen, die im Berichtssystem darzustellen sind, auch hinsichtlich der Rückwirkungen auf die gesamtdeutsche Entwicklung und die Situation in Westdeutschland.

An dieser Grundthese halten wir fest, wollen sie aber im zweiten Bericht differenziert und genauer umsetzen und in den Kontext einer erweiterten Fragestellung setzen:

- a) Die deutsche Einheit erfolgte nicht in den Hochzeiten des Fordismus, sondern mitten im Umbruch. Welche Fragestellungen und Erklärungen für den problematischen Verlauf der deutschen Einheit und der wirtschaftlichen und sozioökonomischen Entwicklung in Ostdeutschland bietet die Umbruchsthese? Welche Forschungs- und Berichtsstrategien zur Entwicklung in Ostdeutschland leiten sich daraus ab?
- b) Die Entwicklung in Ostdeutschland hat Rückwirkungen auf die Entwicklung im Westen, die sich nicht auf die Finanztransfers beschränken. Inwieweit werden Verlauf und Richtung des Umbruch des (west)deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells durch die Entwicklung in Ostdeutschland verändert? Welche Folgerungen hat dies für die sozioökonomische Berichterstattung?

Für die Werkstatt haben wir vier Themengebiete ausgewählt, auf denen in jeweils eigener Weise das Szenario einer *fragmentierten Entwicklung* beobachtet werden kann. Im Thesenpapier referieren und interpretieren wir einige uns wichtige scheinende empirische Befunde aus der Perspektive der Umbruchsthese. In den Beiträgen, Koreferaten und der Diskussionerhoffen wir uns kritische Repliken, andere Sichten und Hinweise, die wir für das Konzept des zweiten Berichts verarbeiten wollen.

1. **Fragmente zum Thema Fragmentierung.** In diesem Block wird Rainer Land (Ostdeutschlandforschung, TU Berlin) die Umriss unseres Berichtskonzepts über Ostdeutschland mit den drei Begriffen „Fragmentierung, Exklusion und Schrumpfung“ skizzieren. Thomas Hanf (SFZ, Berlin) hält einen Beitrag zum Problem der handlungsleitenden Grundorientierungen in Ostdeutschland.
2. **Ostdeutschland – eine Transfergesellschaft: Und der Westen ist es auch.** Im Diskussionspapier hat Ulrich Busch einige Befunde zu den West-Ost-Transfers dargestellt und die sozioökonomischen Konsequenzen einer „Transferspirale“ skizziert. Von Joachim Ragnitz (IWH, Halle) wünschen wir uns eine kritische Revision dieser Thesen.

3. **Spitzengruppe im Ziel – Hauptfeld weit abgeschlagen. Fragmentierte wirtschaftliche Entwicklung.** Das Diskussionspapier versucht, die in Ostdeutschland entstandene Wirtschaftsstruktur aus der Sicht eines postfordistischen Umbruchs zu interpretieren und sucht nach Ansätzen für die Entstehung neuer Produktionsmodelle und vorauseilender Modernisierungen. Wir hoffen, dass Michael Behr (IPRAS, Jena) uns mit der Analyse von Erfolgsmodellen ostdeutscher Unternehmen dabei weiter bringen kann. Rudi Woderich und Michael Thomas (BISS, Berlin) begleiten seit mehreren Jahren ein EU-Projekt in einer von Deindustrialisierung betroffenen Region. Mit ihrer Hilfe wollen versuchen wir, zu verstehen, wie es auch in solchen Regionen zur Bildung neuen Sozialkapitals kommt. Klaus-Peter-Buss (SOFI, Göttingen) haben wir um eine kritische Replik zu diesem Teil unseres Diskussionspapiers gebeten.
4. **Erwerbsarbeit mit Hilfsmotor. Der „sekundäre Integrationsmodus“ und die Gettoisierung der Überflüssigen.** Im Diskussionspapier rekapitulieren wir einige Befunde zur Erwerbsarbeit, den Erwerbsverläufen und der Einkommen. Anschließend machen wir den Versuch, die sich in diesen Befunden ausdrückenden neuen sozialen Problemlagen der „Überflüssigen“ in ein Umbruchsszenario einzuordnen. Den „sekundären Integrationsmodus“, eine seit 1990 zunächst in Ostdeutschland entstandene Praxis der „Exklusion durch Integration“, stellt aus unserer Sicht die gesellschaftliche Bearbeitungsform dieser neuen sozialen Problemlagen dar. Holger Alda (IAB, Nürnberg) hat bereits im ersten Bericht „Beschäftigungsverhältnisse“ analysiert und an der Entwicklung des Konzepts des „sekundären Integrationsmodus“ mitgearbeitet. Er wird auf neue Möglichkeiten der empirischen Analyse von Beschäftigungsverläufen eingehen. Dabei interessiert uns besonders, ob sich Zusammenhänge zur Nutzung neuer Arbeitsformen in bestimmten Betrieben herstellen lassen. Friedrich Hauss (Braintools, Berlin) soll uns helfen, Instrumente und Indikatoren für die Analyse neuer sozialer Problemlagen zu entwickeln und wird dazu einige Ergebnisse aus der Forschung in einer ländlichen Krisenregion darstellen. Christine Steiner (ZSH, Halle) haben wir gebeten, die „demographische Falle“ und die damit verbundenen Probleme der jüngeren Generation beim Eintritt ins Erwerbsleben vorzustellen. Von Olaf Struck (Universität Jena) erhoffen wir uns eine kritische Revision aus der Perspektive seiner Forschungen zu Arbeitsmarkt und Beschäftigungssystemen in Ostdeutschland.
5. **Schrumpfung – Raumordnung oder Gesellschaftsordnung?** Zu diesem Thema haben wir keine Referenten, sondern eine Podiumsrunde eingeladen, der wir nach einer Einfüh-

zung (Andreas Willisch, Thünen-Institut Bollewick) die im Diskussionspapier enthaltenen Fragen vorlegen wollen. Der Film am Vorabend soll in das Thema einstimmen.

Der Begriff der Fragmentierung zieht sich durch alle Themen, er soll Gegensätze von Auf- und Abwärtsbewegungen ausdrücken. Unter Fragmentierung verstehen wir dabei zunächst *Entkopplungen*, nicht vorhandene Kopplungen oder negative Kopplungen zwischen den Teilen eines sozioökonomischen Entwicklungszusammenhangs, das Nebeneinander von Aufwärtsentwicklungen und Abwärtsspiralen, die sich oft in paradoxen Formulierungen ausdrücken lassen:

- erfolgreiche Unternehmen bei stagnierender Gesamtentwicklung
- Nutzung endogener Ressourcen bei Niedergang regionaler Entwicklung
- Exklusion der überflüssigen Arbeitskräfte durch sekundäre Integration
- Schrumpfung als punktueller, selektives Wachstum
- Selektives Wachstum in Abwärtsspiralen erzeugt unspezifische multiple soziale Problemlagen.
- fragmentierte Entwicklung entkoppelt neue Aufsteiger und erzeugt soziale Grenzen, Gettos, ohne sie räumlich zu trennen.

Solche Paradoxien sind die Metaphern, auf die wir bei der empirischen Beobachtung und der anschließenden Beschreibung des ostdeutschen Entwicklungsszenarios immer wieder gestoßen werden und gegen die man sich zunächst wehren möchte, weil sie *undenkbar* scheinen. Wir haben uns aber vorgenommen, Paradoxes zunächst festzuhalten und nicht durch verbindende Begriffskonstruktionen oder vermittelnde Erklärungen „sowohl als auch“, „Licht und Schatten“, „wir brauchen mehr Zeit“ glatt zu bügeln. Der analytische Sinn einer Paradoxie ist, das Gegensätzliche, sich Ausschließende nicht einfach Nebeneinander zu setzen, sondern als Zusammenhang, als aufeinander bezogen denken zu *sollen*, ohne es zusammen denken zu *können*. Paradoxes soll zunächst in harter Polarität festgehalten werden – als Ausgangspunkte für die Frage danach, wie wir die Gegensätzlichkeiten in „Berichtsgegenständen“ analytisch abbilden können und wie man „Modelle“ findet, die die Paradoxien *erklären*, den Zusammenhang zwischen dem auseinander Fallenden, dem gegeneinander Laufenden denkbar machen. Modelle des Umbruchs eben – zudem eines „doppelten“.

1. Ostdeutschland und der Umbruch. Klärungs- und Erklärungsversuche

Rainer Land

1. Seit 15 Jahren ist das *deutsche* Umbruchsszenario stark durch die mit der deutschen Einheit verbundenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Prozesse geprägt und unterscheidet sich durch diese Besonderheit vom Umbruch in den anderen europäischen und außereuropäischen „Fordismen“.

Kann man einem „Wirtschafts- und Sozialmodell“ beitreten? Natürlich nicht. Mit den politischen Ereignissen des Jahres 1989 und den politischen Entscheidungen des Jahres 1990 (Währungs- und Wirtschaftsunion, Einigungsvertrag und vielen sich daran anschließenden rechtlichen Regelungen) wurde eine *Rechtsordnung* übertragen und zunächst ein juristischer Ausgangspunkt dieser Entwicklung fixiert. Die Transformation der staatssozialistischen Gesellschaft der DDR und die Integration in das (west)deutsche Wirtschafts- und Sozialsystem begann daher anders als in allen anderen Transformationsstaaten mit einem Institutionentransfer: weitgehende Übernahme der vorgefundenen westdeutschen Verfassungs- und Rechtsordnung *und* der Institutionen zu ihrer Umsetzung, der Verwaltungen und Gerichte, der politischen und der wirtschaftsregulierenden Institutionen, Ausdehnung der wichtigsten Parteien und Verbände nach Ostdeutschland, Übernahme des deutschen Tarif- und Lohnfindungssystems, Ausdehnung des Renten- Arbeitslosen- und Krankenversicherungssystems und nicht zuletzt Übernahme eines großen Teil der ehemals staatseigenen Betriebe durch westdeutsche Unternehmen.¹

Zugleich wurde und wird die Entwicklung in Ostdeutschland in hohem Maße durch finanzielle Transfers des Staates, der EU und der sozialen Sicherungssysteme sowie durch private Investitionen externer Akteure (westdeutscher und ausländischer Unternehmen, Banken) gestützt und in gewissem Maße auch gesteuert.

Der Institutionentransfer und der transfergestützte „Aufbau Ost“ sind der eigentliche Ausgangspunkt für das „Hineinwachsen“ Ostdeutschlands in das westdeutsche Wirtschafts- und Sozialmodell. Schon für die 90er Jahren kann u. E. nicht mehr von zwei *getrennten* Wirtschafts- und Sozialsystemen gesprochen werden. Ostdeutschland ist mit der Übernahme der Rechtsordnung, der Institutionen, mit der der Privatisierung der ehemals volkseigenen Betriebe und mit dem „Aufbau Ost“ Teil des westdeutschen Wirtschafts- und Sozialmodells gewor-

¹ Dazu existiert eine Vielzahl von Literatur. Einen Überblick gibt Kollmorgen (2005)

den. Die sozioökonomische Praxis und sozialökonomischen Entwicklungen in Ostdeutschland hätten – eigentlich – dieselben oder doch sehr ähnliche werden sollen wie die im Westen, denn man hatte ja bis auf wenige und temporäre Ausnahmen dasselbe Institutionensystem. Aber partiell sind andere Praxen entstanden und die Entwicklungstrends in West- und Ostdeutschland fallen nach wie vor auseinander. Die Institutionen allein bestimmen eben nicht die gesamte Funktionsweise und Entwicklung eines Wirtschafts- und Sozialsystems. Zudem aber verändert es sich, die „Transformation“ und der zugleich weiter ablaufende Umbruch des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells überlagern sich, dies bestimmt die spezifische Entwicklung im Osten (These vom „*doppelten* Umbruch“)².

2. Es gibt kaum noch Meinungsverschiedenheiten darüber, dass die Entwicklung in Ostdeutschland aus der Perspektive des Jahres 2006 nicht als Erfolgsmodell gelten kann. Nach einem Vereinigungsschock, dessen Gegenstück ein Vereinigungsboom in Westdeutschland war, begann eine Phase der Deindustrialisierung und der Massenarbeitslosigkeit in der Größenordnung von 20 bis 30 Prozent. Mit der einsetzenden Wirtschafts- und Investitionsförderung, der Privatisierung, Reorganisation und dem Neuaufbau der Unternehmen und einem gewaltigen Programm der Modernisierung und des Aufbaus der Infrastruktur, das einen Boom der Bauwirtschaft auslöste, gelang es für wenige Jahre, ein Aufholen in Gang zu setzen. 1996 erreichte das Bruttoinlandprodukt (BIP) wieder das Niveau von 1989, allerdings mit einer veränderten Struktur und erheblich höherer Produktivität. Seitdem stagniert die Entwicklung, der Abstand zu Westdeutschland bei der Produktivität und dem BIP pro Kopf bzw. pro Erwerbstätigen wird nicht oder kaum noch geringer. Ostdeutschland hat eine Produktionslücke (Differenz zwischen Produktion und Verbrauch) von ca. 30 Prozent und einen Produktivitätsrückstand in gleicher Größenordnung. Die Einkommen stagnieren real bei unter 70 Prozent des westdeutschen Niveaus. Die Arbeitslosigkeit ist weiter gewachsen. Man kann davon ausgehen, dass mehr als ein Drittel der Bevölkerung keine existenzsichernde Erwerbsarbeit hat, also ganz oder teilweise von Sozialtransfers lebt und kaum in der Lage ist, eigene Ressourcen in die Überwindung sozialer Probleme und die Bewältigung von Unsicherheiten zu investieren. Das zentrale Problem aber ist, dass ein dynamischer Durchbruch, eine Perspektive zur Überwindung dieser Probleme nicht in Sicht ist.

² SOEB, 1. Bericht: 19, 79

Der Frage, inwiefern die *Umbruch*konstellation in Westdeutschland den Verlauf der Transformation, den Umschlag aus einem scheinbar in Gang gekommenen „Aufholprozess“ in eine anhaltende Stagnation nach 1996 und die zunehmend problematische Entwicklung in Ostdeutschland erklären, sind wir schon im ersten Bericht nachgegangen.³ Wäre die Integration Ostdeutschlands in das westdeutsche Wirtschafts- und Sozialsystem in den Hochzeiten der fordistischen Entwicklung erfolgt, in Zeiten mit schnell expandierenden Märkten, hohen Wachstumsraten, steigenden Löhnen und einer wachsenden Nachfrage nach Arbeit, sähe das Entwicklungsszenario in Ostdeutschland vermutlich ganz anders aus. Man hätte andere Probleme, aber keine allgemeine Wachstumsschwäche, keine so hohe und vor allem anhaltende Arbeitslosigkeit.

Wenn also die Ursachen der Entwicklungsprobleme in Ostdeutschland analysiert und diskutiert werden, muss der Umbruch des westdeutschen Wirtschafts- und Sozialsystems, in den hinein die Vereinigung erfolgte, eine zentrale Rolle spielen. Man kann politische Fehler und falsche Weichenstellungen bei der Währungs- und Wirtschaftsunion, bei der Privatisierung und der Strategie der Treuhand, bei der Regelung der Eigentumsfragen⁴ u.a. als Gründe anführen, aber auch diese „Fehler“ sind im Kontext der Umbruchthese zu beurteilen. Gerade die anfangs weit verbreitete Erwartung, die deutsche Vereinigung könne nach dem Modell des „Wirtschaftswunders“ der 60er Jahre – also der *Zeit vor dem Umbruch* – konzipiert und durchgezogen werden, verdeutlicht dies. Die Integration Ostdeutschlands erfolgte aber in ein selbst im Umbruch befindliches, nicht kohärent funktionierendes, von gegensätzlichen Entwicklungen und hohen Unsicherheiten geprägtes Wirtschafts- und Sozialmodell, das seit 1975 eine ausgeprägte Wachstumsschwäche⁵ und eine hohe Sockelarbeitslosigkeit aufweist. Eine erfolgreiche Integration Ostdeutschlands kann daher nur in dem Maße vorankommen, in dem der nun gesamtdeutsche Umbruch selbst bewältigt wird. Die Entwicklung in Ostdeutschland muss daher nicht als „Nachbau“, sondern als Suche nach sozioökonomischen Innovationen beobachtet und analysiert werden. Der Osten ist in der Tat ein Experimentierfeld für sozioökonomische Entwicklung.⁶

³ Berichterstattung, S. 79f, vgl. auch Land (2005, 2004)

⁴ Eine Vielzahl von Literatur zu diesen Themen kann hier nicht angeführt werden, aber einen aktuellen Überblick vermittelt: Bahrmann/Links (2005)

⁵ IWH, Lage der Weltwirtschaft (2005: 53)

⁶ Beck, Bisevic, Buss, Scherrer, Wittke (2006: 18)

3. Die Entwicklung im Osten hängt in hohem Maße vom weiteren Verlauf des Umbruchs des (westdeutschen) Wirtschafts- und Sozialmodells ab, aber dies gilt auch in umgekehrter Richtung. Die Entwicklung in Ostdeutschland beeinflusst den Verlauf des Umbruchs im Westen, was bislang nur wenig wissenschaftlich analysiert wurde. Eindeutig ist dies hinsichtlich der wechselseitigen Wirkung der Finanztransfers, die Effekte, die die Finanztransfers auf die wirtschaftliche Entwicklung der „Geber“ und der „Empfänger“ haben. (vgl. die Thesen zu Punkt 2).

Es gibt aber darüber hinaus gute Gründe anzunehmen, dass z.B. auch die Funktionsweise der Tarifsysteme, die Entwicklung der Löhne und Gehälter, aber auch bestimmte betriebliche Rationalisierungs- und Innovationsstrategien westdeutscher Unternehmen, Banken, Versicherungen von den Entwicklungen in Ostdeutschland beeinflusst wurden und werden. Gleiches kann man im Prinzip auch für politische Strategien („Die Wahlen werden im Osten entschieden!“) und kulturelle Entwicklungen vermuten. Einzelne Untersuchungen zu solchen Fragen liegen vor.

Es gibt aber noch weitergehende Rückwirkungen, die auch den Wandel des Institutionensystems betreffen. Ein wichtiges Beispiel ist der „*sekundäre Integrationsmodus*“, der in Ostdeutschland in der ersten Hälfte der 90er Jahre entstand. (Siehe dazu auch Thesen zu 5.). Die Bearbeitung des Transformationsschocks, der Deindustrialisierung und der sich anschließenden allgemeinen Krise der (fordistischen) Erwerbsarbeit mit den Mitteln einer ursprünglich aus dem Fordismus stammenden *aktiven Arbeitsmarktpolitik* war zunächst eine temporäre Reaktion auf die plötzliche massenhafte Freisetzung von Arbeitskräften. Nach der Übertragung der Institutionen der Arbeitsmarktpolitik aus Westdeutschland nach Ostdeutschland vollzog sich aber ein Funktionswandel: aus einer Arbeitsmarktpolitik, die temporäre Probleme des Arbeitsmarkts – konjunkturelle Schwankungen und durch Strukturwandel bedingte mittelfristige Veränderungen der Qualifikationsstruktur – bearbeiten und bewältigen sollte, entstanden Instrumente zur Bearbeitung einer *Dauerkrise* der Erwerbsarbeit ohne realistische Orientierung an dem ursprünglichen Zweck der Herstellung annähernder Vollbeschäftigung. Mit der andauernden hohen Arbeitslosigkeit nach 1995 entstand ein institutionell verfestigter Modus der *Exklusion der überflüssigen Erwerbsbevölkerung durch sekundäre Integration*. Sie führt zu Erwerbssituationen und Erwerbsverläufen, die durch den anhaltenden Wechsel zwischen Arbeitslosigkeit, Maßnahmen (Bewerbungstraining, Umschulung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Strukturanpassungsmaßnahmen, Arbeitsgelegenheiten, Projektarbeit) und befristeten prekären Beschäftigungen sowie durch eine „Dauerbearbeitung“ (Betreuung und

Kontrolle) des Erwerbslosen durch Institutionen des Sozialstaates (BA, Kommunen, Argen, Sozialämter, Jugendämter, vielfältige Maßnahmeträger und Beratungsstellen) beschrieben werden können.⁷

Diese Entwicklungslinie hat sich nicht nur nicht wieder „aufgelöst“, sondern weiter ausdifferenziert und verfestigt. Über ein Drittel der Ostdeutschen Erwerbstätigen befinden sich in derartigen Erwerbslagen, und zwar in allen ostdeutschen Bundesländern. Inzwischen lässt sich dieser Modus aber auch in Westdeutschland nachweisen.⁸ Schon Ende der 90er Jahre zeigten sich in Westdeutschland vergleichbare Tendenzen, zunächst in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit (Bremen, Ruhrgebiet). Eine in Ostdeutschland durch ein ungeplantes Experiment entstandene Praxis wurde auf den Westen übertragen und schließlich – vor allem mit den Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 – verallgemeinert. Diese Verallgemeinerung ging mit einer „gesamtdeutschen“ institutionellen Innovation einher: der Verknüpfung des Prinzips der aktiven Arbeitsmarktpolitik mit dem ursprünglich „systemfremden“ Prinzip der „Fürsorge“,⁹ das aus der Sozialhilfe stammt. Auch wenn diese Entwicklungen im Einzelnen noch nicht genau untersucht sind und die Kontroverse um die wissenschaftliche Deutung dieses neuen „Exklusionsmodus“ gerade erst angefangen hat – aus unserer Sicht handelt es sich um die erste weit reichende Übertragung einer in Ostdeutschland entstandenen institutionellen Innovation nach Westdeutschland.¹⁰ Dieses Beispiel soll zunächst nur zeigen, dass der Verlauf des Umbruchs des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells seit 1990 durch komplexe Wechselwirkungen der ost- und westdeutschen Entwicklungen verstanden werden muss, die bislang eher unübersichtlich und kaum hinreichend erforscht sind.

4. Wir haben es zwar mit *einem* Wirtschafts- und Sozialsystem zu tun, aber eben nicht mit einem *einheitlichen*. Die Differenzen finden sich aber nicht nur und nicht einfach zwischen Ostdeutschland auf der einen und Westdeutschland auf der anderen Seite. Das Umbruchsszenario ist weitaus komplizierter, wie insbesondere an den Themen „Fragmentierte wirtschaftli-

⁷ Alda, Land, Haus, Willisch (2004)

⁸ Alda (2005), unveröffentlicht

⁹ Bartelheimer (2005)

¹⁰ 1990-1992: Import der westdeutschen Arbeitsmarktpolitik nach Ostdeutschland; 1992-1995 Ausweitung der Instrumente zur Bearbeitung plötzlich entstandener hoher Massenarbeitslosigkeit; 1995-2001: Funktionswandel der Instrumente zur Bearbeitung *anhaltender* Arbeitslosigkeit durch „Simulation von Erwerbsarbeit“, zugleich erste Reexporte der gewandelten Institutionen von Ost nach Westdeutschland; 2002-2005: Reorganisation des sekundären Integrationsmodus durch institutionelle Verbindung mit der Sozialhilfe und dem Fürsorgeprinzip, die faktische Einführung des Kombilohns (Zuverdienstprinzip etc.) und gesamtdeutsche Regelung (Hartz-Gesetze).

che Entwicklung“ und „Schrumpfende Gesellschaft“ (Thesen zu 3 und 6) zeigen wollen. Innerhalb eines weitgehend gleichen Systems von Institutionen und einheitlicher gesamtdeutscher Binnenmärkte (für handelbare Güter und Kapital, eingeschränkt für die Arbeitsmärkte¹¹, kaum für nur lokal handelbare Güter und Dienstleistungen) vollziehen sich regional und lokal gegenläufige Entwicklungen: der Aufstieg einzelner Betriebe und Branchen bei einer stagnierenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Dicht nebeneinander finden sich einige wachsende und viele schrumpfende Städte, Dörfer und Regionen. Eine vergleichende Untersuchung¹² von Städten zeigt jede Kombination von Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung: schrumpfende Städte mit rückläufiger Wirtschaftsentwicklung und wachsende Städte mit Wirtschaftswachstum, aber eben auch schrumpfende Städte mit wirtschaftlichem Wachstum und wachsende Städte mit Rückgang der wirtschaftlichen Leistungskraft. Man kann einzelne Belege finden, die dafür sprechen, dass die Aufwärts- und Abwärtsbewegungen wirtschaftlicher Entwicklungen, soziale Lagen, Inklusionen und Exklusionen nicht einfach zufällig nebeneinander bestehen, sondern sich wechselseitig bedingen. Belastbare Forschungsergebnisse dazu gibt es aber kaum.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Umbruchsszenario verläuft anders als in den Hochzeiten des Fordismus nicht als Positivsummenspiel (mit einzelnen Verlierern und deutlich mehr Gewinnern), sondern tendenziell eher als Null- oder Negativsummenspiel: der Aufstieg Weniger ist mit der Stagnation oder dem Abstieg Vieler verbunden, während die „Summe“ gleich bleibt oder sogar sinkt. Auch der „sozialstrukturelle Fahrstuhleffekt“ des Fordismus – „soziale Ungleichheiten und Abstände bleiben, aber (fast) alle fahren nach oben“ – wirkt nicht mehr. Inzwischen fahren wenige nach oben, viele treten auf der Stelle oder fahren langsam, einige auch schnell nach unten. Die Entwicklung einer Lebensperspektive, eines an der Zukunft orientierten Lebensentwurfs wird unmöglich oder endet in paradoxen Lebenskonstruktionen (Willisch 2004).

Die wachsenden Differenzen und die Entkopplung der Entwicklung der Betriebe, Orte und Regionen voneinander wollen wir mit dem Stichwort „fragmentierte“ Entwicklung zum Ausdruck bringen. Je kleiner man die Bezugseinheit wählt – vom Bundesland zum Landkreis, zur Gemeinde, zur einzelnen Stadt, dem einzelnen Dorf, Stadtteil, Quartier – je kleinteiliger scheinen diese Fragmentierungen zu sein.

¹¹ Vgl. Brussig (2005); Alda, Haus, Land, Willisch (2004)

¹² Franz (2004)

Trotzdem würden wir der These widersprechen¹³, dass die lokalen und regionalen Differenzen das eigentliche Problem sind, während die Differenz zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland eine abnehmende Rolle spielt. Die makroökonomische Situation in Ostdeutschland ist *insgesamt* eine andere als in Westdeutschland, die daraus folgenden Ströme der Finanztransfers und der Güter und Dienstleistungen sind nicht kleinteilig, sondern verlaufen zwischen den Großregionen insgesamt. Die kleinteilige Fragmentierung der Entwicklung ist selbst als Merkmal einer die Regionen, Stadt und Dörfer übergreifenden Grundkonstellation insgesamt zu betrachten und es spricht viel dafür, dass die Fragmentierungen im Osten deutlich gravierender sind und wegen der anderen makroökonomischen Situation und der starken Abwanderung auch *anders verlaufen* als in Westdeutschland.

Punktuell erfolgreiche Entwicklungen im Osten kann man nicht mit großflächigen aufsteigenden Regionen im Westen gleich setzen. Eine vernünftige Modellbildung des Umbruchs muss daher auf allen drei Ebenen spezifische Aussagen versuchen: Was ändert sich an den allgemeinen, gesamtdeutschen Konstellationen? In welcher Hinsicht sind in West- und Ostdeutschland insgesamt besondere sozioökonomische Konstellationen und Prozesse zu unterscheiden? Und welche kleinteiligen regionalen und lokalen Differenzierungen sind als Ausdruck des Umbruchs des Wirtschafts- und Sozialmodells aufzufassen und daher in die sozioökonomische Berichterstattung einzubeziehen?

5. Bei der Klärung von Besonderheiten der Entwicklung in Ostdeutschland spielt die Frage nach der „Herkunft“ dieser Differenzen eine Rolle: welche haben ihre Wurzeln in den Besonderheiten des staatssozialistischen Fordismus des RGW und der DDR, welche haben noch weiter zurückreichende, z.B. kulturelle Wurzeln, welche sind erst in der Transformations- und Umbruchssituation nach 1990 entstanden.¹⁴ Damit verbunden ist die Frage, in welcher Weise solche Besonderheiten als *Ressourcen* oder als *Hindernisse* der Entwicklung wirken und welche davon für den Umbruch des Wirtschafts- und Sozialmodells eine Rolle spielen.

Die Entwicklung der Landwirtschaft beispielsweise ist in hohem Maße durch die Vorgeschichte in der DDR mitbestimmt, genauer gesagt, durch die Art und Weise, in der diese Strukturen und Ressourcen mit den in Westeuropa vorhandenen Strukturen kombiniert wer-

¹³ Hilpert (2005)

¹⁴ So Wolfgang Engler (1999), der erklärt, wie aus den DDR-Bürgern der Typus der „Ostdeutschen“ hervorging – als ein Produkt deutsch-deutscher Entwicklungen *nach* 1990.

den konnten. Die Analyse dieses Vorgangs¹⁵ zeigt paradigmatisch, wie aus Mitgegebenheiten sozioökonomische „Innovationen“, neue Entwicklungslinien entstehen können. Das Erfolgsmodell „ostdeutsche Landwirtschaft“ ist nämlich weder *allein* durch die Mitgegebenheiten der DDR-Landwirtschaft noch *allein* durch die westdeutschen Rahmenbedingungen oder die Förderpolitik der EU zu erklären, sehr wohl aber, wenn man alle drei zusammen betrachtet und in bestimmten *Passungen* den Schlüssel dieser Erfolgsgeschichte entdeckt. Der *neuen* ostdeutschen Landwirtschaft liegt nämlich eine sehr spezifische und selektive Rekombination der Ressourcen der auf großflächige Massenproduktion orientierten Landwirtschaftsbetriebe der DDR einerseits und der westeuropäischen (global orientierten und organisierten) Lebensmittelwirtschaft sowie der EU-Rahmen- und Förderinstitutionen zugrunde. Diese Passfähigkeit war eine historische Fundsache, allerdings keine rein zufällige, denn die Orientierung der DDR-Landwirtschaft wie auch der westeuropäischen Lebensmittelwirtschaft am Modell der fordistischen Massenproduktion von Nahrungsmitteln und biologischen Rohstoffen haben eine gemeinsame, aufeinander bezogene Vorgeschichte.¹⁶ Nur fehlte der DDR aus nachvollziehbaren Gründen (Abkopplung vom Weltmarkt, beschränkte Innovationspotenziale) eine global aktionsfähige Massenproduktion in der Lebensmittelwirtschaft, während die westeuropäische Lebensmittelwirtschaft genau diese Art von Agrarproduktion gut gebrauchen konnte; und die EU-Regeln und Rahmenbedingungen haben diese Rekombination ermöglicht und in gewisser Weise sogar begünstigt. Pfanni zog um: aus Bayern nach Mecklenburg Vorpommern, weil es hier großbetrieblich organisierte Kartoffelproduzenten gab, die große Mengen in gleich bleibender standardisierter Qualität „planmäßig“ liefern konnten. Was lehrt der Fall? Ob eine spezifische Ressource Ausgangspunkt einer neuen Entwicklungslinie wird, hängt von ihrer Passfähigkeit in einem bestimmten Kontext ab. Andere Mitgegebenheiten „passten“ nicht.

Dass Eigenheiten aus der DDR oder der Vorgeschichte im ostdeutschen Umbruch eine bedeutende Rolle spielen, das kann nicht strittig sein, es ist eine triviale Tautologie. Es gibt immer unendlich viele „Mitgegebenheiten“ aus der Vorzeit und jeder gesellschaftliche Prozess kann nur an Vorhandenem, an Mitgegebenem ansetzen. Die eigentlich interessante Frage ist viel-

¹⁵ Land: Von der LPG zur Agrarfabrik. Land: die neue Landwirtschaft und die Dörfer.

¹⁶ Noch in den 50er Jahren wurde in manchen westdeutschen Publikationen euphorisch die Entwicklung zu einer *industriellen* Agrarproduktion (ohne „Gänsefüße“) prognostiziert. Erst als dieses Modell dann in der DDR verwirklicht werden sollte, gewann das Loblied des bäuerlichen Familienbetriebs wieder die Oberhand. Tatsächlich verbirgt sich hinter der übergroßen Mehrzahl der Bauernwirtschaften nur ein anderer

mehr, ob und welche Mitgegebenheiten wann und wie aktiviert wurden und werden, also nicht bloß „mitgeschleppt“, langsam abgenutzt, in einem Seitenstübchen museal verwahrt oder in nostalgischen Events trickreich vermarktet werden.

Wann spielen sie in neuen Konstellationen eine Rolle und wirken auf den Verlauf des Umbruchs? Welche Rolle spielen sie in dem neuen Kontext? In welchen Fällen beruhen dynamische Entwicklungen auf Mitgegebenheiten, in welchen Fällen werden Besonderheiten zu Blockaden für Prozesse, die anderswo und unter anderen Bedingungen funktioniert hätten, hier aber „unerwartet nicht laufen“? Werbefirmen und Medienwirtschaft haben das nach einem anfänglichen Fiasko früh verstanden und wissen, wie Zeitungen, Magazine und Fernsehprogramme oder auch Lebensmittel und Konsumgüter sein und aussehen müssen, damit sie „im Osten laufen“. Sie wissen auch, was nicht geht, und fahren differente Strategien für Ost- und Westdeutschland.

Die gesamte Förderpolitik seit 1990 ist ein Experimentieren über Kombinationsmöglichkeiten ursprünglich westdeutscher Institutionen und Förderprogramme mit ostdeutschen Mitgegebenheiten, auch hier hat es einen impliziten Lernprozess gegeben. Internationales Benchmarking ohne Kontextanalyse ist Aberglaube – ein Blick auf die sehr unterschiedlichen Ergebnisse, die ähnliche wirtschafts- oder sozialpolitische Strategien in verschiedenen europäischen Ländern gebracht haben, genügt als Hinweis.

Was bei der Landwirtschaft offensichtlich ist, wird inzwischen auch bei den „Polykliniken“ und Kindergärten und langsam auch bei bestimmten Teilen des Bildungssystems (und als Kuriosität: bei der Organisation der Paketzustellung in der Deutschen Post)¹⁷ erkannt. Aber bei Industriebetrieben, Betrieben, Dienstleistungen und staatlichen Verwaltungen sind es wenige Experten, die diese Frage für überhaupt relevant halten. Jüngst zeigen Beck, Bisevic, Buss, Scherrer, Wittke (2006) in einer Reihe von Betriebsstudien, in welchem Maße erfolgreiche Entwicklung bestimmter Industriebetriebe auf Ressourcen, Strategien, Erfahrungen und Lösungsansätzen beruhen, die in der DDR-Vorgeschichte wurzeln. Allerdings scheint hier auch die Frage angebracht, ob und wie diese Ressourcen erst durch Gelegenheiten und Zwänge des *heutigen* Strukturwandels „aktivierbar“ und rekombinierbar geworden sind. Alle ostdeutschen Betriebe mussten das Problem des Marktzugangs lösen, also sich entweder in bestehende westdeutsche (westeuropäische, globale) Märkte und Netzwerke integrieren oder integrieren

Typ des industrialisierten Kleinbetriebs, der hoch spezialisiert und einseitig ausgerichtet kaum noch einem Bauernhof ähnelt.

¹⁷ Deutschlandfunk, Quelle noch suchen?

lassen (z.B. durch westdeutsche Investoren). In jedem Fall mussten sie sich dabei mit den Anforderungen des internationalen Strukturwandels auseinandersetzen und konnten Lösungsstrategien, Erfahrungen, Strukturelemente und Verfahrensweisen, die man aus der DDR kannte, nur dann und insofern aktivieren, als damit Antworten auf aktuelle Anforderungen des internationalen Strukturwandels möglich wurden. Dabei kann es aber durchaus sein, dass die gesuchten Innovationen zur Bewältigung von Umbruchsproblemen gerade durch selektive Kombinationen neuer Elemente und historischer Mitgegebenheiten gefunden werden können. Unsere abschließende Hypothese wäre: die Aktivierung lokaler Ressourcen, historischer Mitgegebenheiten und endogener Potenziale gelingt gerade dann, wenn sie aus ihrem ursprünglichen Zusammenhang gelöst und im Umbruch experimentell mit dem Strukturwandel konfrontiert werden.

6. Für die weitere Untersuchung der komplexen Zusammenhänge zwischen dem Umbruch des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells und der Entwicklung in Ostdeutschland scheinen vor allem die folgenden vier Fragestellungen besonders wichtig:

- Wie wirken dauerhafte Entwicklungsunterschiede und die sie (teilweise) kompensierenden Transfers in einem, aber in sich uneinheitlichen Wirtschafts- und Sozialsystem? Welche Folgen hat die Herausbildung einer binnenwirtschaftlichen Transferökonomie auf das Wirtschafts- und Sozialmodell?
- Wie erklären wir den Widerspruch zwischen den „Erfolgsgeschichten“ einzelner Betriebe und Wirtschaftsstandorte und der insgesamt eher stagnierenden Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft? Inwieweit spiegeln die Fragmentierungen wirtschaftlicher Entwicklung, die zu einer für Ostdeutschland spezifischen Struktur der Industrie und der gewerblichen Wirtschaft geführt haben, und betrieblicher „Erfolgs- und Misserfolgsgeschichten“ in Ostdeutschland nicht nur transformationsbedingte Sonderprobleme, sondern zugleich auch grundlegende (und global relevante) Veränderungen der Muster wirtschaftlicher Entwicklung nach dem Fordismus? Wie Wirken ostdeutsche Besonderheiten als Ressourcen oder Blockaden in einem Strukturwandel, der vor allem von internationalen Determinanten bestimmt wird?

- Inwieweit entsteht mit dem sekundären Integrationsmodus¹⁸ ein Übergangsstadium, das auf eine neue, nicht mehr fordistische Form der Erwerbsarbeitsgesellschaft hinweisen könnte? Welche Konturen, Pfade und alternative Entwicklungsmöglichkeiten zeichnen sich ab?
- Welche Rolle spielt ein hoch differenziertes Nebeneinander von Schrumpfung und Wachstum für Suchprozesse nach neuen funktionsfähigen Entwicklungspfaden und welche Bedeutung haben diese Prozesse für den Umbruch des Wirtschafts- und Sozialsystems? Kann man von konträr aufeinander bezogenen West-Ost-Szenarien – viel Schrumpfung und wenig Wachstum im Osten, (noch) wenig Schrumpfung aber mehr Wachstum im Westen – sprechen? Was folgt daraus für die Angleichung oder die Auseinanderentwicklung der „zwei Gesellschaften in einem Staat“?¹⁹

In jeder dieser Fragen treffen aus unserer Sicht globalisierungsgetriebene Strukturveränderungen, Elemente des Umbruchs des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells und Spezifika der ostdeutschen Entwicklungsprobleme zusammen, die zu entwirren sind und deren Zusammenhänge im zweiten sozioökonomischen Bericht genauer zu analysieren sind.

7. Die Entwicklungsprobleme in Ostdeutschland können nur in dem Maße überwunden werden, in dem der Umbruch des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells in eine wieder konsistente Dynamik sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung (in ihrem Zusammenhang) mündet. Umgekehrt gilt aber auch: Der Umbruch des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells wird nur in dem Maße gelingen, in dem die Entwicklungsprobleme Ostdeutschlands überwunden werden. Ob und wie dies tatsächlich erfolgt, bleibt in der Berichterstattung offen. Aber es wird immer wieder die Frage nach dem im Umbruch entstehenden neuen Wirtschafts- und Sozialmodell gestellt, danach, was aus dem Umbruch folgt und in ihm entsteht.

Denkbar ist sowohl eine weiter zunehmende depressive Konstellation ohne Entwicklungsdynamik und mit weiterer Erosion moderner universeller Maßstäbe von Teilhabe. Denkbar aber ist auch, dass die im Umbruch entstehenden sozioökonomischen Innovationen und deren Rekombinationen auf einen neuen Pfad dynamischer Bewältigung des sozioökonomischen

¹⁸ Diesem Satz wäre eigentlich hinzuzufügen: „... und mit anderen auf die Erwerbsarbeit, das Verhältnis von Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, Betrieb und Haushalt bezogenen Entwicklungen der Arbeitsgesellschaft, die in Ostdeutschland und Westdeutschland teils ähnlich, teils anders, teils gegensätzlich abzulaufen scheinen ...“ Genau auf diese Bereiche können wir aber hier (noch) nicht näher eingehen, obwohl sie sehr wichtig sind, u.a. auch, um genderspezifische Differenzen besser verstehen zu können. Allerdings gibt es bislang kaum aufgearbeitetes aktuelles empirisches Material zu diesen Fragen.

Strukturwandels führen. Solange der Umbruch eher Nullwachstum und Stagnation bedeutet, drehen sich die Abwärtsspiralen weiter. Ohne den Übergang aus dem Umbruch in einen Durchbruch, ohne Dynamik frisst eine Gesellschaft sich selbst langsam auf. Ehemalige DDR-Bürger wissen das. Allerdings sind Wandel und Dynamik, Produktivitätssteigerung und Wachstum, mehr Beschäftigung und wachsende Einkommen allein noch nicht hinreichend für *Entwicklung*. Es geht auch um die Richtung, in die der Umbruch führt oder führen könnte, um die Frage, was wachsen soll und was nicht, welche Strukturveränderungen denkbar und gewollt sind. Und es müsste geklärt werden, in welchem Maße diese Prozesse und ihre Richtung in einer globalen, komplexen, von Millionen gegensätzlichen Bewegungen getriebenen, unterschiedlichen Interessen, Motiven und Ressourcen geprägten Weltgesellschaft überhaupt gestaltbar sind und durch „politische Willensbildung“ beeinflusst werden können.

Die Frage nach der Perspektive des Umbruchs ist die Frage nach dynamischen (schrittweisen, evolutionären) Lösungen für die zentralen gesellschaftlichen Fragen: Entwicklung, die zur Bewältigung der ökologischen und sozialen Probleme führt. Entwicklung, die zu Teilhabe der Individuen an gesellschaftlicher Entwicklung führt.

¹⁹ Reißig (2000)

2. Ostdeutschland – eine Transfergesellschaft: Und der Westen ist es auch

Ulrich Busch

1. Problemaufriss

Ostdeutschland weist gegenüber Westdeutschland, aber auch gegenüber den Ländern Mittel- und Osteuropas, eine Reihe spezifischer Merkmale auf. Hierzu gehört das sich dem Betrachter bietende Bild einer zwiespältigen und fragmentierten Entwicklung: Neben neuen und hochmodernen Betrieben stehen veraltete und stillgelegte Industrieanlagen, inmitten schmucker und aufwendig restaurierter Städte und Wohnviertel finden sich leer stehende Plattenbauten, neben prosperierenden Regionen herunter gekommene Landstriche mit sich entleerenden Städten und Dörfern. Moderne Infrastruktur wechselt mit veralteten Anlagen, hochproduktive Produktionsstätten existieren in einem zunehmend verödenen Umfeld.

Dabei bedingt das eine oftmals das andere: Arbeitslosigkeit und sozialer Abstieg sind Folgen des Strukturwandels und der Produktivitätsentwicklung, soziales Elend und Abwanderung wiederum Folgen von Unterbeschäftigung und Lohndumping. Ostdeutschland bildet auch sechzehn Jahre nach der Wiedervereinigung ein *besonderes* Territorium innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Seine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Integration ist nicht abgeschlossen. Ebenso wenig der Aufbau neuer Strukturen und die Ausbildung eigenständiger Entwicklungspotenziale.

Neben *positiven* Tendenzen, zum Beispiel im verarbeitenden Gewerbe, wo Wachstum und Effizienz (Rendite) inzwischen über den westdeutschen Referenzwerten liegen, gibt es in den neuen Ländern Erscheinungen einer Verfestigung bestehender Defizite und Rückstände. Es besteht die Gefahr, dass Ostdeutschland trotz punktueller Erfolge (Innovationszentren, Leuchttürme, Cluster) gegenüber den entwickelten Regionen Europas weiter zurückfällt und dauerhaft zum deutschen „Mezzogiorno“ wird. Das Scheitern des *Aufbau Ost* als dem wirtschaftsstrategischen Programm für den Aufbau- und Aufholprozess Ostdeutschlands seit 1990 und der Übergang von einer aktiven zu einer eher passiven Sanierungsstrategie seit Ende der 90er Jahre sind Indizien dafür, dass Ostdeutschland sich auf einem sehr problematischen Entwicklungspfad befindet.

Bewertet man die gegenwärtige Wirtschaftslage Ostdeutschlands und zieht dafür die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes (Wirtschaftswachstum, Preisniveaustabilität, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht) sowie die demografische Entwicklung

seit 1990 heran, so zeigt sich, dass sich Ostdeutschland seit Jahren in einem „totalen makroökonomischen Ungleichgewicht“ (Busch 2005a) befindet: Alle makroökonomischen Zielgrößen werden dauerhaft verfehlt und die Bevölkerung ist seit 1989 um ca. 13% gesunken. Allein der Wanderungssaldo gegenüber Westdeutschland beträgt 1,6 Millionen (2005). Besonders beängstigend ist, dass die neuen Länder, wenn man den Gesamtzeitraum seit 1990 betrachtet, selbst beim Wirtschaftswachstum hinter Westdeutschland zurückgeblieben sind. 1990 bis 2005 lag die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des realen BIP in den neuen Ländern bei 0,8% (Preisbasis 1995), während sie in den alten Ländern (ohne Berlin) doppelt so hoch lag, bei 1,6%. Auch der neue (verkettete) Index bestätigt vom Prinzip her diese Relation: Für 2005 weist die Statistik für Ostdeutschland (einschließlich Berlin) gegenüber 2000 einen Index des Wirtschaftswachstums von 102,7% aus. Für Westdeutschland lautet der Wert 103,8% (VGR der Länder, Stand: 17.2.06). Noch größer ist die Differenz bei der Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung und bei einer Reihe anderer ökonomischer Indikatoren.

Ein besonderer Stellenwert kommt dem regionalen Leistungsbilanzdefizit Ostdeutschlands und den West-Ost-Transfers zu, woraus sich die Charakteristik Ostdeutschlands als *Transferökonomie* und *Transfergesellschaft* ableitet (vgl. Busch 2002a).

Die Transferleistungen resultieren aus der Einbettung des Transformationsprozesses in den Vereinigungsprozess, genauer aus der Art und Weise der Transformation Ostdeutschlands als Inkorporation der neuen Länder in die Bundesrepublik Deutschland und der damit verbundenen Dominanz der Wiedervereinigung gegenüber der endogenen Regionalentwicklung. Sie bilden seit 1990 das finanzielle Rückgrat der deutsch-deutschen Beziehungen, und zwar auf allen Ebenen, auf Bundesebene ebenso wie auf der Ebene der Länder und Kommunen. Darüber hinaus sind sie tragend für die wirtschaftliche und die soziale Entwicklung der neuen Länder.

Während sie mit ca. 4% der Wirtschaftsleistung für Westdeutschland zwar eine enorme fiskalische, letztlich aber relativ geringe wirtschaftliche Belastung darstellen, ist ihre Bedeutung für Ostdeutschland ungleich höher zu bemessen: Rund 16% der Wertschöpfung sind hier transfergestützt. Dies entspricht einem Anteil am BIP von 13,5% und einem Arbeitsvolumen von 850.000 Arbeitsplätzen (Lehmann et al. 2005: 21). Der Anteil der Transfers an der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bzw. inländischen Verwendung Ostdeutschlands liegt zwischen 50% und (aktuell) 27% (IWH 6/2005: 184). Die Bedeutung der Transferzahlungen geht jedoch weit über die Ökonomie hinaus. Es gibt kaum einen Bereich des gesellschaftlichen Lebens, von der Wirtschaft bis zur Kultur, von den Investitionen bis zu den Ausgaben der

Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, der Bildung, der Wissenschaft und des Umweltschutzes, der nicht zumindest zu einem Teil transferfinanziert ist. Die Transferzahlungen sichern in Ostdeutschland ein Lebensniveau oberhalb der wirtschaftlichen Leistungskraft. Durch die damit erfolgende Alimentierung begründen sie aber auch den abhängigen Status der neuen Länder und ihrer Bewohner, deren politische Schwäche und Deklassierung zu „Bürgern zweiter Klasse“.

Wesentlich für die Würdigung der Transferproblematik sind *Umfang* und *Struktur* der Transfers, die dem Transfermechanismus inhärente *ökonomische Logik* (das seit 1919 diskutierte sog. „Transferproblem“ – vgl. Keynes 1929) und die differenzierten *Wirkungen* der Transfers in Ost- und Westdeutschland. Der absolute Umfang der Transfers (netto) beläuft sich auf etwa 80 Mrd. € jährlich. Das heißt, zwischen 1990 und 2005 sind ca. 1.200.000.000.000 € an Transferzahlungen von West nach Ost geflossen.

Für die Analyse der hiervon ausgehenden Wirkungen ist die Unterscheidung zwischen *Real- und Finanztransfers* von ausschlaggebender Relevanz. Während erstere in Form von Güterströmen von West nach Ost insbesondere für die wirtschaftliche Entwicklung von Bedeutung sind, sichern letztere deren Realisierung auf dem Markt.

Konkret bedeutet dies, dass die westdeutsche Wirtschaft seit 1990 jährlich für mehr als 100 Mrd. € Verbrauchs- und Investitionsgüter in den Osten „exportiert“. Der Absatz dieser Güter auf den ostdeutschen Märkten ist möglich, indem die hierfür nötige Kaufkraft via Finanztransfers durch den Staat bereitgestellt wird. Dieser Prozess ist mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1.7.1990 in Gang gesetzt worden und hält bis heute an. Die westdeutsche Wirtschaft profitiert hiervon. Ebenso die ostdeutschen Verbraucher. Verlierer ist dagegen die ostdeutsche Wirtschaft, da sie hierdurch Marktanteile, Umsätze, Gewinne und Produktionspotenzial einbüßt.

Mit den Transferleistungen vollzieht sich ein *ökonomischer Kreislaufprozess*, der für die westdeutsche Wirtschaft zusätzliches Wachstum, Arbeitsplätze, Einkommen, Gewinne und Investitionen impliziert, für die ostdeutsche Wirtschaft aber eine Abwärtsspirale bedeutet und für die öffentlichen Haushalte eine Dauerbelastung darstellt. Vordergründig betrachtet steigt durch die Transferzahlungen zwar das Lebensniveau im Osten. Da die eigene Produktion daran aber keinen Anteil hat, wird die ökonomische und soziale Entwicklung Ostdeutschlands dadurch nicht nur befördert, sondern zugleich auch blockiert. Das heißt, *entwicklungspolitisch* betrachtet, bewirken die Transfers für die westdeutsche Wirtschaft einen permanenten konjunkturellen Impuls, für die ostdeutsche dagegen dauerhafte Stagnation. Zugleich aber ist der

Osten auf die Transferzahlungen angewiesen und muss sich daher jeder Kürzung derselben widersetzen. Bedingt durch die vom Konsum dominierte Struktur der Transfers reproduziert sich mit der Transferleistung immer zugleich der Transferbedarf, so dass der Kreislaufprozess andauert. Ein Ausbrechen aus diesem „Teufelskreis“ wäre dem Osten nur möglich, wenn er, gemessen am Verbrauch, *mehr* produzieren würde als der Westen und im Westen *mehr* Produkte absetzen würde als der Westen im Osten absetzt. Statt einer defizitären Handelsbilanz wäre also eine aktive Handelsbilanz vonnöten. Dies ist jedoch nur bei wachsenden Märkten und ungedeckter Nachfrage denkbar. Unter den Bedingungen saturierter oder nur gering wachsender Märkte würde ein derartiges Vorgehen einem „Krieg“ um die Märkte gleichkommen, einem „Bürgerkrieg“ also, wie Klaus Noè meint, und scheidet daher als realistische Option aus. Als Transferökonomie und Filialwirtschaft sind die Entwicklungschancen Ostdeutschlands aber in einer globalisierten und wettbewerblich organisierten Ökonomie von vornherein äußerst begrenzt.

Ein „Mezzogiorno“-Szenario scheint als Entwicklungsperspektive mithin sehr viel wahrscheinlicher als die Aufhol- und Angleichungsperspektive der Bundesregierung(en) oder die auf die Mobilisierung endogener Potenziale setzenden alternativen Konzepte.

2. Umfang und Struktur der Transfers

Der Umfang der öffentlichen Nettofinanztransfers belief sich 2003 auf ca. 83 Mrd. €, im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 2005 waren es 70 bis 85 Mrd. €. Der größte Teil dieser Mittel stellt *allgemeine*, gesetzlich geregelte Leistungen (Rente, Kindergeld, Wohngeld, ALG I und II usw.) dar. Um Sonderleistungen für Ostdeutschland handelt es sich „nur zu einem sehr geringen Teil“ (Lehmann et al 2005: 5). Der Umfang der ostspezifischen Transferleistungen dürfte jährlich bei ca. 15 Mrd. € liegen, insgesamt also bei 200 bis 250 Mrd. € oder gut einem Fünftel der Gesamtleistungen.

Anhand statistischer Angaben des IWH lassen sich die Transfers sowohl aufkommens- als auch verwendungsseitig aufgliedern. Dabei wird deutlich, dass sie größtenteils vom Bund aufgebracht werden und vor allem der Sicherung des Lebensniveaus in Ostdeutschland dienen. Durch entsprechende Aussagen lässt sich die o.g. Einschätzung zur Entwicklungslogik des Transfermechanismus erhärten. Es lässt sich auch zeigen, dass eine Verstärkung des investiven Anteils an den Transfers nur möglich ist, wenn der Gesamtumfang der Leistungen erhöht wird. Umgekehrt folgt hieraus, dass die vorgesehene Zurückführung der Leistungen

bis 2020 vor allem zu Lasten der Investitionen in Ostdeutschland gehen wird, was zu Folge hat, dass Ostdeutschland ökonomisch und sozial perspektivisch weiter zurückfällt.

Ein beachtlicher Teil der Transferleistungen, und mehr noch der investiven Transfers, ist Bestandteil des Solidarpakts II. Der Tatbestand der hohen Fehlverwendungsquoten dieser Mittel, geschuldet der drohenden Haushaltsnotlage der neuen Bundesländer (außer Sachsen), und die geplante Rückführung der Solidarpaktmittel ab 2009 wird die Verwendungsstruktur der Transfers „ungünstig“ beeinflussen, indem der entwicklungsfördernde Anteil deutlich sinken wird.

3. Ökonomische und soziale Wirkungen

Mit einem Anteil von derzeit 27% an der Inlandsnachfrage sind die Transfers für Ostdeutschland von eminenter Bedeutung. Sie sichern den Ostdeutschen ein Lebensniveau rund 25%-Punkte über dem selbst erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt, garantieren die Arbeitsfähigkeit öffentlicher Institutionen trotz niedriger Steuereinnahmen und ermöglichen den weiteren Ausbau der Infrastruktur. Für die wirtschaftliche Entwicklung gingen von den Transfers jedoch vergleichsweise wenig direkte positive Effekte aus, so dass der *Aufbau Ost* trotz der enormen Transferleistungen als gescheitert angesehen werden muss. Im Einzelnen sind die Ergebnisse aber *differenziert* zu werten: Sie stützen sowohl die These von der fragmentierten Entwicklung Ostdeutschlands (Land 2003) als auch die Einschätzung, die Transfers seien vor allem ein Konsumprogramm „zur sozialen Befriedung“ des Ostens (vgl. Bisky 2005). Hieran gemessen, haben die Transfers ihr Ziel zweifellos erreicht. Dies kann aber nicht befriedigen, da der Zustand Ostdeutschlands, „am Tropf“ des Westens hängend, auf diese Weise nicht überwunden werden kann, sondern perpetuiert wird.

Die für die Darstellung der wirtschaftlichen Situation der neuen Länder und Berlins erforderlichen Daten können der offiziellen Statistik entnommen werden. Quellen hierfür sind insbesondere die Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder“, diverse Statistische Reihen des Statistischen Bundesamtes, Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter, Datensammlungen des BMF und des BMWi sowie den jährlichen Berichten der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit, periodische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank und die jährlichen Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Darüber hinaus gibt es zu Einzelfragen und speziell zu den Transferleistungen unregelmäßig Informationen über Datenerhebungen der Wirtschaftsforschungsinstitute, insbesondere des IWH Halle und des DIW Berlin, aber auch des Ifo Instituts München und Dresden, des RWI Essen, des HWWA Hamburg, des IfW Kiel des IZA Bonn sowie Studien und Recherchen anderer Einrichtungen, zum Beispiel des IRS Erkner, der KfW, der Deutschen Bank Research, des IAB Nürnberg, des BISS Berlin, des ZSH Halle, des SFZ, der HBS Düsseldorf, der OBS Berlin u. a. m.

3. Fragmentierte wirtschaftliche Entwicklung – Wirtschaftsstruktur und Betriebe

Rainer Land

1. Aufsteiger bei gesamtwirtschaftlicher Stagnation

Die These einer *fragmentierten wirtschaftlichen Entwicklung* geht zunächst von einer Beobachtung aus: In Ostdeutschland findet sich eine Vielzahl von Einzelfällen (einzelnen Betrieben oder auch Clustern), über die berichtet wird

- von einer überdurchschnittlichen Produktivität
- und / oder überdurchschnittlichem Wachstum
- und / oder überdurchschnittlicher Ertragslage
- erfolgreicher Aktivität auf dem Weltmarkt.

Zugleich müssen wir konstatieren, dass die gesamtwirtschaftliche Situation in Ostdeutschland durch ein extremes Ungleichgewicht gekennzeichnet ist (Thesen zu Punkt 2, vgl. auch Busch 2005). Gesamtwirtschaftliche Produktivität und Wachstum stagnieren etwa seit 1997. Beide Befunde zusammengenommen bedeuten, dass die erfolgreiche Entwicklung eines nicht geringen Teils einzelner Betriebe offensichtlich mit Schrumpfungen und dem wirtschaftlichen Niedergang eines anderen Teils der Betriebe einhergehen muss.²⁰

Nun ist das Nebeneinander von Aufstieg und Niedergang (schöpferischer Zerstörung) in einer auf Kapitalverwertung basierenden Wettbewerbswirtschaft zunächst völlig normal und verläuft in einer schumpeterschen Welt in zyklischen Wellen (Schumpeter 1939). Das bedeutet, dass Phasen des Auftretens innovativer neuer Unternehmungen bei Expansion der Nachfrage nach Investitionsgütern, wachsender Beschäftigung und tendenzieller Inflation zu unterscheiden sind von Phasen des Umbruchs mit Niedergang nicht mehr wettbewerbsfähiger Unternehmen bei Angebotsüberhang und tendenzieller Deflation. Während die erste Phase als ex-

²⁰ Dies gilt zunächst für die gewerbliche Wirtschaft und die Bauwirtschaft. Aus unserer Sicht wäre es falsch, die negative Entwicklung nach 1997 allein auf die Anpassung der Bauwirtschaft zurückzuführen. Vor allem kann man nicht die positive Entwicklung bis 1997 mit Zahlen darstellen, die die Bauwirtschaft einschließen und argumentieren, dass die Entwicklung nach 1997 so schlecht nicht aussieht, wenn man die Bauwirtschaft weglässt. Mit Bauwirtschaft haben wir vor 1997 einen deutlichen Konvergenztrend und nach 1997 fast keine Konvergenz mehr. Nimmt man die Bauwirtschaft heraus, dann ist schon vor 1997 nur eine schwache Konvergenz gegeben, dafür sind die Zahlen nach 1997 nicht mehr ganz so schlecht. Nur gehört das Auf und Ab der Bauwirtschaft in eine Betrachtung der sozioökonomischen Entwicklung hinein, hier äußern sich ja gerade zentrale Probleme der Integration der ostdeutschen Wirtschaft in die deutsche Volkswirtschaft.

pansionsgetriebene Entwicklung bezeichnet werden könnte, handelt es sich bei der zweiten Phase um eine rationalisierungsgetriebene Entwicklung. (Schumpeter 1939: 139ff, 147)²¹ Entscheidend an dem Modell ist, dass es sich dabei nicht um einen Nullsummenprozess (der Gewinn des einen wäre der Verlust des anderen) handelt, d.h. die Weltwirtschaft und im Prinzip auch die einzelnen kapitalistischen Volkswirtschaften (deren Gewichte sich allerdings dabei verschieben können) befinden sich am Ende des Entwicklungszyklus vor allem qualitativ aber auch quantitativ nicht auf dem gleichen Stand bzw. Niveau wie am Anfang. Der Unterschied ist ein neues technologisches Niveau, eine andere Struktur des BIP und der Produktionsmittel und der darin enthaltenen Waren und Dienstleistungen, eine andere Zusammensetzung bzw. Qualifikation der sog. Humanressourcen, eine höhere Arbeitsproduktivität; quantitativ sind das BIP und der Kapitalstock gewachsen, auch wenn eine quantitative Vergleichbarkeit wegen des Strukturwandels nur eingeschränkt gegeben ist, denn es werden diachron zwei qualitativ unterschiedliche BIP bzw. Kapitalstöcke verglichen. Die Gewinne der Gewinner übersteigen die Verluste der Verlierer. Ein Modell, bei dem es Gewinner gibt, das Ganze aber über einen längeren Zeitraum stagniert, entspricht nicht der „Normalität“ des schumpeterschen Entwicklungsmodells und ist erklärungsbedürftig.

Die für unser Berichtssystem relevante Vergleichsfolie, der Fordismus, schloss den Niedergang einzelner Unternehmen nicht aus, aber der „Fahrstuhleffekt“ galt im Prinzip und für das Gros der Unternehmen: die erfolgreiche Entwicklung der innovativ voranschreitenden Unternehmen zog die Masse der Unternehmen mit, weil diese als Zulieferer, Dienstleister unmittelbar oder über die wachsende Konsumnachfrage (bei wachsender Beschäftigung bzw. steigen-

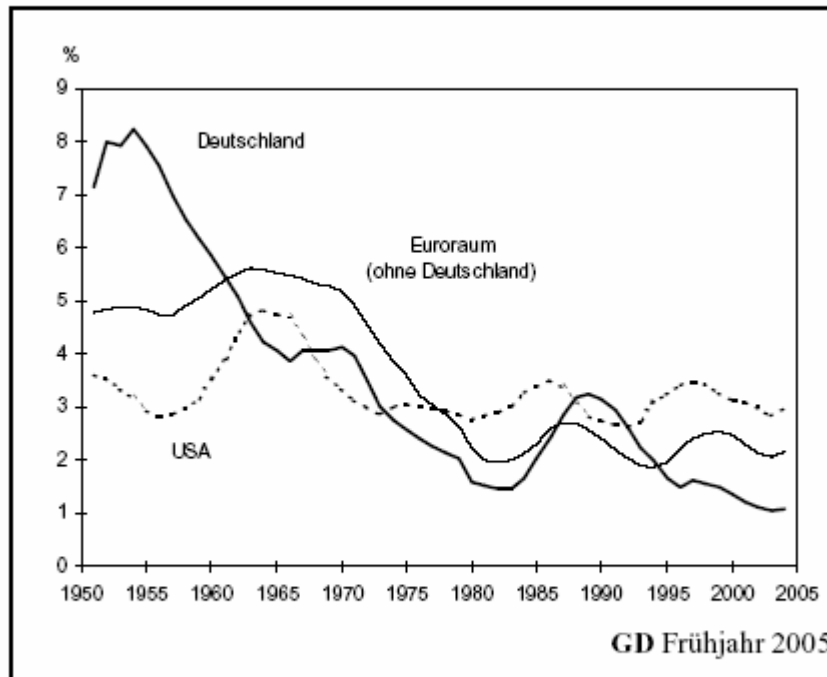
²¹ Für eine Nutzung des Modells wirtschaftlicher Entwicklung von Schumpeter müssen der Auf- und Umbau und der Umbruch der Regulation, der sozioökonomischen Verfahren, Institutionen und Rückkopplungen im Zuge einer Entwicklungswelle mitgedacht werden, was Schumpeter im Modell nur andeutet. In seinen historischen Beschreibungen der einzelnen Entwicklungszyklen des Kapitalismus spielen aber Veränderungen der Geld- und Kreditregulationen, Lohnregulation, Veränderung der Lohnregulation durch „Abkommen mit Gewerkschaften und Unternehmerverbänden“, Industriepolitik, Veränderung der Haushaltsführung (Reduzierung des traditionellen Sektors), des Außenhandels u. ä. eine wichtige Rolle. Wenn man diesen „sozioökonomischen“ Aspekt ernst nehmen will, müsste man diese Aspekte in das Modell einbauen und für die erste Phase von einem Um- und Ausbau sozioökonomischer Regulation in Wechselwirkung mit dem Aufbau neuer Industriestrukturen sprechen, der auf die Steuerung eines Expansionsprozesses gerichtet ist (also für den Fordismustyp der Bundesrepublik beispielsweise von der Bundesbank, des System der Tarifpartner und der Rentendynamisierung), während in der zweiten Phase Konsolidierungen im Vordergrund stehen, z.B. im Finanzsystem, in der Finanzierung der öffentlichen Ausgaben, der Lohnregulation, der Arbeitsmarktpolitik, die zu einer teilweiser Revision des institutionellen Settings der Aufbauphase stehen und mit der Bewältigung des nunmehr dominant rationalisierungsgetriebenen Strukturwandels und seiner sozialen Folgen zu tun haben. Aufbau, Konsolidierungsversuche und Umbruch von Wirtschafts- und Sozialmodellen, von bestimmten „institutionellen Settings“ könnten dann systematisch als Teil der in Zyklen verlaufenden Entwicklung aufeinander aufbauender Varianten des Kapitalismus verstanden werden.

den Löhnen) oder die Investitionen in den Ausbau der allgemeinen Infrastruktur mittelbar an der volkswirtschaftlichen Entwicklung partizipierten. Der Saldo der volkswirtschaftlichen Effekte der aufsteigenden und der untergehenden bzw. schrumpfenden Unternehmen (mit Entwertung nicht nur des fiktiven, sondern oft auch des realen Sachkapitals und Freisetzung von Arbeitskräften), der aufsteigenden Zugpferde eines (qualitativen) Wachstumsschubs und der vielen mitgezogenen Unternehmen war deutlich positiv, und zwar nicht nur über einen langen Zyklus, sondern auch in (fast) allen Phasen. „Negatives Wachstum“ und Einbrüche sollten sehr kurz sein. Allerdings betont Schumpeter, dass sich Rezessions- und Depressionsphasen erst auf Grund kollektiv falscher Reaktionsweisen und politischer Fehler zu Krisen, Dauerkrisen, anhaltenden Stagnationsphasen auswachsen können, wie in der Weltwirtschaftskrise 1929 geschehen.²²

Alle entwickelten Industrieländer befinden sich seit den siebziger Jahren in einem Umbruch, der sich in deutlichem Rückgang der wirtschaftlichen Entwicklung ausdrückt. Allerdings weist Deutschland eine besonders ausgeprägte Wachstumsschwäche auf und bleibt hinter den anderen Ländern seit 1975 und noch deutlicher nach 1990 zurück. Dies könnte ein Indiz für falsche Reaktionsweisen und Strategien im Umbruch und dann auch bei der Integration der ostdeutschen Wirtschaft hinweisen.

²² Grundsätzlich betont Schumpeter in seinen Aufsätzen aus der Zeit der Weltwirtschaftskrise (Beginn 1929) immer wieder, dass diese Krise aus der quasi „gesetzmäßig“ verlaufenden Überlagerung der Depression des langwelligen, des mittleren und des kurzen Konjunkturzyklus entstehen musste und deshalb zu erwarten war, dass sie tiefer geht und von einem nur schwachen Aufschwung abgelöst wird. Aber sie hätte keine Katastrophe werden müssen. „Ja, zunächst haben wir – jedenfalls hatten wir 1929 und 1930 – die Depressionsphase eines normalen Konjunkturzyklus vor uns. Aber dessen Symptome, die ... nur ein kurzes und mildes Abgleiten angezeigt hätten, das schon im ablaufenden Jahr von einem Anstieg abgelöst worden wäre, wurde zum Gesamtbild einer Katastrophe verschärft und es traten Erscheinungen auf, die normalen Depressionsperioden fremd sind, weil eine andere Gruppe von Ursachen ... hinzutrat – wir wollen sie kurz die politischen nennen... Die beliebte Analogie vom Schiff im Sturm ist unzulänglich, es müsste noch hinzugefügt werden, dass unsere Schiffe Kapitäne haben, die nichts von Nautik verstehen, und Besatzungen, welche drohende Klippen für rettende Häfen halten.“ (Schumpeter 1931:202) „Wir Theoretiker mögen darüber streiten, ob man das korrekter Weise ‚Deflationspolitik‘ nennen kann oder nicht... Diese Politik ist also zweifellos ein entscheidender Faktor der augenblicklichen deutschen Wirtschaftslage und müsste sicherlich schnell ... aufgegeben werden, wenn nicht neue Bankrottepidemien auftreten und die Arbeitslosenziffer von 7 Millionen sehr bald erreicht und schließlich auch überschritten werden soll.“ (Schumpeter 1932a: 146) Dagegen beschreibt er die amerikanische Krisentherapie als „weitgehend gerechtfertigt, der dieser große Erfolg zugeschrieben werden darf. [...] so kann man sich unmöglich dem Eindruck entziehen, dass wir einen sehr weit fortgeschrittenen Genesungsprozess vor uns haben – mag das auch wenig bedeuten gegenüber all den inneren und äußeren Gefährmomenten, die ihn aufhalten oder das schon Erreichte vernichten können.“ (1932b: 217f)

Trendwachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in ausgewählten Ländern



Quellen: GGDC Total Economy Database; Berechnungen der Institute.

Quelle: Wirtschaft im Wandel Sonderausgabe 1/2005: 53

Eine Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland muss in dieses Umbruch-szenario eingebettet werden. Dabei geht es insbesondere darum, den Widerspruch zwischen *den Erfolgsgeschichten im Einzelnen* und der *Stagnation des Ganzen* zu erklären.

- Wie ist das Verhältnis der ostdeutschen zur westdeutschen Wirtschaft, vor allem der Industrie und der gewerblichen Wirtschaft zu bestimmen und darzustellen? Worin bestehen die wesentlichen Unterschiede und Besonderheiten beider im Verhältnis zueinander, welche Hindernisse und welche Dynamiken für die Entwicklung in Ostdeutschland ergeben sich daraus?
- Welche Folgen für das deutsche Wirtschafts- und Sozialmodell und den Verlauf des Umbruchs hat es, wenn zwei zumindest zunächst differente Typen wirtschaftlicher Entwicklung in einem Wirtschaftssystem interagieren? Welche Rückwirkungen hat die deutsche Einheit auf die (west)deutschen Produktionsmodelle und das Wirtschafts- und Sozialmodell?

2. Erklärungselemente

Als Erklärungen für die Probleme der ostdeutschen Wirtschaft und die Ursachen des Ausbleibens einer zügigen aufholenden Entwicklung findet sich eine Vielzahl von Untersuchungen zu einzelnen Punkten, die sich um folgende Themen gruppieren:

- a) Schwierigkeiten des Marktzugangs, die auf die Währungs- und Wirtschaftsunion (1990), dem Wegbrechen der RGW-Märkte (vor allem Sowjetunion) und dem Mangel an Konkurrenzfähigkeit der ostdeutschen Produkte bzw. Kosten (Produktivitätsrückstände) zurückgeführt werden. In der Gegenwart kommen neue Erklärungen hinzu, die auf die geringen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten, auf verschiedene in der Transformation entstandene neue Benachteiligungen (Filialwirtschaft, Konzernzentralen meist im Westen) hinweisen.
- b) Die Kapitalausstattung der ostdeutschen Betriebe ist insgesamt immer noch deutlich geringer als die der westdeutschen gewerblichen Wirtschaft, es besteht eine Anlagelücke, die Eigenkapitalquote sei zu gering, die Betriebe haben Schwierigkeiten, Fremdkapital für Investitionen zu beschaffen, die Differenz wird durch Fördermittel nicht hinreichend ausgeglichen.
- c) Die Forschung und Entwicklung sei insgesamt deutlich geringer als die in Westdeutschland.
- d) Der Industriebesatz und die Betriebsgrößen sind zu gering (zu wenige und zu kleine Betriebe).

Ragnitz (2005) hat den Produktivitätsrückstand im Hinblick auf die möglichen Ursachen untersucht. Er stellt zwar fest, dass es immer noch eine Konvergenz der Produktivitätsentwicklung Ostdeutschlands an Westdeutschland gibt, die aber zu gering ist, „denn bei diesem Konvergenztempo würde selbst im Jahre 2020 das durchschnittliche Produktivitätsniveau in den neuen Ländern erst 84% des westdeutschen Wertes betragen.“ (Ragnitz 2005: 6) Bei der Analyse der Ursachen kommt Ragnitz zu dem Ergebnis, dass weder die Ausstattung mit Sachkapital noch die Infrastrukturausstattung, das Qualifikationsniveau oder „die Flexibilität und Einsatzbereitschaft der Ostdeutschen“ diese Produktivitätslücke erklären können. Er zeigt, dass die Branchenstruktur, die funktionale Struktur und vor allem die Größenstruktur der ostdeutschen Wirtschaft die Differenz erklären, „dass der Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Wirtschaft primär ein Reflex unterschiedlicher Strukturen in den beiden Landesteilen ist und wenig über die Leistungskraft der ostdeutschen Unternehmen aussagt. (ebd.: 17). Seine Untersuchung zeigt auch, dass die Produktivitätsniveaus der einzelnen Betriebe und Bran-

chen stark differieren. „So gibt es Branchen (Tabakverarbeitung, sonstiger Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Bekleidungsindustrie) mit einem Produktivitätsniveau von weniger als 50% des westdeutschen Durchschnitts aber auch solche, die den westdeutschen Vergleichswert weit übertreffen (Mess- und Regeltechnik, Chemieindustrie, Holzgewerbe).“ (Ragnitz 2005: 6) Dies betrifft auch die Landwirtschaft und den Bergbau. In der Größenklasse von 300 bis 499 Beschäftigten liegt die Umsatzproduktivität ostdeutscher Betriebe über der westdeutschen Vergleichszahl, in allen anderen darunter. Bemerkenswert ist die Untersuchung der Beschäftigtenstruktur. In Ostdeutschland werden viel mehr angelernte Arbeiter und deutlich weniger Angestellte in dispositiver Funktion oder mit qualifizierter Tätigkeit beschäftigt, als in westdeutschen Betrieben. Dies hat damit zu tun, dass ein großer und wichtiger Teil der ostdeutschen Betriebe funktionell in Netzwerke oder Konzerne eingebunden ist, deren wertschöpfungsintensiven Teile (Leitung, Forschung und Entwicklung-, Marketing, Werbung) in Westdeutschland oder im Ausland liegen. Dazu auch Kowalski weiter unten.

3. Unterschiedliche Wirtschaftsstruktur in West- und Ostdeutschland ist transformationsbedingt

Ein genauerer Vergleich der Struktur der ostdeutschen gewerblichen Wirtschaft zeigt aber, dass es hier nicht nur erhebliche Unterschiede gibt, sondern dass diese Unterschiede im Wesentlichen durch Prozesse nach 1990 erklärt werden müssen. Die umfassendste Analyse dazu stammt von Reinhold Kowalski (2004a, 2004b, 2006), der nicht nur eine Reihe einzelner Differenzen und Merkmale zusammenstellt, sondern die Struktur der ostdeutschen Industrie untersucht und diese aus dem spezifischen Transformationspfad erklärt: „In Ostdeutschland gibt es nicht einfach eine schwach entwickelte Industrie, der Großbetriebe fehlen und natürlich generell mehr Betriebe, mehr Produktion, mehr Beschäftigung, mehr Investitionen, mehr Umsatz, mehr Export und mehr Innovationen. Obwohl dies alles zutrifft, handelt es sich aber nicht um einen generell rückständigen Typ von Industrie.“ (Kowalski 2004a: 20) „Die Produktivitätslücke ist seit langem nicht mehr auf einen technologischen Rückstand der einzelnen Produktionsstätten zurückzuführen, vielmehr auf deren Struktur. Die ist aber eindeutig ein Ergebnis der Transformation.“ (Kowalski 2004b: 50)

Er erklärt die Besonderheit der ostdeutschen Industrie dadurch, dass sie sich nach der Vereinigung innerhalb einer bestehenden, hoch entwickelten, leistungsstarken und weltmarktorientierten kapitalistischen Industrie entwickelt hat, also nur komplementär zu der westdeutschen

Wirtschaft verstanden werden kann. Sowohl die besonders entwickelten, in der Leistungskraft den deutschen Durchschnitt bereits übersteigenden Teile wie auch die kaum entwickelten oder fehlenden Teile der ostdeutschen Wirtschaftsstruktur erklären sich jeweils aus der Rolle und dem Verhältnis dieser Teile zur westdeutschen Wirtschaft. Nach seiner Interpretation ist eine „Filiale“, ein Anbau der westdeutschen Wirtschaft entstanden, was er an einer Reihe von Charakteristika für das verarbeitende Gewerbe zeigt. Vor allem die für die westdeutsche Wirtschaft überflüssigen Teile der ostdeutschen Wirtschaft sind stark geschrumpft, während sich die Teile erhalten und umgeformt haben, die spezifische Funktionen im Hinblick auf die westdeutsche Wirtschaft aufwiesen bzw. diejenigen, die auf bloß lokale Märkte gerichtet sind. Die Eigentumsstruktur zeigt, dass sich zwar 80 Prozent der Betriebe in Ostdeutschem Eigentum befinden, diese aber deutlich kleiner sind, weniger als 30 Prozent des Umsatzes ausmachen und ihre Effektivität geringer ist als die der Betriebe in westdeutschem oder ausländischem Eigentum. (74 Tsd. Euro Umsatz pro Beschäftigten zu 158 in westdeutschem und 212 in ausländischem Besitz). „Die Größenstruktur aber zeigt noch ein weiteres typisches Merkmal: Die starken Mittel- und die meisten Großbetriebe haben bereits seit Jahren das westdeutsche Effektivitätsniveau (Umsatz pro Beschäftigten) erreicht. Die Betriebe dieser Größenklasse sind durchweg im Eigentum westlicher Konzerne und Firmen. Sie haben ihre Filialen mittels massiver staatlich geförderter Investitionen drastischer lean production, hoher Spezialisierung und rationalisierter Beschäftigung zu modernen leistungsfähigen Kapazitäten ausgebaut. Die Entstehung einer komplementär auf Westdeutschland bezogenen abhängigen Wirtschaftsstruktur zeigt sich nun auch an der Branchenstruktur. So sind die Vorleistungsgüterproduzenten (53,4 Prozent des Bruttowerkschöpfungsvolumens der Industrie zu 48 in Westdeutschland) und die Verbrauchsgüterproduzenten (17,4 zu 12 Prozent) anteilig überrepräsentiert, während die Anteile der Investitionsgüterproduzenten (25,3 zu 36,3) deutlich geringer sind als in Westdeutschland. Besonders problematisch ist der Anteil der forschungs- und entwicklungsintensiven Zweige, der mit 50,7 von Hundert des Wertschöpfungsvolumens im Verhältnis zu 65,7 in Westdeutschland zu gering vertreten ist und mit 45,3 Prozent des Bruttoanlagevermögens (zu 56,5 Prozent im Westen) auch schlechter ausgestattet ist. (Kowalski 2004a: 26) Kowalski belegt damit, dass die leistungsstarken innovationsintensiven Kapazitäten hauptsächlich im Westen liegen. Das zeigt sich daran, dass die FuE-Personalintensität der ostdeutschen Wirtschaft etwa die Hälfte der westdeutschen ausmacht und sich seit 1990 kaum verändert hat. (Der Anteil an FuE Personal pro 1000 Erwerbstätigen ist im Osten von 49 auf 50 gestiegen, im Westen von 97 auf 91 gesunken). Während der Industrieumsatz Ostdeutsch-

land etwa acht Prozent des gesamtdeutschen erreicht, beträgt der Anteil an den betriebsinternen FuE-Aufwendungen im verarbeitenden Gewerbe nur 3,6 von Hundert (ebd.:32).

Ein Resümee könnte daher lauten: „Die Industrie Ostdeutschlands ist kein dynamisch aufholender Typ. Sowohl die Strukturen als auch die Funktionen dieses Typs haben sich verfestigt. Seine Funktionen im Rahmen der Industrie Gesamtdeutschlands beschränken sich darauf,

- den lokalen Markt mit Standardwaren des laufenden Bedarfs zu versorgen,
- mittels Filialen das Produktionsprofil von exogenen Konzernen und Firmen zu arondieren
- und schließlich mit einem breiten Sektor von Kleinst- und Kleinbetrieben die vielfältige Nachfrage nach investiven und konsumtiven Erzeugnissen der kleinen Serien- und Einzelfertigung zu bedienen.“ (ebd.: 27)

Nach Kowalski liegt die Ursache der wirtschaftlichen Stagnation in Ostdeutschland in der mit der Transformation entstandenen Wirtschaftsstruktur. Allerdings gibt es auch in dieser insgesamt abhängigen und komplementär an die westdeutsche *angebauten* Wirtschaft im Einzelnen höchst interessante Besonderheiten und innovative Entwicklungen:

- die Qualifikation der ostdeutschen Beschäftigten ist formal etwas höher als in Westdeutschland,
- der Anteil innovativer Betriebe ist etwas höher als in Westdeutschland. (ebd. 39, nach IWH Sonderheft 7/2003: 156)
- die ostdeutsche Industrie verfügt über *eigenständige* Innovationspotenziale besonders in den KMU (eb.: 39ff).

Aus unserer Sicht kann man mit dem Modell von Kowalski einen großen Teil der Probleme der ostdeutschen Wirtschaft erklären. Es ist sicher richtig, die abhängige Struktur der ostdeutschen Industrie als Ergebnis des spezifischen Transformationspfades durch „Beitritt“ und der dabei gefällten politischen Entscheidungen, vor allem auf die Privatisierungspolitik zurückzuführen. Allerdings sieht es so aus, als handle es sich nur um Fehlentscheidungen. Der Maßstab einer „richtigen“ Entwicklung ist dabei die Vorstellung einer modernen effizienten Massenproduktion, hinter der tatsächlich ein zeitlos idealisiertes fordistisches Wirtschaftsmodell steht. Dabei wird ein entscheidender Gesichtspunkt ausgeblendet: die Transformation der ostdeutschen Wirtschaft vollzog sich nicht in Hochzeiten der fordistischen Entwicklung, sondern mitten in einem internationalen Umbruch, der auch die Entwicklung in Westdeutschland prägt. Eine erfolgreiche Kopie fordistischer Wirtschafts-, Branchen- und Betriebsstrukturen war gar nicht mehr möglich. Es sind daher *auch*, aber *nicht nur* interessengeleitete politische Entscheidungen und Fehlentscheidungen, sondern ein objektiv ablaufender Strukturwandel, der einen „gleichwertigen“ Nachbau der westdeutschen Industriestruktur unmöglich macht

und die Reorganisationsprozesse in Ostdeutschland auf „neue“, experimentelle Bahnen zwingt. Zumindest bislang sind auf diesen Wegen weder die Wachstumsraten noch die Beschäftigungseffekte erreichbar, die für eine selbsttragende Entwicklung erforderlich wären. Andererseits ist es aber durchaus möglich, dass gerade in Ostdeutschland Keime für Produktionsmodelle „nach dem Fordismus“ entstehen.

4. Divergente Entwicklungstendenzen der überregional orientierten Betriebe und der auf lokale Märkte angewiesenen Betriebe?

Ein weiterer Erklärungsansatz schließt an die Betrachtung der ostdeutschen Wirtschaftsstruktur an, verbindet diese aber mit einer makroökonomischen Sicht: Der Produktivitätsrückstand der ostdeutschen gewerblichen Wirtschaft würde vor allem durch die Betriebe verursacht, die keine überregional handelbaren Güter erzeugen, sondern auf lokalen Märkten agieren (also vor allem Dienstleistungen produzieren). Diese Güter hätten auf den ostdeutschen Märkten ein deutlich unter dem der westdeutschen Märkte liegendes Preisniveau, zudem würden gerade diese Märkte stagnieren oder sogar zurückgehen, weil die Einkommen der Bevölkerung wegen der stagnierenden Löhne, der wachsenden Arbeitslosigkeit und der Reduzierung von SozialtransfERNiveaus zurückgehen und die Bevölkerungszahl wegen der Abwanderung sinkt. Niedrigere Preise, rückläufiger Umsatz und daraus folgende Unterauslastung der Kapazitäten hätte trotz der etwas geringeren ostdeutschen Lohnkosten auch bei gleicher technischer Ausstattung und gleicher technischer Produktivität eine geringere Wertschöpfung pro Beschäftigten zur Folge. So gesehen verbirgt sich hinter den Produktivitätsdifferenzen nicht nur ein Größen-, Eigentums- und Strukturproblem, sondern auch ein Problem der funktionellen Einbettung. Die Betriebe, die primär in überregionale Wirtschaftskreisläufe und Netzwerke eingebettet sind – zumeist eben auch größere und Filialbetriebe – partizipieren eher von der dynamischen Entwicklung der Außenmärkte, während die Betriebe, die nur lokal handelbare Güter herstellen zurückbleiben. Die Entwicklung führt zu einer Divergenz zu Lasten der regionalen Wirtschaftsentwicklung.

Mit dieser These lässt sich auch ein auf die gesamtwirtschaftliche Lage bezogenes keynesianisches Argument²³ verknüpfen: die Stagnation ist darauf zurückzuführen, dass die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland seit den achtziger und neunziger Jahren zwar erheblich gesteigert wurde (Exportweltmeister), und zwar durch Entlastung bei den Lohnkos-

²³ So Flassbeck (2001)

ten (sinkende Lohnstückkosten in Deutschland seit 1995) und der Steuer. Die Folge sind stagnierende oder zurückgehende Einkommen der Arbeitnehmer, anteilig sinkende Sozialausgaben und Staatsausgaben, also sinkende oder stagnierende Binnennachfrage bei wachsender Exportumsätzen. Da in großen Wirtschaften wie der deutschen der Binnenmarkt den deutlich größeren Teil der Umsätze umfasst, kann das Exportwachstum den Rückgang der Binnennachfrage nicht kompensieren²⁴. Es kommt zu einer Aufwärtsentwicklung der exportorientierten Unternehmen bei Stagnation oder Abwärtsbewegung der Unternehmen, die den größeren Teil ihres Umsatzes auf dem Binnenmarkt realisieren. Diese These ist nicht spezifisch auf die ostdeutsche Situation gerichtet, aber angesichts des im Vergleich zu Westdeutschland geringeren Exportanteils der ostdeutschen gewerblichen Wirtschaft könnte sie zum Teil das noch stärkere Zurückbleiben Ostdeutschlands erklären, wenn sich nachweisen ließe, dass die Rückstände vor allem die auf lokalen und regionalen Märkten operierenden Unternehmen betrifft. Dies scheint zumindest plausibel.

Das fatale an einer solchen Entwicklung aber wäre, dass sie bedeuten könnte, dass erfolgreiche Unternehmen sich in neue, möglichst global agierende Netzwerke integrieren müssen und dazu lokale und regionale Wertschöpfungsketten und Netzwerkbeziehungen abbauen. Der „normale“ Zusammenhang von sich wechselseitig begünstigender Entwicklung überregional und regional orientierter Unternehmen würde aufgelöst, die erfolgreiche Entwicklung aufstrebender Unternehmen hätte tendenziell den Niedergang regionalen Wirtschaftskraft zur Folge, und zwar auch dann, wenn das erfolgreiche Unternehmen den Standort gar nicht wechselt. Solche gegensätzliche Entwicklung von Unternehmen und Region kennen wir bereits aus der ostdeutschen Landwirtschaft, die Frage, welche Rolle sie im Strukturwandel der ostdeutschen gewerblichen Wirtschaft spielt, muss u.E. genauer untersucht werden.

²⁴ Eine Situation, die sich in kleinen Volkswirtschaften, wie den Niederlanden, umgekehrt entwickelt, weil hier der Außenhandel den größeren Teil der Umsätze umfasst und der Beschäftigungseffekt des wachsenden Außenhandels größer ist als der Beschäftigungsrückgang wegen sinkender Einkommen, die zudem eher zu einer Wachstumsverlangsamung des Imports führen dürften. Hier kann also eine auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit nach außen gerichtete Kostensenkung zu einem dynamischen Aufschwung des Ganzen führen, weil die positiven Effekte die negativen Wirkungen auf den Binnenmarkt überkompensieren, was in einer großen Volkswirtschaft mit großem Binnenmarkt nicht gelingen kann.

5. Ostdeutsche Wirtschaftsstruktur und „postfordistischer“ Umbruch

– weitergehende Fragen

Um die weitere Entwicklung beobachten und abbilden zu können, muss die in den letzten 15 Jahren entstandene deutsch-deutsche Wirtschaftsstruktur in eine *dynamische* Betrachtung der weiteren Entwicklung einbezogen werden. Zunächst ist die Entwicklung einer hinsichtlich ihres Anteils und ihrer Exportfähigkeit zu kleinen Wirtschaftsstruktur nur zu erklären, wenn die mit dem Umbruch des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells verbundene Wachstumsschwäche insgesamt in Betracht gezogen wird. Anders gesprochen: bei schnell expandierenden Märkten und hohen Erweiterungsraten, wie in den Hochzeiten der fordistischen Wirtschaftsentwicklung, hätte der erforderliche Ausbau von Kapazitäten sehr viel mehr Raum für eine Expansion der ostdeutschen Unternehmen und die Ansiedlung neuer Unternehmen geschaffen. Kurz: unter den Bedingungen des alten (fordistischen) Wirtschafts- und Sozialmodells wäre zwar auch eine abhängige Wirtschaftsstruktur komplementär zu der in Westdeutschland vorhandenen entstanden, trotzdem aber wären das Wertschöpfungsvolumen, die Beschäftigung und die Exportquote höher und die Leistungskraft läge näher an der westdeutschen.²⁵

Wenn man die in Ostdeutschland entstandene Wirtschaftsstruktur erklären will, die Frage, warum bestimmte Branchen und Typen geringer oder im Einzelnen auch weiter entwickelt sind als im Westen, muss man die Entstehung dieser Wirtschaftsstruktur in den 90er Jahren in ein Konzept des Umbruchs des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells einbetten, muss man den Strukturwandel und die Rationalisierungstrends der 90er Jahre einbeziehen. Die Frage ist dann nicht nur, welche ostdeutschen Potenziale passten in die vorhandenen westdeutsche Struktur, welche passten nicht und verschwanden. Die Frage ist dann, welche passten in die entstehende, welche passten in den Umbruch, welche konnten als Antworten und als Lösung der Umbruchsprobleme westdeutscher Betriebe funktionalisiert werden und welche brauchte man nicht? In diesen Zusammenhang müssten die Erfolgsgeschichten ostdeutscher Betriebe gestellt und untersucht werden.

Eine simple Antwort wäre, dass man bloße Kapazitätserweiterungen kaum benötigte – was allerdings nicht ausschließt, dass einzelne Teile der ostdeutschen Massenproduktion, wenn sie kostengünstiger waren (Lohnniveau und Subventionen) durchaus verwendbar waren. Zumindest im ersten Zugriff finden sich viele Beispiele für „verlängerte Werkbänke“. Es zeigt sich

²⁵ Vgl. Land, Willisich (2005: 16f)

aber auch, dass die schwindenden temporären Vorzüge bei steigenden Löhnen und zurückgehenden Subventionen durch langfristige Entwicklungsstrategien abgelöst werden müssen. Die Fallstudien sowohl von Behr u.a. als auch von Bech (2006) u.a. zeigen, dass auch abhängige Betriebe und „verlängerte Werkbänke“ eigene Modernisierungsstrategien entwickeln und umsetzen können. Dies zeigt auch Winter (2006) an den Betrieben des VW Konzerns.

Unterstellt man, dass der Kontext der Entwicklung der ostdeutschen Industrie nicht einfach das gegebene, sondern das sich *verändernde* (west)deutsche Produktions- und Wirtschaftsmodell war, ist und auf absehbare Zeit bleiben wird, werden Prognosen über die daraus folgenden Chancen und Risiken allerdings noch schwerer. Denn bislang scheint nicht definitiv absehbar, wohin genau sich das deutsche Produktionsmodell im Umbruch entwickeln wird²⁶, ob und wie es sich differenzieren wird und welche mögliche Rolle Ostdeutschland darin spielen könnte. Bestimmte Hoffnungen (z.B. auf neue Chancen durch die Osterweiterung) haben sich zumindest bislang und pauschal nicht bestätigt. Trotzdem ist genau dies die Sicht, die die sozioökonomische Berichterstattung in Umsetzung der Umbruchthese einzunehmen versuchen muss.

6. Ostdeutsche Erfolgsmodelle – ostdeutsche Besonderheiten

Die Frage, der wir nachgehen müssen, ist, ob sich in der insgesamt abhängigen und zu Westdeutschland komplementären Entwicklung der ostdeutschen gewerblichen Wirtschaft Hinweise auf vorauseilende, den Strukturwandel vorantreibende Entwicklungen hin zu neuen Produktionsmodellen finden, die über die fordistische Entwicklung hinaus weisen. Ein Ansatz könnte sein, die Fragmentierung der ostdeutschen Wirtschaft aus der Perspektive der Erfolgsgeschichten zu deuten, also zu fragen, wodurch sich die Betriebe unterscheiden, deren Produktivität (Wertschöpfung pro Beschäftigtenstunde), Effektivität (Umsatz pro Beschäftigtenstunde) und zuweilen auch schon Rentabilität (Gewinne bezogen auf Kapitaleinsatz) über dem vergleichbarer westdeutscher Betriebe liegt.

Dafür gibt es derzeit zwei empirisch gestützte Hypothesen, die sich zwar nicht ausschließen, deren Zusammenhang untereinander allerdings noch der Klärung bedarf.

a) Behr und Schmidt unterscheiden zwei Typen wenig zukunftsfähiger Betriebe – „ostdeutsche Überlebensgemeinschaften“ und „Ressourcenvernutzer“ – von zukunftsfähigen Betrieben: „Erfolgreich wollen wir dagegen Unternehmen nennen, die bis heute nicht nur ,überle-

²⁶ Vgl. Wittke 1995

ben' konnten, sondern Strategien entwickelt haben, die eine Zukunftsfähigkeit hinsichtlich Produktentwicklung, Marktintegration, Innovation im Bereich Arbeitsorganisation und im Bereich Aus- und Weiterbildung aufweisen.“ (Behr: 22). Differenzierte Qualitätsproduktion (technisch anspruchsvolle Nischenproduktion, hochwertige Serienfertigung, Massenproduktion eines innovativen Produkts), Modernisierung der Produktion und der Produktionsorganisation (gute technische Ausstattung, flexible Organisation und flache Hierarchien) sowie nachhaltige Investition in das Humankapital (langfristig angelegte Personalstrategie bei temporärer Nutzung der Lohnvorteile) gehören zu diesen Erfolgsfaktoren. Damit heben Behr und Schmidt gerade diejenigen Faktoren hervor, von denen angenommen wird, dass sie auch den Umbruch des Produktionsmodells im Westen, den Wandel zur flexiblen Spezialisierung bestimmen. Aus dieser Sicht sind diejenigen Betriebe in Ostdeutschland erfolgreich, die im gegenwärtigen und zu erwartenden Umbruch des deutschen Produktionsmodells eine Vorreiterrolle spielen – oder zumindest nicht zurückbleiben.

b) Buss und Wittke (Bech u.a. 2006) dagegen stellen gerade die Differenzen der von ihnen untersuchten ostdeutschen Fälle zu vergleichbaren westdeutschen Produktionsmodellen in den Vordergrund ihres Arguments und betrachten die Transformation als „ergebnisoffenes Experiment“. Das Ergebnis der Studie ist, dass es in jedem der beobachteten Erfolgsfälle spezifische ostdeutsche Besonderheiten und Ressourcen sind, durch deren Mobilisierung es gelingt, eine eigene Entwicklungsstrategie umzusetzen. Die Einbettung in die überregionalen Entwicklungszusammenhänge des im Umbruch befindlichen resp. neu entstehenden Produktionsmodells gelingt gerade nicht durch Kopie oder Nachahmung eines westdeutschen Produktionskonzepts, sondern durch die (selektive) Mobilisierung derjenigen ostdeutschen Mitgegebenheiten und Ressourcen, die gerade als Antwort auf die in der Transformation entstandene neue Situation und im Kontext des internationalen Strukturwandels aktivierbar scheinen. Solche Besonderheiten bestehen bei den Fertigungsspezialisten, den Produktspezialisten und den flexiblen Spezialisten, in jeweils spezifischen Fähigkeiten, vor allem dem impliziten Wissen, das zu erheblichen Teilen bereits aus der Vorgeschichte stammt und das im Zuge der Transformation der Betriebe reorganisiert werden konnte: „Nutzung von ‚alter‘ Serienfertigungserfahrung zur Organisation kundenspezifischer Produktion“ und „Nutzung ostdeutscher industrieller Kompetenzen: spezifische Fertigungskompetenzen, spezifische Arbeitserfahrung, branchenspezifisches Fach- und Erfahrungswissen.“ (SOFI Geschäftsmodelle 2005: 10, 15) Die Besonderheiten ostdeutscher Geschäftsmodelle beziehen sich daher vor allem auf die Nutzung des „Humankapitals“ und werden auf den folgenden Feldern ausgemacht: (1) in der

Art der Nutzung qualifizierter Facharbeit (kombiniert mit temporären ostdeutschen Lohnkostenvorteilen), den eigenen Ausbildungsaktivitäten der Betriebe, die in Anknüpfung an Eigenheiten des Berufsausbildungssystems der DDR in Ausbildungsverbänden erfolgen. (2) in der Ausprägung der industriellen Beziehungen und der betrieblichen Sozialverfassungen, die mehr Spielräume für betriebsspezifische, informelle und individuelle Gestaltung von Arbeitsverhältnissen und Arbeitsbedingungen erlauben. „Auch Prozesse der Interessenvermittlung zwischen Betrieb und Beschäftigten sind hier ... weniger hart institutionalisiert und beruhen sehr viel stärker auf geteilten Vorstellungen von Sachzwängen und Notwendigkeiten, von Angemessenheit und Gerechtigkeit als auf formalen Sanktionsmöglichkeiten.“ (Bech u.a. 2004: 284). Im Ergebnis, so die Studie, entstanden eigene ostdeutsche Geschäftsmodelle, die mit den Eigenheiten des institutionellen Umfelds der jeweiligen Regionen in Ostdeutschland korrespondieren. „Während in den alten Bundesländern der etablierte institutionelle Rahmen des westdeutschen Kapitalismusmodells industrielle Reorganisationsstrategien klar prägt, bestehen für ostdeutsche Unternehmen in ihrem regionalen Kontext also höhere Handlungsunsicherheiten, aber auch erhöhte Handlungsspielräume, die eine spezifische ostdeutsche Gelegenheitsstruktur bilden und sich somit in der Ausprägung der Geschäftsmodelle und –strategien niederschlagen“. (ebd: 22) Allerdings wird auch in diesen Untersuchungen klar, dass nur solche Betriebe eine langfristige Chance haben, die sich durch Nutzung ihrer spezifischen Ressourcen auf den Märkten und in den Strukturen der sich wandelnden internationalen, europäischen und gesamtdeutschen Wirtschaft behaupten und in diese einbetten können. Insofern ist die Anzahl möglicher „Erfolgsgeschichten“ begrenzt, die Reproduzierbarkeit der untersuchten Geschäftsmodelle wird eher skeptisch gesehen (Kap. 7.4).

7. Zwischenresümee: Ursachen der Fragmentierung

Für unsere zentrale Frage, wie ist die *Fragmentierung* der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung in eine einerseits beträchtliche Zahl von Erfolgsgeschichten und eine andererseits zurückbleibende, teilweise stagnierende Entwicklung zu erklären, ergeben sich drei Ansatzpunkte:

Erstens: Die Fragmentierung ist Ergebnis der *makroökonomischen Situation* in Deutschland, die in Ostdeutschland noch verschärft auftritt. Sie schafft Entwicklungschancen für exportorientierte Branchen und Betriebe, hemmt und begrenzt aber die Entwicklung der Betriebe, die auf den stagnierenden deutschen Binnenmarkt oder gar die schrumpfenden lokalen Märkte in Ostdeutschland angewiesen sind.

Zweitens die These, in Ostdeutschland sei eine abhängige Filialwirtschaft entstanden, deren Entwicklung durch die Bedarfe der westdeutschen Wirtschaft definiert und limitiert wird (Kowalski). Darüber hinausweisende Entwicklungen sind aus dieser Sicht „Ausnahmen“, die zu keiner tragfähigen Entwicklung führen.

Drittens: Die Fragmentierung erfolgt zwischen Betrieben, die eine zeitlich befristete Konstellation (Belegschaft, Fördermittel) nutzen und reproduzieren, aber keine darüber hinausgehende Entwicklungsstrategie aufbauen, und solchen, die zukunftsfähig werden, weil sie langfristig orientierte und zusammen passende Strategien der Markterschiebung, der Produktentwicklung, der Organisation und der Personalentwicklung (vor allem entlang des Modells der „differenzierten Qualitätsproduktion“ kombiniert haben.

Viertens die These, die darüber hinausgehend zu zeigen versucht, dass sich erfolgreich entwickelnde ostdeutsche Betriebe spezifische Besonderheiten aus der Vorgeschichte und dem institutionellen Umfeld zu neuen, spezifisch ostdeutschen Geschäftsmodellen kombinieren, die nicht nur entlang der flexiblen Spezialisierung verlaufen.

8. Eine Hypothese: Industrieller Strukturwandel führt zur Stärkung überregionaler Wertschöpfungszusammenhänge und Netzwerke, mindert die Synergieeffekte von Clustern und kann zur Entbettung regionaler Ressourcen führen.

Die Frage ist, ob nicht ein weiterer Gesichtspunkt in die Analyse einzubeziehen ist, nämlich die Reorganisation der lokalen und überregionalen Cluster und Produktionskomplexe (zwischenbetrieblich verknüpften Wertschöpfungsketten, Kooperationsbeziehungen und Netzwerken). Dieses Thema spielt besonders für die seit drei Jahren in Ostdeutschland geführte Debatte um „Cluster“, „Schwerpunkte“ und „Wachstumskerne“ eine Rolle. In Reaktion auf die stagnierende Entwicklung und die knappen Fördermittel begann eine Debatte, die auf eine stärkere Nutzung der Vorteile konzentrierter Standorte und der in Clustern zu erwartenden Synergieeffekte zielte: „Die Stärken stärken.“ Dies bedeutete, die Förderung auf Entwicklungsschwerpunkte zu konzentrieren und die Fördermittel für Regionen außerhalb der Schwerpunktgebiete zu senken. Mit der Studie des IWH (2004) wurden über 30 Entwicklungskerne oder Ansätze für Entwicklungskerne identifiziert, in denen sich Branchenschwerpunkte, Unternehmensnetzwerke und innovative Kompetenzfelder überschneiden.

Bei der weiteren Diskussion über derartige Cluster wird aber sehr oft auf das heute nur noch eingeschränkt gültige Modell bestimmter Branchen der Massenproduktion aus den Hochzeiten der fordistischen Entwicklung als Normalfall unterstellt. Man denkt an die Cluster der

Automobilindustrie mit ihrer Vielzahl von Zuliefer- und Dienstleistungsfirmen, die meist in räumlicher Nähe zu den großen Montagewerken angesiedelt waren. Diese Gebilde schaffen durch Wertschöpfungsketten und Synergieeffekte ein Mehrfaches des Umsatzes und der Beschäftigung und kumulieren in Netzwerken gebündelte, innovative Kompetenzen. Die Hoffnung, die die ostdeutsche Politik in die Entwicklung solcher Cluster setzt, besteht darin, dass sich die Entwicklung einzelner leistungsfähiger Betriebe, besonders von Großbetrieben, durch das Mitziehen eines Umfeldes von Zuliefer- und Dienstleistungsformen in eine dynamische Entwicklung des ganzen Standortes übersetzt.

Dabei werden aber zwei Gesichtspunkte vernachlässigt: Erstens handelt es sich hier um eine spezifische Art lokaler Konzentration eines Wertschöpfungszusammenhangs, der zwar in Süddeutschland eine große Rolle spielte und spielt, der aber durchaus nicht für jedwede Industrieentwicklung, auch nicht in einer fordistischen Ökonomie gilt.

Zweitens müsste eine genaue Untersuchung erst zeigen, ob und wieweit dieses Muster der Kopplung von dominanten Großbetrieben und ihrem Umfeld unter den Bedingungen des Umbruchs und eines postfordistischen internationalen Strukturwandels noch gilt. Schon ein Blick auf die Automobilwerke in Ostdeutschland zeigt, dass sich viele Teile des Wertschöpfungszusammenhangs nicht in räumlicher Nähe befinden, also auch in der klassischen Branche der fordistischen Massenproduktion eine veränderte räumliche Verteilung der Glieder des Produktionszusammenhangs erkennbar wird. Dabei liegen Teile des Produktionszusammenhangs oft in verschiedenen Ländern, um Lohnniveaudifferenzen und andere Standorte in der Verteilung von Funktionen besser nutzen zu können. (Vgl. Winter 2006). Lütge (2004) spricht in diesem Zusammenhang von einer Rekonstruktion des Fordismus in globalen Produktionsnetzen, also eine Organisation von Wertschöpfungs- und Innovationszusammenhängen, die gerade nicht am klassischen Modell lokaler Konzentration in Clustern orientiert ist. Andererseits spielt die Konzentration von innovativen Firmen um „Wissensstandorte“ mit Forschungsinstituten und Universitäten eine zunehmende Rolle, so in der Biotechnologie. Hier ist es nicht der Wertschöpfungszusammenhang, sondern der kooperative Bezug auf Forschungsergebnisse, der lokale Konzentrationen entstehen lässt. Dafür liegt die eigentliche Fertigung eher außerhalb dieser „Wissenscluster“. Wenn die ostdeutsche Wachstumsschwäche also durch „Clusterbildung“ überwunden werden soll, sind noch erhebliche Forschungen erforderlich, um genauer herauszufinden, welche neuen Kopplungen zwischen innovativen Unternehmen und lokalen Wirtschaftsstandorten im Kontext eines entstehenden neuen Produktionsmodells chancenreich sein könnten.

Eine mögliche Erklärung wäre: Bei der Entwicklung in Ostdeutschland ist der Zusammenhang zwischen den aufsteigenden innovativen Unternehmen und der Masse der Unternehmen am Standort grundsätzlich gestört, wobei die *Ursache in neuen globalen Mustern der Industrieentwicklung, im internationalen Strukturwandel* zu suchen wäre, der eine Reorganisation der Teile eines Innovations-, Produktions- und Vermarktungskomplexes in überregionalen Komplexen begünstigt und nicht mehr die Form lokal/regional organisierter „Cluster“. Dies würde bedeuten, dass gerade die ostdeutschen Unternehmen, die sich auf internationale Märkte orientieren und in überregionalen Produktions- und Innovationsnetzwerken mitspielen, ihre Schnittstellen zu Ungunsten der an ihrem Standort vorhandenen Zuliefer- und Dienstleistungsunternehmen verändern. Die Einbettung in überregionale Netzwerke ist verbunden mit einer Entkopplung aus lokalen Clustern. Die zuvor über Synergieeffekte verbundenen lokalen Zuliefer- und Dienstleistungsbetriebe werden nicht „mitgezogen“, sie bleiben ausgeschlossen, müssen sich entweder neue Auftraggeber suchen oder untergehen. Im Extremfall kann also der mit der Reorganisation hinein in internationale Netzwerke verbundene Strukturwandel sogar Auflösung bestehender regionaler Cluster führen und sich als Verlust lokaler Wertschöpfung und Beschäftigung auswirken. In einem solchen Szenario könnte der Aufstieg exportorientierter Unternehmen mit einem Niedergang regionaler Wirtschaftskraft verbunden sein.

Diese gegenläufige Entwicklung könnte die Fragmentierung, das Auseinanderfallen von Erfolgsgeschichten einerseits, Regionalentwicklung und Gesamtergebnis andererseits im Zuge des Umbruchs der Produktionsmodelle erklären. Wieweit dies in Ostdeutschland tatsächlich eine Rolle spielt, muss als offene Forschungsfrage betrachtet werden. Es gibt aber Anzeichen, die eine solche Erklärung sprechen.

Zunächst kann man für die ostdeutsche Landwirtschaft, die einen deutlichen Modernisierungsvorsprung besitzt, dieses Szenario nachweisen. (Land 2005) Der Erfolg der ostdeutschen Landwirtschaft beruht im Kern aus der Kombination der spezifisch ostdeutschen Kompetenzen in der industriellen Massenproduktion von Agrarprodukten mit den Produktionskomplexen und Netzwerken der global agierenden westeuropäischen Lebensmittelwirtschaft. Die Reorganisation der Schnittstellen der großen Landwirtschaftsbetriebe zu neuen Zuliefer-, Verarbeitungs- und Dienstleistungsunternehmen ging einher mit einer Auflösung der vorherigen lokalen Agrarcluster. Dabei nahm die Produktivität der Agrarbetriebe sprunghaft zu, während die fraktionierten Teile der lokalen Cluster (Molkereien, Schlachthöfe, Zuckerfabriken, Stärkefabriken, Getreideverarbeitung, Futtermittelwerke, Schlachthöfe, Landmaschinenwerkstät-

ten, Agrochemische Betriebe, Baubetriebe, Betriebskantinen, Kindergärten) in vielen Fällen ganz untergingen oder in stark reduzierter Größe verselbständigt auf kleinen lokalen Märkten eine neue Funktion finden mussten. Der Aufschwung der ostdeutschen Agrarbetriebe war mit dem Niedergang der regionalen Wirtschaft verbunden, führte zu einer Reduktion der Beschäftigung, aber auch der Wertschöpfung in den Agrarregionen. Diskussionen über die Zuliefernetzwerke der Werften in Mecklenburg-Vorpommern und Beobachtungen von Biotech-Firmen deuten darauf hin, dass eine ähnlich divergente Entwicklung auch bei der Reorganisation in gewerblichen Branchen eine Rolle spielen könnte.

Schlussfolgerungen und Vorschläge für die empirische Berichterstattung im zweiten Bericht:

1. Makroökonomische Daten Ost- und Westdeutschland im Vergleich darstellen (Produktivität, Wachstum, Beschäftigung). Statistik
2. Vergleich der Branchenstruktur und der Funktionsverteilung der ostdeutschen und der westdeutschen Wirtschaft, besonders hinsichtlich innovativer Potenziale. Statistik und Betriebspanel.
3. Versuch einer Clusterbildung erfolgreicher und weniger erfolgreicher gewerblicher Unternehmen. Prüfen der Fragmentierungsthese, Untersuchung verschiedener Erklärungen für die Ursachen der Fragmentierung. Regional- und überregional orientierte Betriebe. Einbettung in Cluster und Netzwerke. Quellen: Statistik und Betriebspanel
4. Prüfen von Möglichkeiten, den Zusammenhang von Unternehmensentwicklung und Impulsen auf die Regionalentwicklung/Clusterbildung für unterschiedliche Standorte darzustellen.

Die Überflüssigen und der sekundäre Integrationsmodus.

(Rainer Land, Andreas Willisch, Nutzung von gemeinsamen Arbeiten mit Holger Alda und Friedrich Hauss)

1. Soziale Probleme in Ostdeutschland – Einzelbefunde

Von der Wissenschaft wurden eine Vielzahl von Untersuchungen und Studien zu *einzelnen* sozialen Problemen in Ostdeutschland vorgelegt. Einige der wichtigsten Problemfelder und Befunde sollen zunächst referiert werden. Im anschließenden Teil machen wir den Versuch, die seit den 80er Jahren entstehenden neuen sozialen Problemlagen in ein Modell des Umbruchs des Wirtschafts- und Sozialmodells einzuordnen und den „sekundären Integrationsmodus“ als Bewegungs- und Bearbeitungsform vorzustellen, als „Exklusion durch (sekundäre) Integration“, verbunden mit einer Erosion und partiellen Aufhebung der in der fordistischen Ökonomie begründeten Maßstäbe für Teilhabe. Damit soll ein konzeptioneller Zusammenhang zwischen den Einzelbefunden zur sozialen Entwicklung in Deutschland und speziell in Ostdeutschland hergestellt werden.

1.1. Arbeitslosigkeit. Im Zentrum der Diskussion um die Probleme in Ostdeutschland steht die durchgängig hohe Arbeitslosigkeit, die sich auch nach dem Transformationsschock nicht wieder verringerte, sondern seit dem Ende der 90er Jahre weiter anstieg und regional eine Quote zwischen knapp unter 20 Prozent bis zu 30 Prozent erreicht. Rechnet man die Personen in Arbeitsmarktmaßnahmen (in Ostdeutschland ein Bestand von etwa rund 700.000 bei einem Bestand von 1,7 Mio. Arbeitslosen) und die stille Reserve hinzu, kann von einer Unterbeschäftigung von 30 bis zu regional 50 Prozent der Erwerbstätigen ausgegangen werden. Damit einher geht eine Abnahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und eine Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung, die zumindest teilweise der Unterbeschäftigung zuzurechnen ist. „Während Minijobs erheblich zugenommen haben, nahm die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter deutlich ab. Ob und inwieweit sozialversicherungspflichtig Beschäftigte durch Minijobs verdrängt wurden, bleibt weiterer Forschung überlassen. Statistische Auswertungen zeigen, dass die Ausweitung ausschließlich geringfügig entlohnter Beschäftigung zum größeren Teil auf Betriebe mit Zuwächsen bei sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung entfällt.“ (BA 2004: 3)

Die Unterbeschäftigung differiert erheblich nach sozialen Gruppen (Frauen, Jugendliche) und Alterskohorten. Sie wird als das zentrale soziale Problem gesehen, das eine Reihe von direk-

ten Folgeproblemen (geringe Einkommen, eingeschränkte Mobilität, eingeschränkte Partizipation an Bildung, Kultur und Mitbestimmung, Perspektivlosigkeit) und indirekten Folgen (Druck auf die Löhne der Beschäftigten, Finanzlage des Staates, der Sozialsysteme und der Kommunen) nach sich zieht. Zu den Folgen der Arbeitslosigkeit für die Betroffenen gibt es eine Vielzahl von einzelnen Untersuchungen aus der Zeit vor 2005 und einige erste über die Wirkungen der Arbeitsmarktreformen (Hartz-Reformen).

Die Erosion der fordistischen Erwerbsarbeit und die Arbeitslosigkeit sind sicher der entscheidende Hinweis auf den Umbruch des fordistischen Wirtschafts- und Sozialmodells, denn der Fordismus ist die typische, dominant auf abhängiger Beschäftigung beruhende *Erwerbsarbeitsgesellschaft*, und Arbeitslosigkeit bedeutet *Exklusion* aus der für diese Gesellschaft typischen Form der Vermittlung von Wirtschafts- und Lebensweisen. Auch die DDR war eine fordistische Erwerbsarbeitsgesellschaft in einer staatssozialistischen Variante und die Orientierung an der Erwerbsarbeit war noch stärker ausgeprägt als in Westdeutschland.

Die Arbeitslosen- und Unterbeschäftigungsquoten drücken aber zunächst nur die Nichtauslastung des Arbeitspotenzials aus, sie sind kein direkter Indikator der damit verbundenen sozialen Probleme. Eine Arbeitslosenquote von 20 Prozent kann für die erwerbstätige Bevölkerung sehr unterschiedliches bedeuten: Sind 20 Prozent der Erwerbstätigen ständig und anhaltend arbeitslos oder sind alle Erwerbstätigen 20 Prozent des Jahres arbeitslos und 80 Prozent beschäftigt? Wo zwischen diesen Extremen verläuft die tatsächliche Entwicklung?

Für die empirische Darstellung der mit der Erosion der Erwerbsarbeit verbundenen neuen sozialen Problemlagen ist daher der erste Schritt die Darstellung der Verteilung von Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit im Erwerbsverlauf der Individuen und die Verteilung innerhalb der Erwerbsbevölkerung entscheidend. Im zweiten Schritt wären die Kombination mit weiteren Problemen und Gefährdungen (Einkommen, Mobilität, Wohnen, Familie, Einbindung in soziale Netzwerke, Zugang zu Bildung und öffentlichen Dienstleistungen) einzubeziehen, die teilweise als direkte Folge, teilweise als zusätzliche Gefährdungen in Kombination mit Arbeitslosigkeit auftretend.

Für den ersten Bericht und in Kombination mit parallel laufenden Untersuchungen sozialer Problemlagen in einer Region Mecklenburg-Vorpommerns wurden Untersuchungen der Verteilung von Erwerbsarbeit, Leistungsbezug (Lohnersatz) und Maßnahmen (Umschulungen, ABM, SAM) im Erwerbsverlauf zwischen 1995 und dem Jahr 2000 durchgeführt. Einige Befunde sollen knapp referiert werden (Alda u.a. 2004, Land 2004).

- Knapp die Hälfte der Ostdeutschen in abhängiger Beschäftigung befand sich nach wie vor in Erwerbsverläufen, die dem klassischen fordistischen Erwerbsverlauf zu entsprechen scheinen, also kaum aus Arbeitslosigkeit resultierende Lücken aufweist. In Westdeutschland beträgt dieser Anteil noch etwa 60 bis 70 Prozent. Dieser Anteil mag inzwischen etwas zurückgegangen sein, trotzdem ist er auf den ersten Blick höher, als wir erwartet haben. Weitere 10 Prozent weisen in den Beschäftigungssequenzen kurze Unterbrechungen auf, die man als „Sucharbeitslosigkeit“ interpretieren kann. Zusammen mit den ununterbrochen Beschäftigten beträgt das Segment „quasi-fordistischer“ Erwerbsverläufe also etwas mehr als 58 Prozent, in Westdeutschland waren es im Jahr 2000 noch über 75 Prozent. Man kann davon ausgehen, dass dieser Anteil in den letzten Jahren parallel zum Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung weiter zurückgegangen ist. Natürlich bedeutet dieser Befund nicht, dass die Erwerbstätigen in solchen Erwerbssituationen von der Erosion der fordistischen Erwerbsarbeit überhaupt nicht betroffen wären. Auch hier ist davon auszugehen, dass es Wirkungen auf die Lohnentwicklung, auf die Arbeitsbedingungen und den Leistungsdruck gibt und zunehmende Risiken zu bewältigen sind.
- Auf der anderen Seite finden wir einen geringen Anteil von Personen, die länger als 18 Monate arbeitslos sind. Er liegt mit etwa 7 Prozent der SV-Erwerbstätigen im Osten zwar höher als in den westlichen Bundesländern, macht aber weniger als ein Viertel der stichtagsbezogenen Arbeitslosenquote aus und der Anteil der Dauerarbeitslosen an allen Arbeitslosen war geringer als im Westen.
- Deutlich größer ist der Anteil der Personen mit „unterbrochenen Erwerbsverläufen“. Unter „unterbrochenen Erwerbsverläufen“ verstehen wir zeitlich kurzfristige Wechsel von Beschäftigung, Leistungsbezug und/oder Maßnahmen (Fortbildung, AMB, ABM). Dieser Anteil erreicht die Größenordnung von einem Drittel der Erwerbstätigen. Bei 8 Prozent überwiegt die Beschäftigung, aber bei 26 Prozent aller Sozialversicherungspflichtigen überwiegen Leistungsbezug und Maßnahmen mit kurzfristiger Beschäftigung. Nimmt man die ununterbrochen Arbeitslosen dazu, dann ist rund ein Drittel der Erwerbstätigen die überwiegende Zeit des beobachteten Erwerbsverlaufs in Leistungsbezug oder in Maßnahmen. In der Altersgruppe über 50 Jahren liegt der Anteil zu Ungunsten der stabil Beschäftigten deutlich höher.
- Die Kombination von Arbeit und Transferbezug, der Kombilohn, ist in diesen Erwerbsverläufen praktisch schon gegeben. Die Leistungsempfänger und Maßnahmeteilnehmer

werden zur Flexibilisierungsressource der Wirtschaft und der öffentlichen Arbeitgeber. Für die Betroffenen aber ist diese neue subventionierte „Flexiarbeit“ keineswegs eine Erfolgsstory. Diejenigen, die überhaupt nicht beschäftigt sind, beziehen ein Einkommen von im Mittel 812 Euro; diejenigen, die geringe Beschäftigungsanteile haben, mit 950 Euro nur wenig mehr. Selbst bei überwiegenden Beschäftigungsanteilen erbringen unterbrochene Sequenzen nur 1300 im Unterschied zu Einkommen in quasifordistischen Sequenzen mit 2025 Euro monatlich. Der Rückgriff der Unternehmen auf diese Flexibilisierungsressource hat zu einer Annäherung der Löhne an das Niveau der ABM und der Lohnersatzleistungen nach unten geführt.

Vergleichsuntersuchungen zeigen, dass diese Zahlen zwischen den ostdeutschen Arbeitsamtsregionen nur um wenige Prozent differieren, also auch in „guten“ wie „schlechten“ Regionen der quasifordistische Verlauf die größte Position darstellt und sich daneben der unterbrochene Erwerbsverlauf als fortlaufender Wechsel von Arbeit, Transferbezug und Teilnahme an Maßnahmen etabliert. Davon sind im Beobachtungszeitraum junge Erwachsene und über 50jährige – hier besonders die Frauen – überdurchschnittlich betroffen.

Diese Untersuchungen zeigen aus unserer Sicht, dass wir es weder mit einer gleichmäßigen Erosion der Erwerbsarbeit in der Erwerbsbevölkerung zu tun haben, aber auch nur ein kleiner Teil der Erwerbslosen vollständig von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen ist. Vielmehr sieht es so aus, als bilde sich neben dem immer noch großen, tendenziell aber abnehmendem Anteil quasifordistischer Erwerbsverläufe eine neue Art „prekärer“ und fragmentierter Erwerbsbeteiligung heraus. Auch in Westdeutschland ist dieser Verlaufstyp in einer Größenordnung von etwa 10 Prozent zu beobachten.

Würde man den besonders in den vergangenen Jahren schnell wachsenden Sektor geringfügiger Beschäftigung²⁷ – er ist in Westdeutschland noch etwas größer als in Ostdeutschland – ganz oder teilweise hinzurechnen, käme man zu dem Ergebnis, dass in Ostdeutschland fast 50 Prozent der Erwerbstätigen nicht mehr in fordistischen Erwerbssituationen agieren, in Westdeutschland vermutlich 30 bis 40 Prozent.

²⁷ „Die Entwicklung bei den Minijobs war seit Einführung der neuen Regelungen im April 2003 sehr dynamisch. Differenzierte Auswertungen liegen bis zum März und Trendschätzungen bis zum Juni 2004 vor. Danach hat die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten von März 2003 bis März 2004 um 523.100 oder 12,6 Prozent auf 4.658.900 zugenommen. Bis Juni 2004 gab es einen weiteren Zuwachs auf 4,84 Mio.“ BA (2004: 3)

1.2. Gespaltene Arbeitsmärkte. Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland haben wir es offensichtlich mit einer Tendenz zur Spaltung der Erwerbsarbeitsgesellschaft zu tun, die sich auch an der Entwicklung der Beschäftigungssysteme und der Arbeitsmärkte darstellen lässt. Die Situation in Ostdeutschland war bis Ende der 90er Jahre stark durch eine Abschottung der betrieblichen Beschäftigungssysteme nach außen gekennzeichnet. Das Überlebensszenario des Transformationsschocks und dem sich anschließenden Kampf um das Überleben in einem von Deindustrialisierung bestimmten Kontext dominiert: „Personalabbau – Moratorium – Restrukturierung“ (Behr 2000: 91f) führten tendenziell zu Überlebensgemeinschaften mit altershomogenen Belegschaften, die älteren gingen in den Vorruhestand, jüngere Arbeitnehmer mussten die Betriebe als erste verlassen, Nachwuchs wurde in Zeiten des Beschäftigungsabbaus kaum rekrutiert. Die Betriebe schotteten sich von externen Arbeitsmärkten ab. Damit war eine Tendenz verbunden, Flexibilität, zusätzlichen temporären Arbeitskräftebedarf und noch nicht sicher scheinendes Wachstum an Arbeitsplätzen zunächst durch „Randbelegschaften“ mit befristeter, oft auch geförderter Beschäftigung zu schlechten Konditionen zu decken und kaum neue „Normalarbeitsverhältnisse“ zu schaffen. An den betrieblichen Rändern findet sich also der eine Teil der prekären Beschäftigungsverhältnisse. Der andere Teil sind Bereiche, in denen sie eindeutig die dominante Rolle der Nutzung von Arbeit spielen – bestimmte Branchen, vor allem des Dienstleistungsgewerbes, der saisonalen Gewerbe (Bau und Tourismus), Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen. Ein vergleichsweise großer Teil der kleinen Selbständigen ist den prekären Formen der Erwerbsarbeit zuzurechnen. Köhler und Struck relativieren zwar die These eines personalpolitischen Moratoriums spätestens für die Zeit nach 2000. „Die Analysen für Ostdeutschland zeigen eine schrittweise Annäherung an das westdeutsche Koexistenzmodell bei anhaltenden Differenzen.“ (Köhler u.a. 2004: 14).²⁸ Brussig u.a. (2005) zeigen aber, dass die Funktionsweise der Arbeitsmärkte in Ost- und Westdeutschland nach wie vor deutliche Unterschiede aufweist.²⁹

²⁸ „Wie die qualitativen und quantitativen Analysen von Betriebsfällen zeigen, haben sich spätestens seit Anfang dieses Jahrzehnts die Personalstrukturen hinsichtlich des Anteils langfristiger Beschäftigung denen der westdeutschen Betriebe angenähert. Fortbestehende Unterschiede zeigen sich vor allem an den betrieblichen Rändern: Hier liegt der Personalumschlag deutlich über dem westdeutschen Niveau, wobei Austritte häufiger als in Westdeutschland in Arbeitslosigkeit münden. Für die Zukunft erwarten wir, dass in ostdeutschen Betrieben, nicht zuletzt im Zuge betriebsdemographisch steigender Austrittsraten, feste Stammpositionen weiter abgebaut werden. Das Ausmaß externer Personalflexibilisierung könnte dabei jene des Westens noch deutlicher als bislang übersteigen. (Köhler u.a. 2004: 14)

²⁹ „Zu verzeichnen ist ein sehr niedriger Anteil freiwilliger Beendigungen von Beschäftigungsverhältnissen, was ein deutlicher Hinweis auf die schlechten Beschäftigungschancen in Ostdeutschland ist. Gleichzeitig ist ein durchgängig hoher Anteil unfreiwilliger Austritte zu verzeichnen; dies ist ein Indikator für die dauerhaft prekäre Situation der Beschäftigten Ostdeutschlands. Demgegenüber ist in Westdeutschland zwi-

1.3. Qualität und Bedingungen der Arbeit in Betrieben. Hier wird analog zur Tendenz der Spaltung der Beschäftigungssysteme über eine zunehmende Differenzierung der Arbeitsbedingungen und der Qualität der Arbeit berichtet, die einerseits zwischen verschiedenen Betrieben als auch innerhalb der Belegschaften beobachtet werden kann. Allerdings gibt es dazu deutlich weniger Untersuchungen und gesicherte Befunde. Die Lage am Arbeitsmarkt, der Druck auf ostdeutsche Unternehmer aber auch der Versuch, Extraprofit durch verstärkte Ausbeutung der Beschäftigten zu erlangen, führt zu einer Verschlechterung nicht nur der Beschäftigungsverhältnisse, sondern auch der Arbeit und der Arbeitsbedingungen in einem Teil der Betriebe, wobei hier wieder bestimmte Teile des Dienstleistungsbereichs besonders häufig genannt werden. In diesem Zusammenhang wird immer wieder auf die Große Zahl unbezahlter Überstunden verwiesen.

Auch Untersuchungen über das Mobilitätsverhalten in Ostdeutschland (Dienel 2004) zeigen, dass schlechte Arbeitsbedingungen, schlechte Bezahlung, Unzufriedenheit mit dem Betriebsklima und den betrieblichen Aufstiegsmöglichkeiten häufig als Gründe für die Abwanderung von qualifizierten Personen genannt werden. Dem stehen zunehmend erfolgreiche Betriebe gegenüber, die eine langfristig angelegte Entwicklungsstrategie verfolgen, zu denen immer auch eine Strategie der langfristigen Einbindung und Qualifikation der Belegschaft gehört (Behr 2005).

Während die fordistischen Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsformen in der Wirtschaft wie in den Verwaltungen noch dominieren, in der Anzahl aber abnehmen und weiter unter Druck stehen (Rationalisierung, Beschäftigungsabbau, Schrumpfung), entstehen neue flexible Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsformen. Die Untersuchung der unterbrochenen Erwerbsverläufe und der damit verbundenen Einkommenssituation als die Hinweise auf die Qualität und die Bedingungen der Arbeit zeigen, dass die neuen Arbeitsformen und flexiblen Beschäftigungssysteme bislang fast immer mit schlechteren Löhnen, schlechteren Arbeitsbedingungen, höheren Kosten (z.B. Mobilität, Zeitaufwand) und höheren Risiken verknüpft

schen 1985 und 2001 nahezu durchgängig, also auch in der Wirtschaftskrise, der Anteil der unfreiwilligen Austritte niedriger als der der freiwilligen. Die in Ostdeutschland marginale Bedeutung freiwilliger Kündigungen durch die Arbeitnehmer selbst lässt vermuten, dass in den neuen Bundesländern nicht nur die Arbeitslosen schlechte (Wieder-)Beschäftigungschancen haben, sondern auch die Beschäftigten haben weniger Optionen, sich nach eigenem Wunsch beruflich zu verändern. ... Im Unterschied zu den alten Bundesländern haben in Ostdeutschland konjunkturelle Einflüsse bei der Erklärung von Austrittsmustern nur eine untergeordnete Bedeutung.“ „Brussig u.a. 2005: 86)

sind. Diese Art der Flexibilisierung ist unter den gegebenen Bedingungen für die Arbeitnehmer kein Erfolgsmodell.

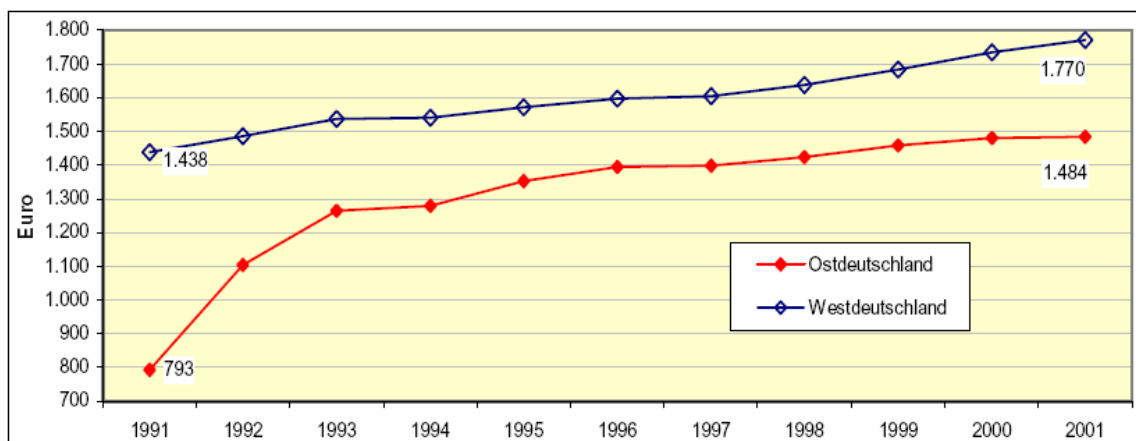
Kann man im Rückgang des fordistischen Typs der Erwerbsarbeit und in der Zunahme neuer Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsformen den Übergang zu einem neuen „postfordistischen“ Typ der Erwerbsarbeit erkennen? Bislang würden wir diese Entwicklung eher als noch „gebremste“ Auflösung und Fragmentierung des fordistischen Arbeitstyps deuten. Das Bild der neu entstehenden Arbeitsformen dagegen ist diffus und unscharf und kann daher aus unserer Sicht nicht als Entstehung eines neuen funktionsfähigen Typs von Erwerbsarbeit interpretiert werden – eher als Übergangsform mit unklaren Perspektiven. Eine gesellschaftliche Antwort auf die Frage, wie in den neuen Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitsformen soziale Sicherheit und Teilhabe praktisch aussehen könnten, steht noch aus.

1.4. Einkommen, Einkommensentwicklung. Die wichtigsten Befunde lauten: Die Realeinkommen, insbesondere die Löhne und Gehälter, stagnieren seit Mitte der 90er Jahre, der Anteil von Einkommen, die zum Lebensunterhalt nicht ausreichen, wächst und die Einkommensverteilung verschiebt sich zu Lasten der mittleren Einkommen, d.h. der Anteil niedriger Einkommen und hoher bzw. sehr hoher Einkommen nimmt zu. Auch dieses Nebeneinander von Einkommenssteigerungen und Einkommensenkungen bei Stagnation des Ganzen ist eine dem „fordistischen Fahrstuhleffekt“ (alle wachsen bei Erhalt der Abstände) widersprechende Entwicklung.

Hinsichtlich der Einkommensentwicklung wird allgemein festgestellt, dass nach einer schnellen Steigerung der Löhne und Gehälter und einer entsprechenden Entwicklung der Transferinkommen (einschließlich der Lohnersatzleistungen und der Einkommen für Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik) bis etwa 1996 eine Stagnation seit 1997 festzustellen ist. Während die Realeinkommen in West- und Ostdeutschland weitgehend stagnierten (Zuwachs der Nominaleinkommen glich fast nur die Inflationsrate aus), verringerte sich die Einkommensdifferenz zwischen Ost- und Westdeutschland nicht mehr, der Abstand wird bei den Nettoeinkommen seit 1998 sogar wieder etwas größer.

(Grafik und Tabelle aus Engler 2005: 43, 44)

Grafik 3: Entwicklung der mittleren Haushaltsnettoeinkommen (Median) in Ost- und Westdeutschland



Hinweis: nominal (ohne Inflationsausgleich), Fehlertoleranz +/-51 Euro
Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesstatistik, Mikrozensus

Engler HU Berlin

Tabelle 4: Die Angleichung der Haushaltsnettoeinkommen der neuen an die alten Bundesländer sowie von Ost- an Westberlin in %

Anteil in %	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Neue Länder an alte Länder	61,1	68,6	74,7	79,9	82,5	85,5	85,2	85,2	84,9	83,8	82,4	k. A.	k. A.	k. A.
Differenz zum Vorjahr	-	7,4	6,1	5,2	2,6	3,1	-0,3	0,0	-0,3	-1,1	-1,4			
Ostberlin an Westberlin	69,8	79,4	87,5	89,4	92,9	97,4	97,0	100,0	99	98,7	97,2	96,0	97,3	96,4
Differenz zum Vorjahr	-	9,6	8,1	1,9	3,5	4,5	-0,4	3	-1	-0,3	-1,5	-1,2	1,3	-0,9

Quelle: Mikrozensus,

Engler HU Berlin

Busch (2005c) zeigt, dass diese Entwicklung noch deutlicher für die Arbeitseinkommen gilt. Bis auf das Jahr 1998 lag die Inflationsrate über der Steigerung der Nettoarbeitseinkommen, von einem Wachstum im Maße der Produktivitätsentwicklung – also der Normalannahme eines fordistischen Entwicklungsszenarios - kann keine Rede sein.

Tabelle aus Busch (2005c)

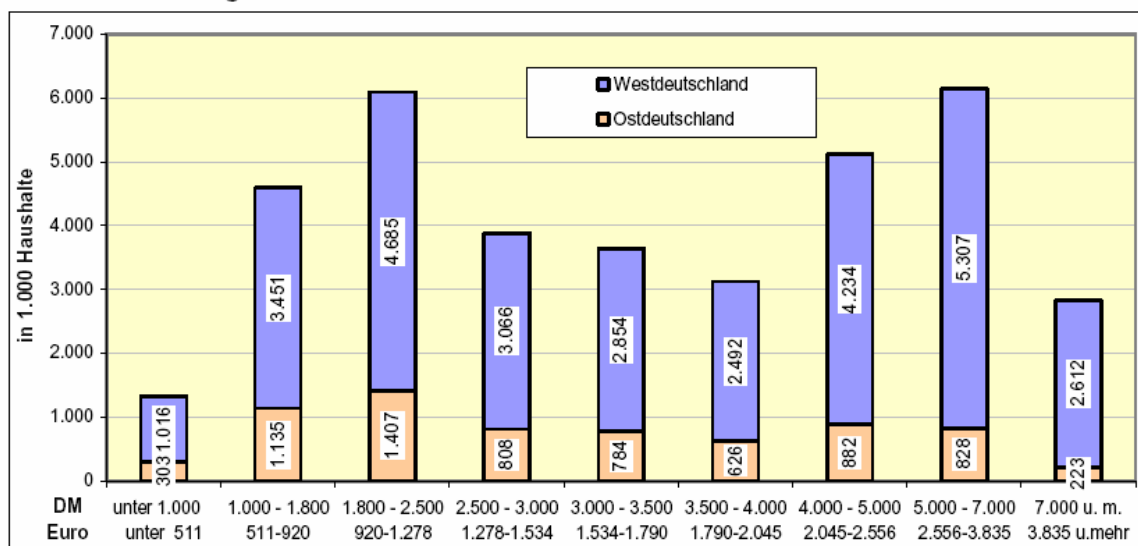
Tabelle 13: Gesamtwirtschaftliche Arbeitseinkommen in Ostdeutschland 1990 bis 2004

Jahr	Bruttoarbeits- einkommen		Abzüge in %	Nettoarbeits- einkommen		Preise ² Veränd. in %	Reale Veränderung (netto)
	absolut in DM/€	Veränd. in %		absolut in DM/€	Veränd. in %		
1989 ¹	1173	-	20,4	934	-	-	-
1990	1381	+17,7	20,8	1094	+17,1	+1,9 ⁷	+15,2
1. Hj.	1407	+18,8	20,6	1116	+2,0	-12,1	+10,1
2.Hj.	1355	-3,7	20,9	1076	-3,6	+12,7	-16,3
1991	1790	+29,6	23,5	1368	+25,1	+13,3 ³	+11,2 ³
1991	1790	+29,6	23,5	1368	+25,1	+26,5 ⁶	-1,4
1992	2454	+37,1	28,5	1755	+28,3	+12,1	+14,5
1993	2839	+15,7	28,5	2032	+15,8	+9,5	+5,8
1994	3012	+6,1	29,9	2112	+3,9	+3,5	+0,4
1995	3211	+6,6	30,8	2221	+5,2	+1,8	+3,3
1996	3312	+3,1	29,0	2350	+5,8	+1,8	+3,9
1997	3375	+0,5	29,7	2371	+0,9	+2,0	-1,1
1998	3421	+1,3	29,2	2421	+2,1	+0,9	+1,2
1999 ⁵	1668	+2,3	36,0 ⁴	k.A. ⁸	k.A. ⁸	+0,4	k.A.
2000	1704	+2,0	35,5 ⁴	k.A.	k.A.	+1,7	k.A.
2001	1735	+1,8	34,6 ⁴	k.A.	k.A.	+2,0	k.A.
2002	1766	+1,7	34,9 ⁴	k.A.	k.A.	+1,0	k.A.
2003	1788	+1,1	35,3 ⁴	k.A.	k.A.	+1,1	k.A.
2004	1792	0,0	34,2 ⁴	k.A.	k.A.	+1,6	k.A.

1) Simulationsrechnung des DIW; 2) Preisindex für die Lebenshaltung 4-Personen-Haushalt Arbeiter und Angestellte mit mittlerem Einkommen; ab 2001 Verbraucherpreisindex; 3) Veränderung gegenüber 2. Hj. 1990; 4) gesamtdeutsch; 5) ab 1999 in Euro; 6) gegenüber Vorjahr, Preisbasis 1989; 7) Basis: 1989 = 100 (SVR 1991/92:63); 8) Seit 1999 weist die Statistik diese Werte nicht mehr aus. Quelle: Schäfer (1998) S. 681; (2004) S. 588 und Fortschreibung 2005 sowie eigene Berechnungen.

Die Verteilung der Haushaltseinkommen nach Engler (2005: 42)

Grafik 2: Verteilung der Privathaushalte in Ost- und Westdeutschland nach Haushaltsnettoeinkommen



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2001

Engler HU Berlin

Eine für die weitere Untersuchung der Einkommensentwicklung wichtige Frage ist die Entwicklung der Erwerbseinkommen in unteren Bereich und die Folgen der Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung auf die Einkommen. Es gibt mehrere Hinweise darauf, dass ein wachsender Anteil von Erwerbstätigen inzwischen Löhne unterhalb des Existenzminimums bezieht, die durch ALG II aufgestockt werden müssen. Zudem dürfte der Anteil derjenigen zunehmen, deren Einkommen trotz arbeitgeber-bezogener Zuschüsse nur unwesentlich über dem ALG II liegt. Erwerbsarbeit, teilweise auch in Vollzeit, vor allem aber saisonalen Schwankungen unterworfenen oder mit hohen Pendlerkosten verbundene Erwerbsarbeit sichert so für einen Teil der Erwerbstätigen nicht mehr den Lebensunterhalt. Dies dürfte auch für einen Teil der Selbständigen zutreffen.

Für die Stagnation der realen Haushaltseinkommen nach 1996 ist nicht nur das hinter der Inflationsrate zurückbleibende Wachstum der Löhne und Gehälter ausschlaggebend, sondern auch die tendenzielle Reduzierung der Transfereinkommen, der Lohnersatzleistungen (wegen verringerter Ansprüche) und die Reduzierung der Zahlungen für Maßnahmeteilnehmer. Bei ABM und SAM wurden die Zahlungen von zunächst 100 Prozent des Tariflohnes bei Einführung dieser Maßnahmen auf 80 Prozent des ortsüblichen Lohnniveaus mit einer Obergrenze am Ende der 90er Jahre deutlich verringert und die tatsächlich gezahlten Leistungen lagen oft nur noch knapp über den Lohnersatzleistungen. Zudem wurden die Konditionen beispielsweise bei ABM so verändert, dass kein neuer Anspruch auf Arbeitslosengeld mehr erworben werden kann. Mit dem Übergang zum ALG II und der Umstellung der Maßnahmen auf Mehraufwandsentschädigungen (MAE) ist eine weitere Senkung der Lohnersatzleistungen verbunden, deren Wirkungen erst ansatzweise untersucht sind.

1.5. Entwicklung der Altersrenten. In den 90er Jahren lagen die gesetzlichen Renten der Ostdeutschen wegen der kontinuierlichen Erwerbsverläufe in den Jahren vor 1989 und den vergleichsweise günstigen Vorruhestandsbedingungen über denen der westdeutschen Altersrenten, dafür spielten andere Formen der Alterssicherung (Betriebsrenten, private Rentenversicherung und Vermögen) eine verschwindende Rolle. Anfangs der 90er Jahre stiegen die Altersrenten parallel zu den Löhnen und Gehältern. Da diese seit Mitte der 90er Jahre real stagnieren, findet auch bei den Renten bestenfalls noch ein Inflationsausgleich statt. Bei den Rentnern, die in den kommenden Jahren ins Rentenalter eintreten, wird sich dagegen die Lage deutlich verschlechtern. Viele davon haben in den Jahren nach 1990 im Verhältnis zum Durchschnittslohn nur geringe oder gar keine Beiträge eingezahlt, weil sie arbeitslos waren

oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen nur wenig verdient haben. Es ist also damit zu rechnen, dass die Einkünfte aus der gesetzlichen Altersrente deutlich unter die westdeutschen fallen und ein zunehmender Teil der Altersrentner auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sein wird. Das Problem der Altersarmut, das bislang nur eine geringe Rolle spielte, wird zu einem gravierenden sozialen Problem in Ostdeutschland werden.

1.6. Probleme der Integration der nachwachsenden Generation.

In einer Reihe von Untersuchungen, besonders zur Sozialhilfe, wird von besonderen Problemen der Kinder und Jugendlichen berichtet. Hier setzt sich aber nicht nur die Problemlage derjenigen Eltern fort, die mit Arbeitslosigkeit konfrontiert und auf Transferleistungen angewiesen sind. Für die nachwachsenden Generationen entsteht eine zusätzliche Problemlage, die unter der Überschrift „demographische Falle“ vom ZSH in die Diskussion eingebracht wurde. (Lutz u.a. 2000: 34ff) Noch etwa bis zum Jahr 2012 ist der Arbeitsmarktzugang besonders an der zweiten Schwelle für die geburtenstarken Altersjahrgänge der bis 1990 geborenen erschwert, weil deutlich mehr junge Erwachsene ins Erwerbsleben eintreten, während wegen der Vorruhestandsregelungen der 90er Jahre nur wenige Arbeitsplätze durch Berentung frei werden. Michael Behr spricht in diesem Zusammenhang von einer „blockierten Generation“ (Behr, Workshop Generationen, 2005, noch unveröffentlicht). Diese Situation bedeutet, dass trotz der hohen Abwanderung von jungen Erwachsenen rechnerisch ein Drittel der nachwachsenden Jugendlichen keine Chance auf einen normalen Einstieg ins Erwerbsleben hat, sondern zwischen Arbeitslosigkeit (meist ALG II) und Maßnahmen (meist dreimonatigen Ein-Euro-Jobs, MAE) wechselt und keine langfristig orientierte berufliche Perspektive entwickeln kann. Rein rechnerisch wird sich das Verhältnis von eintrittswilligen jungen Menschen und vor der Verrentung stehenden älteren Arbeitnehmern nach 2012 umkehren (Wiener 2003: 6). Die Zahl der Rentenabgänge wächst, während die Zahl der Arbeitsmarkteintritte der nachwachsenden Kohorten ein Drittel der derzeitigen Größenordnung reduziert. Die Zahl der frei werdenden Arbeitsplätze wird dann etwa das Doppelte der nachwachsenden Jugendlichen betragen. (Vgl. dazu der Beitrag von Christine Steiner auf der Werkstatt 3).

2. Soziale Problemlagen im Umbruch

2.1. Kohärenz und Umbruch der fordistischen Ökonomie. Die Funktionsweise einer komplexen fordistischen Gesellschaft setzt eine Vielzahl funktionaler Kohärenzen voraus, die in den einzelnen fordistischen Gesellschaften (dem US-amerikanischen Fordismus, dem deutschen, dem staatssozialistischen der DDR usw.) auf jeweils spezifische Weise institutionell und praktisch verwirklicht sind. Diese Funktionszusammenhänge können idealisiert in einem „Modell“ des Fordismus“ oder auch an nationalen Fordismen orientiert in spezifischen „Wirtschafts- und Sozialmodellen“ abgebildet werden³⁰. Ein zentraler und für die soziale Entwicklung ausschlaggebender Zusammenhang ist der zwischen Erwerbsarbeit und Lebensweisen. Die für moderne Gesellschaften typische Differenzierung des Wirtschaftens vom Leben in privaten Haushalten setzt komplexe Vermittlungen ihrer Zusammenhänge voraus. Die in Betrieben organisierten Arbeitsprozesse müssen einerseits über Märkte, Waren- und Geldkreisläufe, Kreditemission und –demission, Kapitalbildung und Kapitalentwertung zu einem Wirtschaftsprozess verbunden werden. Der Wirtschaftsprozess und die betrieblichen Arbeitsprozesse müssen andererseits funktional mit den Lebensprozessen der Menschen verbunden sein – über die Organisationsformen der Erwerbsarbeit einerseits und die Konsumprozesse andererseits. Dies ist nur möglich, weil bestimmte Übereinstimmungen, Kohärenzen laufend hergestellt, reproduziert und in der Entwicklung dynamisch angepasst werden.³¹ Auf der Makroebene betrifft dies beispielsweise die Menge an Arbeit unterschiedlichen Inhalts, die Lohnsumme, die Konsumgüterpreise usw. Aber diese Kohärenzen müssen in vielen Millionen Details hergestellt werden, zum Beispiel in Zusammenhänge zwischen der Organisation der Arbeit, dem Tagesablauf und der Organisation der privaten Haushalte, zwischen den Gebrauchseigenschaften einzelner Produktions- oder der Konsummittel, den Informations- und Kommunikationssystemen und den Innovationsprozessen der Industrie, zwischen der Arbeitskul-

³⁰ Dabei unterstellen wir nicht, dass diese Zusammenhänge in wirklichen Gesellschaften genau so vorfindbar wären, sondern dass diese idealisierten Modelle zu verstehen helfen, warum das Chaos milliardenfacher Aktionen und Interaktionen bestimmte Ordnungen reproduziert und sich in der Zeit *gerichtet* verändert, entwickelt. In einer wirklichen Gesellschaft werden diese Zusammenhänge immer mit Abweichungen, Inkompatibilitäten, Dysfunktionalitäten verbunden sein. Jede wirkliche Gesellschaft muss daher „Reserven“ einsetzen, um Dysfunktionalitäten ihres Wirtschafts- und Sozialsystems zu kompensieren. Dabei sind bestimmte Probleme im Bauplan vorgesehen und Reparaturmechanismen zu ihrer Bewältigung eingebaut.

³¹ Die empirische Wahrnehmung vieler Dissonanzen in dieser Abstimmung, auch in den „guten Zeiten“ des Wirtschaftswunders, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Koordinierungen im Prinzip funktionieren. Anders wäre ein auf der Trennung von Erwerbsarbeit in Betrieben und Leben in Haushalten basierter sozioökonomischer Entwicklungszusammenhang überhaupt nicht möglich.

tur- und der Alltagskultur usw. Es ist unmöglich, all die Bedingungen anzugeben, die in einer historisch konkreten wirklichen Gesellschaft vorausgesetzt sind, damit diese Zusammenhänge funktionieren und temporär so etwas wie eine kohärente gesellschaftliche Entwicklung zustande kommt. Wissenschaftliche Modelle beschränken sich auf wenige zentrale Zusammenhänge.

Das für uns zentrale Problem ist die (sich in Annäherungen reproduzierende) Kohärenz von Arbeit und Leben in einer sich verändernden (entwickelnden) fordistischen Wirtschafts- und Lebensweise. Daran anschließend ist die Frage aufzuwerfen, wie sich dieser Zusammenhang in einer Umbruchssituation modellhaft verstehen lässt.

Grundsätzlich sind alle Kohärenzen gesellschaftlicher Funktionszusammenhänge, die ja Koordination von Handlungen gesellschaftlicher Akteure, Individuen wie Organisationen darstellen, vermittelt durch die *raum-gegenständliche Ordnung* der sozialen Welt, durch die *sozialstrukturelle Gliederung* und durch *Informationen, Kommunikation* und die *Institutionen*, die Informationen und Kommunikationen regulieren.

Die raum-gegenständliche Ordnung, die Welt der Werkzeuge und Produktionsmittel, Fabriken, Städte, Dörfer, Verkehrssysteme, Häuser, Wohnungen, Haushaltsgeräte, Lebensmittel, Kommunikationsmittel, enthält nicht nur die funktional erforderlichen Gegenstände, mit denen wirklich gehandelt, gearbeitet, konsumiert oder kommuniziert wird. Sie enthält sie in einer besonderen räumlichen und zeitlichen Ordnung, die latent bestimmte Zusammenhänge zwischen Handlungen ermöglicht oder ausschließt. Dies ist völlig klar, wenn man die Ordnung einer Fabrik oder die Ordnung eines Verkehrssystems oder einer Stadt im Hinblick auf die darin ablaufenden Prozesse und Handlungssysteme analysiert. Ebenso klar ist, dass jede Phase kapitalistischer Entwicklung und eben auch der Fordismus eine spezifische raum-gegenständliche Ordnung der Welt der Handlungsmittel hervorgebracht hat, also bestimmte Fabriken, Gewerbe- und Wohngebiete, Verkehrssysteme usw. In dem hier zu betrachtenden Zusammenhang sind zwei Punkte wichtig: Die Entwicklung vollzieht sich immer auch über die Entwicklung dieser Welt räumlich (und zeitlich) geordneter Handlungsmittel (nicht nur, aber eben auch und nicht ohne), also durch Veränderung der raum-gegenständlichen Ordnung der Handlungsmittel einer Gesellschaft.

Die soziale Gliederung muss einerseits zur funktionalen Gliederung des Wirtschaftsprozesses (der betrieblichen Arbeitsprozesse) passen und sich mit ihr verändern. Für eine fordistische Ökonomie bedeutet dies zunächst, dass verschiedene Arbeitsfunktionen in verschiedenen Erwerbsarbeitsformen und dazu passenden Lebensweisen differenter sozialer Gruppen organi-

siert sein müssen. Umgekehrt müssen aber auch Arbeitsformen den Reproduktionsbedingungen der verschiedenen Lebensweisen und deren kultureller Eigendynamik mehr oder weniger entsprechen. Für moderne Gesellschaften überhaupt und den Fordismus insbesondere ist entscheidend, dass der funktionale Zusammenhang zwischen Arbeit und Leben nicht starr über eine kulturell festgeschriebene ständische Arbeitsteilung hergestellt werden kann. Arbeit und Leben sind geschiedene Bereiche, die nicht unmittelbar, sondern durch Vermittlungen verbunden sind. Die soziale und kulturelle Gliederung ist nicht starr, sondern dynamisch und flexibel an die funktionale Gliederung des Wirtschaftskörpers gekoppelt, setzt also Mobilität und kulturelle Universalität zwischen den sozialen Schichten voraus, eine gemeinsame Kultur neben den schichtspezifisch unterschiedlichen Kulturen. Nur wegen dieser dynamischen Kopplung von Funktions- und Sozialstruktur ist die Permanenz von Entwicklung als ständiger aber doch mehr oder weniger geordneter *Veränderung* sozialer Lagen und Lebensweisen möglich.

So richtig es ist, die Bedeutung von Kommunikationen und Institutionen für das Funktionieren und für die Entwicklung einer modernen Gesellschaft zu betonen, so wichtig ist an dieser Stelle zu wiederholen, dass alles kommunikationsvermittelte Handeln stets in einer raum-gegenständlich und sozial geordneten Welt abläuft. Informationen, Kommunikationen und Institutionen sind nichts, wenn die gegenständlichen Mittel und praktischen sozialen Interaktionen nicht (mehr) existieren (oder sich stark verändert haben), auf die sie sich beziehen. Umgekehrt aber gilt, dass die Mittel des Handelns und die Formen sozialer Interaktion nur solche sind, weil und wenn es kommunikatives Handeln und institutionelle Regulation von Handeln gibt.

Betrachtet man die Entwicklung der fordistischen Gesellschaften von ihrem Beginn in den 50er Jahren zu ihrem Höhepunkt in den sechziger Jahren und bis zum Umbruch in den späten siebziger Jahren, könnte man plastisch nachvollziehen, wie sich – nun grob gesprochen – die raum-gegenständliche, sozialstrukturelle und institutionelle Seite dieser Gesellschaft im Zusammenhang miteinander verändern und dabei bestimmte Kohärenzen zwischen Arbeit und Leben dynamisch aufgehoben und wieder hergestellt werden. Erwerbsarbeit und Arbeitsprozesse wandeln sich dabei, z.B. Qualifikationen, Arbeitsanforderungen, Proportionen zwischen qualifizierter und unqualifizierter Arbeit und zwischen verschiedenen Branchen verschieben sich. Aber das Grundmuster der fordistischen Erwerbsarbeit bleibt erhalten, der institutionelle Rahmen wird ausgebaut, aber nicht revidiert. Dies verläuft nicht ohne Inkompatibilität, nicht

ohne Dysfunktionalitäten und Dissonanzen, aber zunächst reichen die „Reserven“ zur Kompensation.

Seit Ende der 70er und besonders in den 80er Jahren und den Entwicklungen in Ostdeutschland wird dagegen sichtbar, was im *Umbruch* passiert: Zunächst gehen die Wachstumsraten zurück und die im Strukturwandel freigesetzten Arbeitskräfte werden nicht mehr vollständig durch neue Beschäftigungsfelder absorbiert. Von Zyklus zu Zyklus steigt die „Sockelarbeitslosigkeit“. Überflüssige Arbeitskräfte sind nicht einfach das Ergebnis des Strukturwandels, sondern einer gegenüber den Hochzeiten des Fordismus veränderten Entwicklungsweise, die freigesetzte Ressourcen nicht mehr zur weiteren Ausdehnung des fordistischen Produktions- und Beschäftigungsfelds nutzen kann. Überflüsse Arbeitskräfte, aber auch überflüssiges Kapital, überflüssige Standorte, Häuser, Wohnungen, verfallende Stadtteile, brach liegende Ressourcen, lokale und regionale Schrumpfungsszenarien sind die Folge. Zugleich aber entsteht auch „Neues“, aber eher außerhalb der bisherigen Entwicklungslinien, etwas, was die freigesetzten Ressourcen, also die typischen Industriearbeiter, Fabrikanlagen, Verfahren und Organisationsformen des Fordismus, nicht oder nur partiell nutzen kann. Das Neue passt nicht oder nicht ganz in das alte Bild, wirkt fremd, scheint von anderswo hergekommen zu sein.

Der Zusammenhang zwischen der raum-gegenständlichen Ordnung, der sozialen Ordnung und der institutionellen Ordnung lockert sich, bricht an einigen Stellen auf, löst sich zunächst partiell. Damit aber gehen auch die Kohärenzen zwischen Arbeit und Leben verloren. Bestimmte Funktionen in der fordistischen Ökonomie und Lebensweisen passen nicht mehr zusammen. Es geht also nicht nur um überflüssige Arbeitskräfte, sondern um überflüssige Bevölkerung, weil deren Lebensprozesse auch inhaltlich von der bisherigen ökonomischen Grundlage abgekoppelt, „entwurzelt“ werden. Einige Institutionen verlieren ihre Funktion oder werden dysfunktional.

Die Beobachtung des „Fremden“, der Firmen, Menschen, Regeln aus einer scheinbar anderen Welt (Globalisierung) wie auch der überflüssig gewordenen Stadtteile, Fabriken, Häuser, Straßen, der überflüssigen Bevölkerung oder der dysfunktionalen Institutionen und Organisationen (Politikverdrossenheit) beschreibt ein Szenario, wie es uns allen fordistischen Gesellschaften entgegentritt, erklärt allerdings nicht seine Ursache. Im „Überflüssig-Werden“ wird der gesellschaftliche Umbruch sichtbar, noch ehe sich die Konturen einer veränderten Gesellschaft abzeichnen.

Die Frage, was die Ursachen für den Übergang aus einer Phase weitgehend kohärenter Entwicklung in einen Umbruch sind, kann hier nicht im Detail beantwortet werden³². Allgemein kann man aber davon ausgehen, dass der „Traum von der immerwährenden Prosperität“, also einer ungebrochenen dynamischen Entwicklung der fordistischen Ökonomie, von vornherein ahistorisch war. Jede historisch gesehen kurze Phase annähernd kohärenter Entwicklung entsteht in Phasen krisenhafter Inkohärenz und zehrt dann mit ihrer Verwirklichung auch die Voraussetzungen wieder auf, die diese Entwicklung möglich machten – wirtschaftlich (Massenproduktion und Massenkonsumtion hat Grenzen, z.B. ökologische) wie kulturell (nach 1968). Der geschichtlich einzig mögliche Weg ist, über Krise, Umbruch und „Paradigmenwechsel“ eine andere, neue Phase dynamischer Entwicklung zu finden oder auch zu erfinden. Für das Thema Ostdeutschland muss noch geklärt werden, inwiefern das Muster eines fordistischen Umbruchs für die spezifische Entwicklung nach 1990 überhaupt anwendbar ist. Zunächst war auch die Sozioökonomie der DDR eine fordistische, die sich sowohl in ihrer institutionellen Grundverfasstheit (Staatssozialistisch, insofern parallel mit dem sowjetischen Fordismus) als auch in einer Reihe von Entwicklungspfaden (Bildung, Berufsbildung, Sozialsysteme) von der westdeutschen unterscheidet. In vielen Punkten waren die beiden deutschen Gesellschaften aber auch sehr ähnlich, zumindest bis in die 70er Jahre.

Der Umbruch begann auch in der DDR bereits vor der Vereinigung, was nicht nur an sinkenden Wachstumsraten und zunehmenden wirtschaftlichen Problemen, sondern auch an einer tendenziellen Auflösung der Bindungen und Kohärenzen zwischen Arbeits- und Lebensweisen erkennbar wurde. In den Versuchen der Bewältigung des Umbruchs, also den 70er und 80er Jahren, zeigen sich aber die größten Differenzen zum Westen: der staatssozialistische Fordismus der DDR konnte Reserven zur Stabilisierung in sehr viel geringerem Maße einsetzen und die sehr viel einseitiger ausgerichtete fordistische Struktur der DDR-Wirtschaft war viel weniger in der Lage, die Öffnungs- und Suchprozesse in Gang zu setzen, mit denen Akteure Wege aus der Krise hätten erfinden können. Das politische System einer zentralistischen Parteienherrschaft verhinderte die erforderliche Öffnung, seine Beseitigung war der erste notwendige Schritt aus der Krise.

Die Transformation über den Weg des Beitritts zur Bundesrepublik prägt dann die Besonderheiten des deutschen Umbruchsszenarios. Zwei Argumente sprechen aber dafür, dass die

32 Die Antwort dürfte auch umstritten sein: „Fehler“ der Politik, grundsätzliche „Grenzen des Wachstums“ oder historisch besondere Konstellationen?

Entwicklungen in Ostdeutschland nicht nur als transformationsbedingte Besonderheiten erklärt werden können, sondern dass es sich auch um einen spätfordistischen Umbruch handelt. Erstens hat der Beitritt zur Bundesrepublik, die eine deutlich besser funktionsfähige Wirtschaft hatte, das Überflüssig-Werden von Teilen der fordistischen Produktionsmaschinerie der DDR und damit verbunden die Krise der fordistischen Erwerbsarbeit im Osten beschleunigt. Die ostdeutsche Deindustrialisierung kann als verstärkter spätfordistischer Umbruch gedeutet werden, dessen Kehrseite eine gewisse Verzögerung dieses Umbruchs in Westdeutschland war.

Zweitens: Es spricht einiges dafür, dass in dem Nebeneinander von Auf- und Abwärtsentwicklungen in Ostdeutschland zwar keine kohärente Entstehung einer nachfordistischen Wirtschafts- und Lebensweise erkennbar ist, aber hinsichtlich einzelner Elemente von beschleunigten Modernisierungen gesprochen werden kann, auch wenn offen ist, wohin sie letztendlich weisen.

2.2. Soziale Problemlagen und institutionelle Bearbeitungsformen im (idealisierten) Modell einer fordistischen Ökonomie.³³

In einer fordistischen Erwerbsarbeitsgesellschaft sollten zwei Grundtypen sozialer Problemlagen auseinander gehalten werden: 1. Problemlagen, die durch die normale Entwicklung des Wirtschaftsprozesses entstehen, eine hohe Spezifik besitzen (sich also auf einen oder wenige Elemente des Zusammenhangs von Arbeit und Leben beschränken) und durch gesellschaftliche Bearbeitung wieder verschwinden, also *temporärer* Natur sind oder durch die Bearbeitung zumindest „klein“ gehalten werden können. 2. Problemlagen des Umbruchs, die aus dem Überflüssig-Werden von Bevölkerungsteilen (und parallel von Teilen der Wirtschafts-, Siedlungs- und Infrastruktur) entstehen und die aus unserer Sicht *unspezifisch* sind, also die Funktionalität der Lebensprozesse insgesamt betreffen.

Zu 1. Normale Problemlagen und Bearbeitungsformen im fordistischen Modell: Der kapitalistische Wirtschaftsprozess, der Wirtschaft und Leben nicht mehr traditionell-naturwüchsig, sondern vermittelt durch Erwerbsarbeit, größtenteils durch abhängige Beschäftigung in Loh-

³³ Wenn hier des Öfteren von „normaler“ fordistischer Entwicklung, „normalen“ fordistischen Arbeitsverhältnissen oder „normalen“ sozialen Problemlagen des Fordismus usw. gesprochen wird, so ist damit nicht einfach das Gewohnte oder Übliche gemeint, sondern der Bezug auf eine idealisierte Norm hergestellt, die die fordistische Entwicklung in ihrer stabilen Phase (60er Jahre) in der Nähe des Gleichgewichts und bei hoher Kohärenz als Maßstab benutzt, um die mit der Auflösung fordistischer Kohärenzen verbundenen Abweichungen im Umbruch beschreiben zu können. Das Gewohnte und Übliche ist in den 90er Jahren und zudem in Ostdeutschland grad nicht mehr das im erkenntnistheoretischen Sinne „Normale“.

narbeits- oder Angestelltenverhältnissen, koppelt, verläuft in *konjunkturellen Schwankungen* und ist mit prozesshaft verlaufenden Innovationen sowie daraus resultierendem *Strukturwandel* verbunden. Typischerweise kann daher Erwerbsarbeit (bestimmter Art und Qualifikation) und Leben (das zugleich Reproduktion dieser spezifischen Qualität von Arbeitskraft ist) nicht grundsätzlich ein für alle Male und lebenslang gekoppelt werden. Der Einstieg ins Erwerbsleben und die zwischenzeitlich notwendigen Wechsel von einem Unternehmen in ein anderes erfolgen über Arbeitsmärkte und schließen Zeiten der Sucharbeitslosigkeit ein, die – länger oder kürzer – überbrückt werden müssen - eine typische Problemlage normaler kapitalistischer Entwicklung. Je nachdem, ob, wie und wie schnell die damit verbundenen Anpassungen verlaufen, entstehen mehr oder weniger anhaltende soziale Problemlagen an den Passagen oder im Erwerbsverlauf.

Im Strukturwandel, mit dem Schrumpfen oder Verschwinden alter und dem Entstehen neuer Industrien, Betriebe, Verwaltungen, dem Entstehen und Vergehen von Wohnquartieren und Stadtteilen verbunden ist, entstehen ebenfalls *spezifische* Problemlagen, deren Bearbeitung länger dauert, aber wegen der Spezifik der Problemlagen zielgerichtet angegangen werden kann. Der z.B. wegen des Verschwindens einer Werft arbeitslos gewordene Werftarbeiter muss in den Vorruhestand, wenn er alt genug ist, oder in eine Umschulung. Der Umzug in eine andere Region mit freien Arbeitsplätzen muss unterstützt, seiner Familie geholfen werden. Alternativ versucht man, neu entstehende Unternehmen in der Nähe anzusiedeln und die Siedlungs- und Infrastruktur an den industriellen Strukturwandel anzupassen. Auch das umgekehrte Problem ist denkbar: es mangelt an Arbeitskräften. Dafür sind Programme geeignet, die die Erwerbsquote erhöhen oder ausländische Arbeitskräfte anwerben.

Die typischen Instrumente, mit der diese auch für die normale Entwicklung in den Hochzeiten des Fordismus auftretenden Probleme bearbeitet werden, sind die Arbeitslosenversicherung, die aktive Arbeitsmarktpolitik, ergänzt durch Programme für Bildung und Qualifizierung, Wirtschaftsförderung, Infrastruktur- und -ausbau, Raumordnung und Stadtgestaltung.

Die Funktion der bisher genannten sozialen Sicherungssysteme, die die Passagen vermitteln, Lücken im Erwerbsverlauf überbrücken oder Probleme des Strukturwandels bearbeiten, ist direkt aus dem positiven Bezug auf die Erwerbsarbeit gegeben. Für sie gilt das aus der fordistischen Erwerbsarbeit begründete Teilhabeprinzip. Teilhabe im Fordismus bedeutete an und für sich *universelle und gleiche* Teilhabe an den Ergebnissen einer wachsenden Produktivität und einer wachsenden Welt von Waren und Dienstleistungen – im Maße der jeweiligen Stellung im Erwerbssystem –, schloss insbesondere auch Teilhabe an standardisierten öffent-

lichen Dienstleistungen (Bildung, Kultur, Mobilität usw.) und standardisierten Massen-Mitbestimmungsrechten (Wahlen, Bürgerbeteiligung, Minderheitenrechte usw.). Ein Kernstück fordistischer Teilhabe waren systemisch an die Produktivität gekoppelte Erwerbs- und eben auch Transfereinkommen aus sozialen Sicherungssystemen (Renten, Krankengeld, Arbeitslosengeld). Die Bearbeitungsformen der normalen sozialen Probleme einer fordistischen Ökonomie schließt also gerade die Gültigkeit der aus der Erwerbsarbeit stammenden Norm von Teilhabe nicht aus, sondern setzt sie voraus.

Dies galt nicht für die Sozialfürsorge, die Sozialhilfe, die die vom standardisierten Normalfall abweichenden Problemlagen, also die verbleibende „Restgröße“ zu bearbeiten hatte. Diese Fälle gibt es auch in einem (idealtypisch) funktionierenden Fordismus. Es handelt sich hier in der Regel um Probleme, in die Menschen durch Zufall, Schicksal oder auch aufgrund individueller Mitgegebenheiten geraten, um Probleme, die eine den Standards der kapitalistischen Erwerbsgesellschaft entsprechende Lebensführung, vor allem eine Erwerbsbeteiligung, ganz oder teilweise ausschließen. Hier handelt es sich um Differenzen, die Einzelne für sich bezogen auf die Maßstäbe der gegebenen Gesellschaft haben – ein Problem, das es in allen Gesellschaften gibt und für dessen Bearbeitung alle Gesellschaften eigene Lösungen entwickeln mussten.

An typischen Fallkonstellationen der Sozialhilfe erkennt man aber auch Funktionslücken der positiv auf Erwerbsarbeit bezogenen fordistischen Sozialsysteme der Bundesrepublik: Für einige Problemkonstellationen, die eigentlich zu den normalen Funktionsproblemen einer kapitalistischen Erwerbsgesellschaft gehören, gab es keine entsprechenden Verfahren, Organisationen und Institutionen, sie landeten also in der Restkategorie „Sozialhilfe“. Ein typischer Fall sind „allein erziehende Mütter“. Auch in den Hochzeiten des Fordismus lösten sich Familien auf oder bekamen unverheiratete Frauen Kinder. Solche Frauen waren oft und in den 70er und 80er Jahren zunehmend auf Sozialhilfe angewiesen, kehrten aber häufig nach einigen Jahren wieder ins Erwerbsleben zurück. Sozialhilfe fungiert hier als Ersatzbrücke im Erwerbsverlauf, weil die dafür in den normalen Sicherungssystemen eigentlich erforderlichen Brücken und Zufahrtsstraßen nicht gebaut wurden, nicht zuletzt, weil der bundesrepublikanische Fordismus (anders als in der DDR) besonders spät begonnen hat, Frauen als Massenerwerbskräfte zu rekrutieren und die Sicherungssysteme an die Situation von Frauen und Kindern nicht ausreichend angepasst wurden. Sozialhilfe für solche Fälle wäre unnötig und würde unnötig, wenn Kinderbetreuung, ausreichende Finanztransfers für heranwachsende Kinder und ihre Eltern, Erwerbsbeteiligung von Frauen und Vereinbarkeit von Beruf und Kindern durch

entsprechende Institutionen und Organisationen hinreichend sichergestellt wären. Ein anderes derartiges Funktionsdefizit war die lange Zeit völlig ungelöste und auch jetzt noch unzureichend gelöste Bearbeitung der Probleme in Konkurs geratener Selbständiger und Unternehmer, auch eine sehr spezifische und eigentlich temporäre Problemlage normaler fordristischer Entwicklung. Solche Menschen landeten zeitweise oder endgültig in der Sozialhilfe, weil es kein vernünftiges Entschuldungsverfahren gab, das Ihnen den erneuten Einstieg in das Erwerbsleben ermöglicht hätte.

2.3. Der „sekundäre Integrationsmodus“ als Bewegungsform der neuen multiplen Problemlagen des Umbruchs. Zum „Normzustand“ einer (idealisierten) fordristischen Ökonomie gehört, dass die eingebauten Systeme zur Bearbeitungssozialer Problemlagen, insbesondere Arbeitslosenversicherung, aktive Arbeitsmarktpolitik und Sozialhilfe, wie oben beschrieben eigentlich in der Lage sind, diese Probleme zu lösen oder klein zu halten. Dies setzt aber eine Entwicklungsdynamik voraus, bei der die Freisetzungseffekte der Produktivitätsentwicklung und des Strukturwandels durch entsprechende neue Produktions- und Beschäftigungsfelder kompensiert werden. Im Umbruch ist dies nicht mehr der Fall. Zunächst stauen sich daher Überflüssige in den fordristischen Sozialsystemen, die Dauer der Arbeitslosigkeit nimmt zu, die Teilnehmerzahlen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik wächst. In der Sozialhilfe haben wir es nicht nur mit einer Zunahme der Fallzahlen, sondern auch mit neuartigen Problemlagen zu tun, die zu den Sozialhilfeverfahren eigentlich nicht passen.

Von den typischen sozialen Problemen einer funktionierenden fordristischen Ökonomie und ihren Bearbeitungsformen zu unterscheiden sind also die *neuen* Problemlagen, die durch einen *Bruch* in der Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses und den dadurch ausgelösten gesellschaftlichen *Umbruch* entstehen, die Problemlage der „Überflüssigen“. Die schrittweise Auflösung des fordristischen Zusammenhangs von Industrieentwicklung, Erwerbsarbeit und Lebensweisen, von Wirtschafts- Raum- und Sozialstruktur führt zur gesellschaftlichen Entwurzelung dieses Teils der Bevölkerung. Dieser Prozess wird üblicherweise als „Exklusion“ bezeichnet, wobei zu zeigen sein wird, dass die konkrete Gestalt der Exklusion durch die Art der *Bearbeitung* dieser Problemlagen ausgestaltet wird, also durch eine spezifische Art der *Integration*.

Im Unterschied zu dem ersten Problemtyp handelt es sich bei den sozialen Problemlagen des Umbruchs nicht um temporäre, sondern um anhaltende Probleme, die nach ihrem ersten Auftreten längere Zeit kumulativ zunehmen. Die Anzahl der Betroffenen, der Überflüssigen,

wächst und die Probleme der Betroffenen werden in der Zeit größer. Dieser Problemtyp unterscheidet sich von dem ersten dadurch, dass es sich im Prinzip um *unspezifische* und *multiple* Problemlagen handelt. Je länger der Zustand der Überflüssigkeit anhält, desto unspezifischer und multipler werden die Probleme der Überflüssigen. Diese Problemlagen, ihre Gründe im Umbruch der Gesellschaft, können nicht beseitigt und auch nicht klein gehalten werden, sie müssen aber laufend *bearbeitet* werden, wobei sie im Verlauf der Bearbeitung weiter anwachsen. Sie könnten erst und nur in dem Maße verschwinden, in dem die Umbruchskonstellation selbst überwunden und durch eine neue Phase wieder temporär stabiler Entwicklung abgelöst würde. Erst dann würden sich die Problemlagen des Umbruchs allmählich auflösen, vor allem, weil das Heer der zuvor entstandenen Überflüssigen aus den nachwachsenden Generationen keinen Nachschub mehr bekommt, die vorher überflüssig gewordenen nach und nach aussterben oder von einer neuen Entwicklung aus der Überflüssigkeit heraus in neue Lebensweisen hinein gezogen werden. Vorher ist der Weg zurück aus der Überflüssigkeit zwar dem Einzelnen möglich, aber nicht massenhaft.

Die Praxis der Bearbeitung unterscheidet sich von den Praxen zur Bearbeitung von Problemlagen des ersten Typs grundsätzlich, und zwar auch dann, wenn teilweise die gleichen oder sehr ähnliche Instrumente eingesetzt werden. Der Modus der Bearbeitung von Problemen des ersten Typs ist die Regulierung einer gesellschaftlichen Disproportion qualitativer oder quantitativer Art. Probleme der Überflüssigkeit können dagegen nicht dauerhaft als Disproportionen wahrgenommen werden. Sie werden zu „*Merkmale*“ der Person und durch die Bearbeitung der personalen Eigenschaften des betroffenen Individuums angegangen. Es entsteht ein eigenes System von Verfahren, Institutionen und Organisationen (Maßnahmen, Fallmanagement, Regelungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige und Langzeitarbeitslose, Trägerstrukturen). Der Zweck der dafür geschaffenen Organisationen und Institutionen ist, die Überflüssigen zu *integrieren*, praktisch werden sie allerdings nicht in das fordistische System, sondern in das Bearbeitungssystem integriert. Ihre Integration setzt die Überflüssigkeit gerade voraus, reproduziert und gestaltet sie aus. Dieses Bearbeitungssystem nennen wir „*sekundären Integrationsmodus*“ und unterscheiden es somit von der primären Integration, die durch Erwerbsarbeit und die Brückenfunktionen der an die Erwerbsarbeit gekoppelten Sozialsysteme vermittelt wird.

Sofern und solange die Problemlagen sich nicht auflösen, müssen sie „*bearbeitet*“, „*beherrscht*“ werden. Exklusion erfolgt in modernen Gesellschaften durch spezifische Integrationsverfahren, weil Exklusion pur nicht möglich ist, weil dies nicht nur die Grundstrukturen

des Fordismus, sondern moderner Gesellschaft überhaupt zerstören würde (von den bezeichnenden singulären Ausnahmen wie Holocaust oder Gulag abgesehen).

Voraussetzung für eine Bearbeitung dieses Typs sozialer Probleme ist ihre personale Identifizierung, ihre „Individualisierung“, also die Zuschreibung des Problems als Merkmal von Individuen, die dadurch zu „Betroffenen“ mit Integrationsdefiziten werden. Die Bearbeitung der so personalisierten Defizite erfolgt unter der fiktiven Prämisse ihrer Überwindung; dies kann im Einzelfall gelingen, aber nicht massenhaft, denn jeder Erfolgsfall produziert einen Überflüssigen an anderer Stelle, solange die Umbruchssituation selbst andauert. Im Zuge dieser Zuschreibung und der Bearbeitung von Defiziten an der Person wird der multiple Charakter dieser Problemlagen erkennbar: was mit Arbeitslosigkeit und Mindereinkommen anfing, wird im Zuge der Behandlung des Überflüssigen immer komplexer, Qualifikations- und Motivationsdefizite werden festgestellt, Mobilität und Flexibilität sind zu gering, die Ressourcen reichen nicht zum Lebensunterhalt, Familienprobleme, Schulden, Sucht und sozialer Kompetenzmangel werden diagnostiziert und sollen „behandelt“ werden. Am Ende stellt sich heraus, dass jeder Überflüssige mehr oder weniger alle Probleme hat, die man nur haben kann – das eine mehr, das andere weniger.

Der sekundäre Integrationsmodus, d.h. die Institutionen, Organisationen und Verfahren zur Bearbeitung dieses Typs von Problemlagen, ist erst im Umbruch entstanden, und zwar in *Ostdeutschland*. Einzelne Elemente gab es vorher schon in Westdeutschland, so ABM und andere Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik – aber in einem anderen Funktionszusammenhang. Die Ausdifferenzierung und stringente Durchfunktionalisierung dieses neuen Modus, der Brücken nicht mehr in die Erwerbsarbeit bauen kann, sondern Brücken an Lücken und Lücken an Brücken ins Blaue hinein, vollzog sich in den 90er Jahren. Ausgangspunkt war der Versuch, die Instrumente der Bearbeitung von Problemen des ersten Typs zur Bearbeitung erst des Transformationsschocks, dann der Deindustrialisierungsfolgen und schließlich der Folgen des sozioökonomischen Umbruchs in Ostdeutschland schlechthin anzuwenden. Der damit verbundene Funktionswandel der Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik leitete die Entstehung des sekundären Integrationsmodus ein, die Dauerkrise weitete sie aus und führte zu einer Expansion alter Instrumente mit neuen Namen oder neuer Instrumente mit alten Namen. Mit den Hartz-Gesetzen der Agenda 2010 erfolgte schließlich im Nachhinein die abschließende Institutionalisierung (Institutionen folgen der veränderten Praxis, wie man hier sieht), dabei handelt es sich um die erste Rückübertragung eines in Ostdeutschland ent-

standenen Systems von Verfahren, Organisationen und dann auch Institutionen auf Westdeutschland. Mit dieser Institutionalisierung erfolgte zugleich die rechtliche und organisatorische Abkopplung des sekundären Integrationsmodus vom primären sowie die Begrenzung des Teilhabepinzips, das für den sekundären Integrationsmodus faktisch nicht gilt. Die Leistungen, die dem Einzelnen für seinen Lebensunterhalt zur Verfügung stehen, werden nicht durch Teilhabe, sondern durch Existenzsicherung bemessen, sie und noch mehr alle darüber hinausgehenden Leistungen, die an sich auf die Wiederherstellung von Teilhabe zielen - wie Qualifizierung, Arbeitsgelegenheiten, Unterstützung von Bewerbungen etc. - liegen außerhalb der Verfügungsgewalt und Selbstbestimmung des Individuum, sie werden staatlich verordnet und kontrolliert, sind an verpflichtende Bedingungen geknüpft, sind also gerade das Gegenteil von Teilhabe. Fürsorge und Kontrolle ist das Leitmotiv, ins offizielle übersetzt: Fördern und Fordern.

In den 70er Jahren wurden die Bindungen des Welthandels an ein fordistisches Paradigma aufgehoben, in den 80er Jahren hat sich die Lohnentwicklung von der Produktivitätsentwicklung abgekoppelt. Mit dem sekundären Integrationsmodus ist die bis in die 90er Jahre noch mühsam und mit Abstrichen bewahrte Kopplung der Sozialsysteme an die fordistische Erwerbsarbeit und das damit verbundene Teilhabemodell aufgehoben. Der Umbruch ist aus der Erosion in die Auflösung von Grundstrukturen des Fordismus fortgeschritten.

Für den Zweiten Bericht sind insbesondere folgende Fragen für das Berichtskonzept zu klären:

- Wie ist der Zusammenhang zwischen der Darstellung des Umbruchs auf der Makroebene (z.B. Wachstum, Produktivität, Einkommen, disponible Zeit, Arbeitslosigkeit), der Mesoebene (Betriebe und Branchen mit unterschiedlichen Tendenzen es Strukturwandels und der Personalnutzung) und der Darstellung der sozialen Problemlagen der Individuen und Familien konzeptionell und empirisch darzustellen?
- Welche Indikatoren der Makro- und Mesoebene (z.B. Entwicklung der Beschäftigung, der Löhne, der Transfereinkommen) sollten zur Darstellung der sozialen Entwicklung herangezogen werden, wie sollten diese auf Mikrodaten bezogen werden?
- Wie lassen sich auf der Mikroebene die neuen sozialen multiplen Problemlagen des Umbruchs möglichst komplex durch die Kombination verschiedener Indikatoren (z.B. Kom-

ination von Erwerbssituation, Erwerbsverlauf, Einkommen, Mobilität, Wohnsituation usw.) abbilden?

- Wie entwickeln wir die Methoden zur Darstellung des sekundären Integrationsmodus (unterbrochene Erwerbsverläufe) weiter und welche Möglichkeiten haben wir, Zusammenhänge zwischen der betrieblichen Personalstrategien und der Entwicklung unterbrochener und anderer prekärer Beschäftigungsverhältnisse darzustellen (Betriebspanel)?

Schrumpfung – Raumordnung oder Gesellschaftsordnung?

(Rainer Land, Andreas Willisch)

Podiumsdiskussion mit Ingeborg Beer, Peter Franz, Wolfgang Kil, Tobias Robischon, Christine Weiske, Moderation: Andreas Willisch

Es sind zunächst die Äußerlichkeiten einer Entwicklung in aller Munde, die sich hinter dem Begriff von der *Schrumpfung* verbergen: Gewaltige Ströme von auswandernden jungen Menschen, zurückbleibende Alte und ausbleibende Geburten, leere Wohnblocks, verlassene Fabrikhallen und tote Bahngleise bebildern einen Prozess, der in Ostdeutschland mit einer Massivität und Durchschlagskraft abläuft, dass kommunales oder staatliches planvolles Handeln daran scheitert. Die Debatte zur Schrumpfung wird einerseits befeuert durch die demografischen Daten und andererseits durch die Folgen für den Stadtumbau und die Regionalentwicklung. Die technische und die soziale Infrastruktur (und mit ihr die Wohnhäuser, Krankenhäuser, Pflegeheime, Kultureinrichtungen, die Versorgungsleitungen, Straßen und die Verwaltungen) erscheinen als ein zeltartiger, übergroßer Mantel eines in die Jahre gekommenen, kranken alten Mannes. Die Sorge darum, dass Landschaften verwildern, Dörfer und Städte sterben könnten, ist allgegenwärtig. Die Angst vor der „Rückkehr des Wolfs“ in die europäischen Kulturlandschaften geht um. Die Debatte kennt aber auch jene Stimmen, die in der Leere den Luxus und in der Stadtentwicklung die Freiräume für neue Kooperationsformen erkennen wollen und für die Schrumpfung eine Chance zur Umkehr, zur Abkehr von der Wachstums- und Produktivitätsgesellschaft ist.

Doch jenseits der Quantitäten der Wanderungen, der Zahl alternder Menschen und kinderloser Paare und noch bevor die neuen Stadt- und Regionalentwicklungspläne fertig geschmiedet werden, bietet der Blick auf die schrumpfende, ostdeutsche Gesellschaft die Möglichkeit, Veränderungen des Wirtschaftens und Wohnens, der Mobilität und des Familie-Gründens, kurz: den Umbruch des Wirtschafts- und Sozialmodells in Ostdeutschland zu thematisieren.

Dann geht es unter dem Stichwort des Schrumpfens um qualitative Veränderungen in der Zusammensetzung der ostdeutschen Bevölkerung und der sozialen Verfasstheit ihres Arbeitens und ihres Lebens. Um es gleich vorweg zu sagen, vielleicht wird das eine oder andere Dorf leer gezogen, doch viel wahrscheinlicher ist, dass sich in allen Dörfern und Städten die Bevölkerungsstruktur und mit ihr das Modell des gesellschaftlichen Zusammenlebens stark verändert. In diesem Zusammenhang sprechen wir schon heute über „nicht-mehr-

abwanderungsfähige“ Bevölkerungsteile (Alte, Menschen mit Grundbesitz usw.) und „Raumpioniere“, die unter neuen Voraussetzungen aufeinander treffen und ihre gegenseitigen sozialen Beziehungen neu ausloten müssen. Vielleicht verlieren die Dörfer und Städte im Osten den Wohlstandsspeck des Fordismus, aber sind sie nicht am sterben, sondern am umbauen und auf der Suche neuen Bestimmungen?

Die Voraussetzungen dieses Wandlungsprozesses sind mit den ambivalenten Wirkungen der Fragmentierung der Wirtschaft, den neuen sozialen Problemlagen und der sekundären Integration (Exklusion) in die Arbeitsgesellschaft schon angedeutet, aber noch nicht vollständig beschrieben. Der demografische Wandel, der nicht erst 1989 eingesetzt hat (immerhin ist die letzte große Rentenreform 1989 im Strudel der deutschen Vereinigung untergegangen), hält diesen Prozess zwar am Laufen, aber er ist nicht die Ursache und sein Einfluss wird in Prognosen für die Jahre 2030 oder gar 2050 massiv überschätzt. Erst durch die Realität leerer Stadtquartiere und die selektive Mobilität junger Menschen erhält die demografische Entwicklung eine symbolische Brisanz, auch wenn dem eine Verwechslung zugrunde liegt: Alle Folgen eines sozioökonomischen Umbruchs erscheinen plötzlich als Folgen der demographischen Entwicklung. „Was wäre, wenn im Jahr 2050 ganz Deutschland, ganz Europa aussähe wie Wittenberge oder Hoyerswerda?“ – so der hysterische Aufschrei. Alles eine Folge der gesunkenen Kinderzahlen, der „Über“-Alterung und der Flucht der letzten Jungen in die verbliebenen Wachstumsoasen des Westens? So scheinen es bestimmte Studien und Medienberichte zu verkünden, besonders diejenigen, die Politik mit Katastrophenszenarien machen.³⁴ Die „Schulduweisungen“ und die Rezepte sind schnell zur Hand, sie zielen auf die Gebärmütter der Frauen und den Geldbeutel der Kinderlosen.

Was aber sind die richtigen Fragen, was sind die richtigen Berichtsgegenstände für die sozioökonomische Berichterstattung?

1. Dekonstruktion

Eine wichtige Funktion der sozioökonomischen Berichterstattung ist, ideologische und einseitige Deutungsmuster zu dekonstruieren, um die tatsächlichen Probleme, die Gestaltungsmöglichkeiten und –grenzen und Perspektiven erkennbar zu machen. Um herauszufinden, wie die Berichterstattung dazu beitragen kann, möchten wir zum Aufwärmen als erstes fragen: *Was*

³⁴ „Weil deutschlandweit zu wenig Nachwuchs zur Welt kommt ... wird sich Deutschland ... massiv verändern.“ So die verkürzte Lesart der neuesten Studie. (Deutschland 2020: 1)

ist aus ihrer Sicht auf die gegenwärtige Demographie- und Schrumpfungsbearbeitung die Illusion, deren Dekonstruktion Sie besonders wichtig finden?

2. Schrumpfungsszenarien

Wir wissen inzwischen, dass der sozioökonomische Umbruch in Deutschland, der in Ostdeutschland als doppelter Umbruch besonders dramatisch verläuft, ein teilweise kleinräumig hochdifferenziertes Muster von *Schrumpfung und Wachstum* hinsichtlich der Bevölkerungs- und der Wirtschaftsentwicklung erkennen lässt. So finden sich Städte und Dörfer mit Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum, solche mit schrumpfender Bevölkerung und schrumpfender Wirtschaft, aber auch Varianten mit schrumpfender Bevölkerung und Wirtschaftswachstum bzw. wachsender Bevölkerung und schrumpfender Wirtschaft. Ein eindeutiger Zusammenhang ist nicht ohne weiteres erkennbar. Zugleich liegen solche Szenarien oft dicht nebeneinander, manchmal an ein und demselben Ort, nur jeweils andere Bevölkerungsteile betreffend.

Für kleine Städte lässt sich der Verlust von Funktionen und die (zumindest partielle) Auflösung eines mit diesen Funktionen verbundenen stringenten Zusammenhangs von Wirtschaftsstruktur, Siedlungs-, Raum- und Infrastruktur und Sozialstruktur als Ursache für eine Abwärtsspirale, für die Entwurzelung der Bevölkerung und für neue soziale Problemlagen erkennen. (Für große Städte ist dies wegen der Funktionsvielfalt und der Komplexität oft schwerer auszumachen, aber vielleicht nicht grundsätzlich anders.) Dieser Funktionsverlust wird offensichtlich von ökonomischen und sozioökonomischen Prozessen, Umbrüchen getrieben. Dabei zeigt sich aber auch, dass es Orten gelingen kann, neue Funktionen zu finden und auf ihrer Grundlage eine sozioökonomische Stabilisierung zu erreichen, wenn auch oft auf einem niedrigeren Niveau und nicht einfach als Wiederherstellung des alten Gesichts des Ortes und seiner Bewohner.

Andere Orte schaffen dies nicht und werden zu Restorten, in denen die „nicht mehr abwanderungsfähige Restbevölkerung“ verbleibt, aber zuweilen auch Raumpioniere nach Experimentierfeldern suchen. Soziale Entwurzelung führt zu ambivalenten Entwicklungen: zu Gettoisierung und Segregation, aber auch zu Selbsthilfe und Selbstorganisation, Bildung von neuem Sozialkapital.

Sehen Sie Möglichkeiten, derartige Schrumpfungsszenarien und die sie beschreibenden Variablen für eine Berichterstattung zu „sortieren“? An welche Merkmale sollte man sich halten?

3. Gestaltungsszenarien

Durchgängig wird betont, dass der Prozess des Funktionswandels, des Schrumpfens aber eben auch des Umbruchs der Sozialstruktur mit den alten Instrumenten, Institutionen und Verfahren der sozialen Stadtgestaltung und Planung, die durchgängig an der Planung von „Wachstum“ orientiert waren, nicht gestaltet werden kann. Ungewissheiten und Umwertungen machen sichere, langfristig orientierte Vorhaben und gewinnbringende Vermarktung unmöglich. Die aus Wachstumszeiten stammenden Planungsverfahren, Raumordnungs- und Genehmigungsverfahren kommen mit offenen Suchprozessen, mit Brache, Zwischennutzung, Zwischenlösungen und Selbstorganisation der Bürger nicht zurecht. Die Fachplanungen der Sozial-, Jugend-, Bildungs- und Kulturämter auch nicht. Die Eigentumsverhältnisse, die Finanzlage der Kommunen, aber auch politische Interessenskonstellationen und „falsches Bewusstsein“ mancher institutioneller Akteure stehen Gestaltungsoptionen von Schrumpfung oder auch einer anderen Art von Entwicklung und Wachstum oft entgegen.

Offensichtlich ist die nicht mehr vorhandene Passfähigkeit der gesellschaftlichen Institutionen, Instrumente und Verfahren für die zu lösenden Probleme ein entscheidendes Hindernis für die „vernünftige“ Gestaltung von Schrumpfung als Stadt- und Gesellschaftsentwicklung“. Die Frage nach der Divergenz sozialer Praxis und vorhandener Institutionen hat für unsere Berichterstattung einen hohen Stellenwert.

Dagegen werden neue Verfahren, Suchprozesse, Experimentieren, Zwischennutzungen, Aktivität von „Raumpionieren“, neue lokale Verhandlungssysteme, kurz: Bildung neuartigen Sozialkapitals als Ansatzpunkte zur Gestaltung von Schrumpfung gesehen. Dies schließt wohl ein, dass die „Überflüssigen“ in den sozialen Gettos der großen oder kleinen Städte, Stadtquartiere oder Dörfer sich mobilisieren oder mobilisiert werden. Aber sollen und können neue Akteure „von unten“ die systemischen Funktionsdefizite kompensieren?

Wie würden Sie diese Divergenz beschreiben? Ist Schrumpfung überhaupt gestaltbar? Wo sehen Sie die Ansätze neuer Alltagspraktiken und neuer Verfahren, über die zu berichten sich lohnt? Wie weit ist eine Institutionalisierung neuer Praxis der Stadtgestaltung erkennbar?

Wenn wir den Schrumpfungsprozess als gesellschaftliche Transformation, gesellschaftlichen Umbau betrachten können, wo sehen Sie dann die Konturen einer „neuen Postschrumpfungsgesellschaft“?

Literatur

- AG Alternative Wirtschaftspolitik (2004): Gegen die Zwangsperspektive des ostdeutschen Zurückbleibens – für forcierte Mobilisierung endogener Entwicklungspotenziale Ost. www.memo.uni-bremen.de
- AG Alternative Wirtschaftspolitik (2006): Memorandum 2006, Kapitel Ostdeutschland, Köln
- Alda, Holger (2005): Prekäre Erwerbsbeteiligung in Nordrhein-Westfalen. Kombinierte Quer- und Längsschnittanalysen mit integrierten Erwerbsbiographien. (unveröffentlicht)
- Alda, Holger, Friedrich Hauss, Rainer Land, Andreas Willisch (2004): Erwerbsverläufe und sekundärer Integrationsmodus. In: Berliner Debatte Initial 15 (2004) 2, S. 70ff.
- Audretsch, David B.; Cooke, Phil (2001): Die Entwicklung regionaler Biotechnologie-Cluster in den USA und Großbritannien. Arbeitsbericht, Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg, Nr. 107 / Juni 2001.
- BA (2004): Mini- und Midijobs in Deutschland. Dezember 2004 Sonderbericht der Bundesagentur für Arbeit, Dezember 2004
- BA (2006): Monatsbericht Februar 2006 der Bundesagentur für Arbeit.
- Bahrman, Hannes; Links, Christoph (Hg.) (2005): Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – eine Zwischenbilanz. Ch. Links Berlin
- Bartelheimer, Peter (2005): Moderne Dienstleistungen und Erwerbsfürsorge. Fallbearbeitung nach SGB II als Gegenstand soziologischer Forschung. Moderne Dienstleistungen. SOFI-Mitteilungen Nr. 33
- Barthelt, H.; Glücker, J.: Netzwerke, Lernen und evolutionäre Regionalentwicklung. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Jg. 44 (2000), Heft 3/4, S. 167
- Beck, Grit (2004): Wandern gegen den Strom: West-Ost-Migration in Deutschland. In: Grit Beck Frank Swiaczny und Sonja Haug (Hrsg.): Bevölkerungsgeographische Forschung zur Migration und Integration. Vorträge gehalten auf der 5. Tagung des Arbeitskreises Migration – Integration – Minderheiten der Deutschen. Gesellschaft für Demographie (DGD) in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Bevölkerungsgeographie der Deutschen Gesellschaft für Geographie in Bern am 2. Oktober 2003. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt . 65180 Wiesbaden. Heft 112, 2004
- Beck, Stefan; Bisevic, Andre; Buss, Klaus-Peter; Scherrer, Christoph; Wittke, Volker (2006): Die ostdeutsche Industrie auf eigenen Pfaden? Endbericht zum Projekt „Die ostdeutsche Industrie in der Globalisierung. Wie können dauerhafte Entwicklungspfade unter widrigen Bedingungen aussehen?“, Hans-Böckler-Stiftung, Otto-Brenner-Stiftung, Göttingen, Kassel 2006 (unveröffentlicht)
- Behr, Michael; Schmidt, Rudi (Hg. 2005): Aufbau Ost – Betriebliche und überbetriebliche Erfolgsfaktoren im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands. Projektbericht und Workshopdokumentation. In: Jenaer Beiträge zur Soziologie, Heft 16 (2005)
- Belitz, H., Edler, D. (1998): Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden. Sonderheft. 164, DIW 1998
- Berichterstattung (2005): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Erster Bericht. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- Bernt, Matthias (2005): Stadtumbau im Gefangenendilemma, In: Weiske, Christine/ Kabisch, Sigrun/ Hanne mann, Christine (Hg.): Kommunikative Steuerung des Stadtumbaus. Interessengegensätze, temporäre Koalitionen und Entscheidungsstrukturen in schrumpfenden Städten, Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften, S.109-131
- Bernt, Matthias (2005): „Da kommst Du einfach nicht ran.“ – Plan und Wirklichkeit beim Stadtumbau in Leipzig-Grünau In Berliner Debatte Initial Heft 16(2005)6
- Bisky, J. (2005): Die deutsche Frage. Warum die Einheit unser Land gefährdet, Berlin
- Bleicher, A. (o.J.): Unternehmen in Brandenburg: Zwischen anhaltenden Strukturschwächen und Potenzialen regionaler Vernetzung. In: Forum der Forschung – BTU Cottbus Heft 12
- Bluhm, K. (1999): Zwischen Markt und Politik. Probleme und Praxis von Unternehmenskooperation in der Transitionsökonomie, Opladen
- Bofinger, Peter (2005): Wir sind besser als wir denken. Wohlstand für alle. München, Pearson
- Brandstetter, Benne; Lang, Tilo; Pfeifer, Anne (2005): Umgang mit der schrumpfenden Stadt – ein Debattenüberblick. In Berliner Debatte Initial 16(2005)6
- Bruch-Krumbein, W.; Hochmuth E.: Cluster und Clusterpolitik (2000). Begriffliche Grundlagen und empirische Fallbeispiele aus Ostdeutschland. Marburg 2000
- Brossig, M.; Dreher, C. (2005): Wie erfolgreich sind Kooperationen? In: WSI-Mitteilungen, Heft 9 2001.

- Brussig, Martin, Erlinghagen, Marcel (2005): Entlassungen und Kündigungen in den neuen Bundesländern. In: Berliner Debatte Initial H. 2005-2, S. 76-92
- Bullerjahn, J. (2006): Die Kräfte bündeln. Zukunftsorientierte Politik für den Aufbau der neuen Länder. Diskussionspapier für das Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie, Magdeburg
- Bundesregierung (1999ff.): Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit, Berlin
- Burda, M./Busch, U. (2001): West-Ost-Transfers im Gefolge der deutschen Vereinigung, in: Konjunkturpolitik, 47 (2001) Heft 1, S. 1-38
- Busch, U. (1998): Sieben fette Jahre? Kritische Bemerkungen zu Charakter und Umfang der Transfers, in: Berliner Debatte INITIAL, 9 (1998) 2/3, S. 89-103.
- Busch, U. (2000): Transfer West-Ost und Ost-West: Wer machte das große Geschäft?, in: F. Vilmar (Hrsg.), Zehn Jahre Vereinigungspolitik, Berlin 2000-2002, S. 161-192
- Busch, U. (2002a): Am Tropf – Die ostdeutsche Transfergesellschaft, Berlin
- Busch, U. (2002b): Mezzogiorno Ost! Na und?, in: Berliner Debatte Initial, 13 (2002) 5/6, S. 144-156.
- Busch, U. (2004): Abstieg West durch Aufbau Ost?, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 135, 34 (2004) 2, S. 321-329.
- Busch, U. (2005a): Aufbau Ost – Bilanz und Perspektiven, in: Berliner Debatte INITIAL, 16 (2005)1, S. 79-90
- Busch, U. (2005b): Die Währungsunion. Politische Weichenstellung für einen ökonomischen Fehlstart, in: H. Bahrman/Ch. Links (Hrsg.): Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz, Berlin, S. 75-92
- Busch, U. (2005c): Preise und Einkommen in Ostdeutschland, in: Berliner Debatte INITIAL, 16 (2005)5, S. 73-92
- Busch, Ulrich (2005d): Aufbau Ost – Bilanz und Perspektiven. In Berliner Debatte Initial, Heft 2005-1 S. 79ff
- Buss, Klaus-Peter; Wittke, Volker (2001): Varieties of German Capitalism, SOFI-Mitteilungen Nr. 33, Göttingen
- Dehne, Peter; Hannemann, Christine: Kleine Stadt, was tun? Zukunftschancen von kleinen Städten im Peripherieraum Nordostdeutschlands. (erscheint 2006)
- Deutsche Bank Research (2004): Perspektiven Ostdeutschlands – 15 Jahre danach, Aktuelle Themen Nr. 306
- Deutsche Bundesbank (1996): Zur Diskussion über die öffentlichen Transfers im Gefolge der Wiedervereinigung, in: Monatsberichte 48 (1996) 10, S. 17-32
- Dienel, Christiane; Gerloff, Antje; Leske, Loreen u.a. (2004): Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen-Anhalt. Wie kann durch Umsteuerung von Fördermitteln das Querschnittziel Chancengleichheit besser verwirklicht werden? - Zukunftschancen junger Familien in Sachsen-Anhalt; Abschlussbericht 30.11.2004; <http://www.sgw.hs-magdeburg.de/menschen/berichte2005/abschlussbericht.pdf>
- Dietrich, V. et al. (1998): Wechselbeziehungen zwischen Transfers, Wirtschaftsstruktur und Wachstum in den neuen Bundesländern. Abschlußbericht, IWH SH 1/98, Halle
- Dirk Konietzka, Peter Sopp (2004): Gespaltener Arbeitsmarkt – ausgeschlossene Individuen? In: Berliner Debatte Initial 2004-2, S. 34ff
- Engler, Brigitte; Lohr, Karin (2005): Einkommensstruktur und –entwicklung der Bevölkerung in der Region Berlin und Brandenburg. Abschlussbericht. Hans-Böckler-Stiftung, Projektnummer: 2003-509-4, Juli 2005
- Engler, Wolfgang (1999): Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land. Berlin: Aufbau
- Engler, Wolfgang (2000): Die Ostdeutschen. Berlin: Aufbau
- Engler, Wolfgang (2002): Die Ostdeutschen als Avantgarde. Berlin: Aufbau Verlag
- Flassbeck, H. (1995): Die deutsche Vereinigung – ein Transferproblem, in: DIW, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 64 (1995) 3, S. 404-413
- Flassbeck, Heiner (2005): Nicht-kursive Antworten auf kursive grüne Fragen. Ein Thesenpapier zu ökologischen Fragen bei einer Konferenz der Grünen in Berlin. http://www.flassbeck.de/pdf/2005/20.03.2005/GRNE_WAC.pdf
- Flassbeck, Heiner; Spiecker, Friedrike (2001): Lohnstruktur und Beschäftigung. Arbeitshefte Nr. 23, Otto Brenner Stiftung, Berlin 2001
- Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e.V. (2005): Wo liegen die Entwicklungspotenziale des Ostens? Dokumentation der Anhörungen „Gesprächskreis Wissenschaft und Politik“, Berlin
- Franz, Peter (2004): Schrumpfende Städte – Schrumpfende Wirtschaft? Der Fall Ostdeutschland. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 43(2004)1: 33
- Hannemann, Christine; (2004): Von der sozialistischen zur schrumpfenden Stadt: Konsequenzen für Stadtpolitik und öffentlichen Raum, In: Nagler, Heinz et.al (Hg.): Der öffentliche Raum in Zeiten der Schrumpfung, Berlin: Leue Verlag, S.118-128
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1985): Die Chancen des Schrumpfens. Plädoyer für einen andere Großstadtpolitik. In: Die Zeit Nr. 13, 22. März 1985: 33

- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (2004): Schrumpfende Städte - schrumpfende Phantasie, In: Merkur, 58. Jg. Heft 664 (August 2004), S. 682-692
- Heilemann, U./Rappen, H. (2000): „Aufbau Ost“ – Zwischenbilanz und Perspektiven, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 45 (2000), S. 9-40
- Hilpert, Ulrich, Jakszentis, Anja (2005): Regionale Entwicklungsunterschiede in Ostdeutschland im Vergleich. Otto Brenner Stiftung Frankfurt/Main
- Horn, Gustav A. (2005): Sparwut + Sozialabbau. Die deutsche Krankheit. München, Hanser.
- Hunger, Bernd (2003): Stadtbau Ost. Herausforderungen für Städtebau und Wohnungs
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle IWH (2004): Forschungsprojekt „Innovative Kompetenzfelder, Produktionsnetzwerke und Branchenschwerpunkte der ostdeutschen Wirtschaft“ im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Projektleiter Prof. Dr. Martin Rosenfeld, Endbericht Halle 2004, http://www.iwh-halle.de/projects/bbr/BBR_endbericht.pdf
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle IWH (2005): Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2005. In: Wirtschaft im Wandel Sonderausgabe 1/2005. IWH Halle 2005
- Jakszentis, Anja/Hilpert, Ulrich (2005): Regionale Entwicklungsunterschiede in Ostdeutschland im Vergleich, Arbeitsheft der OBS, Nr. 42, Frankfurt am Main
- Keynes, J. M. (1929): The German transfer problem, in: The Economic Journal XXXIX (135), pp. 1-7
- Kil, Wolfgang (2004): Luxus der Leere. Vom schwierigen Rückzug aus der Wachstumswelt. Eine Streitschrift. Müller und Busmann, Wuppertal 2004
- Kil, Wolfgang (2002): „Freies Feld von Bittelfeld bis Böhlen...“. In: Berliner Debatte Initial Heft 2002-2
- Köhler, Ch.; Struck, O.; Bultemeier, A.; Grotheer, M.; Schröder, T.; Schwiderrek, F. (2004) Beschäftigungsstabilität und betriebliche Beschäftigungssysteme in West- und Ostdeutschland. FSU Jena
- Kollmorgen, Raj (2005): Ostdeutschland. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- Kowalski, Reinhold (2004a): Die Industrie in Ostdeutschland – Eigenarten und Innovationsfähigkeit. In: Beiträge zur Wirtschaftspolitik 2/2004
- Kowalski, Reinhold (2004b): Dauerhafte Industrielücke in Ostdeutschland – Ergebnis neoliberaler Wirtschaftspolitik. Beiträge zur Wirtschaftspolitik 1/2004
- Kowalski, Reinhold (2006): Filialwirtschaft Ostdeutschland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2, S. 239-241
- Krätke, Stefan; Scheuplein, Christoph (2001): Produktionscluster in Ostdeutschland. Methoden der Identifizierung und Analyse. VSA-Verlag Hamburg 2001
- Krönert, Steffen; van Olst, Nienke; Klingholz, Reiner: Deutschland 2020. Die demographische Zukunft der nation. Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2006. www.berlin-institut.org
- Kühn, Hagen (2004): Demographischer Wandel und demographischer Schwindel. Zur Debatte um die gesetzliche Krankenversicherung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2004 Heft 6
- Land, Rainer (2000): Von der LPG zur Agrar-Fabrik. Ein Literaturbericht. In: Berliner Debatte Initial, Heft 5/6
- Land, Rainer (2003): Ostdeutschland – fragmentierte Entwicklung, in: Berliner Debatte 14 (2003) 6, S. 76-95
- Land, Rainer (2004): Der sekundäre Integrationsmodus. Vortrag auf dem 32. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. www.thuenen-institut.de
- Land, Rainer (2005): Die neue Landwirtschaft und die Dörfer. Vortrag. www.thuenen-institut.de
- Land, Rainer (2005): Paradigmenwechsel in der Ostdeutschlandforschung. Dokumentation des Einleitungsbeitrags auf dem Workshop am 8. April 2005 in Berlin. In Berliner Debatte Initial Heft 2/2005
- Land, Rainer; Willisich, Andreas (2005): Ostdeutschland – ein Umbruchszenario. In: Bahrmann, Links (Hg.) (2005). S. 11-33
- Lang, Thilo/ Tenz, Eric (2003): Von der schrumpfenden Stadt zur Lean City. Prozesse und Auswirkungen der Stadtschrumpfung in Ostdeutschland und deren Bewältigung. Dortmund: Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur
- Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2005. http://www.sozialpolitik-aktuell.de/berichte_einkommen.shtml
- Lehmann, H., Ludwig, U., Ragnitz, J. (2005): Transferleistungen und Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland, IWH, Halle
- Lichtblau, K. (1995): Von der Transfer- in die Marktwirtschaft, Köln
- Lüthje, Boy (2004): Kehrt der Fordismus zurück? Globale Produktionsnetze und Industriearbeit in der „New Economy“. In Berliner Debatte Initial, H. 1
- Lutz, Burkart; Grünert, Holle, Steiner, Christine (Hrsg. 2000): Bildung und Beschäftigung in Ostdeutschland. Band 1. Forschungsergebnisse aus dem ZSH. Berlin: Berliner Debatte
- Lutz, Burkart; Grünert, Holle, Steiner, Christine (Hrsg. 2004): Jugend – Ausbildung – Arbeit. Bildung und Beschäftigung in Ostdeutschland. Band 2. Forschungsergebnisse aus dem ZSH. Berlin: GSFP (Berliner Debatte)

- Müller, Albrecht (2004): Die Reformlüge. München, Droemer
- Müller, C./Busch, U. (2006): The new German Transfer problem, in: Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften, 56 (2005) 3, Göttingen, S. 307-326
- Myrdal, G. (1957): Economic Theory and Underdevelopment Regions, London
- Priewe, J. (2004): Die Wirtschaft in Ostdeutschland und ihre Perspektiven, DGB, Wipo-Schnelldienst, 7
- Priewe, Jan u.a.: Ostdeutschland 2010 – Perspektiven der Investitionstätigkeit. Edition der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2002
- Ragnitz, J. (2005): Zur Diskussion um den Produktivitätsrückstand Ostdeutschlands. IWH, März 2005, Internetpublikation, www.iwh-halle.de
- Ragnitz, J./Dreger, C./Komar, W./Müller, G. (2000): Simulationsrechnungen zu den Auswirkungen einer Kürzung von Transferleistungen für die neuen Bundesländer, in: IWH SH 2, Halle
- Ragnitz, J.: Warum ist die Produktivität ostdeutscher Unternehmen so gering? In: Konjunkturpolitik, Heft 3 (1999)
- Reißig, Rolf (2000): Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft, Berlin
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2004): Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland. Jahresgutachten 2004/05, Stuttgart
- Schäfer Claus :Weiter in der Verteilungsfalle – Die Entwicklung der Einkommensverteilung in 2004 und davor. In: WSI-Mitteilungen 11/2005
- Schröer, Achim (2003): Geordneter Rückzug oder less is more? : Ostdeutschland als Laboratorium für eine alternative Urbanität. In: Vorgänge, H.42, S.41-50.
- Schumpeter, Joseph A. (1912): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Leipzig: Duncker & Humblot 1912
- Schumpeter, Joseph A. (1931): Dauerkrise? Artikel in: Der deutsche Volkswirt 25.12.1931. Zitiert nach: Ders.: Aufsätze zur Wirtschaftspolitik. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1985, S. 202
- Schumpeter, Joseph A. (1932a): Weltkrise und Finanzpolitik. Artikel in: Der deutsche Volkswirt 4.3.1932. Zitiert nach: Ders.: Aufsätze zur Wirtschaftspolitik. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1985, S. 143
- Schumpeter, Joseph A. (1932b): Kreditpolitische Krisentherapie in Amerika. In: Der deutsche Volkswirt 22.7.1932. Zitiert nach: Ders.: Aufsätze zur Wirtschaftspolitik. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1985, S. 210
- Schumpeter, Joseph A. (1939): Business Cycles. Deutsch: Konjunkturzyklen. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1961
- Seitz, H.: Demographischer Wandel und Infrastrukturaufbau in Berlin-Brandenburg bis 2010/2015: Herausforderungen. In: Arbeitsbericht 168. Europa-Universität Frankfurt/Oder, März 2001
- SOFI (2005): Geschäftsmodelle und Innovationsstrategien in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie. Präsentation auf dem Workshop „Innovationsstrategien im ostdeutschen Mittelstand“. Zwischenergebnisse aus einem laufenden Forschungsprojekt. Saalfeld, 16.11.2005
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. http://www.destatis.de/download/d/datenreport/2_18gesch.pdf
- Vesper, D. (2004): Länder- und Kommunalhaushalte in Ostdeutschland: Trotz Konsolidierungsbemühungen hohe Finanzierungsdefizite, in: DIW Wochenbericht 26, S. 373-381
- Weiske, Christine (2005): Schön reden. „Schrumpfung“ im Medium der Kommunikation. In: Weiske, Christine; Kabisch, Sigrun; Hannemann, Christine (Hrsg.): Kommunikative Steuerung des Stadtbbaus. Interessengegensätze, Koalitionen und Entscheidungsstrukturen in schrumpfenden Städten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 59-75.
- Wiekert, Ingo (Hg. 2005): Zehn aus Achtzig Burkart Lutz zum 80. Forschungsergebnisse aus dem zsh. Berlin: GSFP
- Wiener, Bettina (2003): Entwicklung des Fachkräftebedarfs in KMU – Perspektiven für Jugendliche. In: LASA Arbeit für die Jugend. Ansätze zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern. Fachtagung am 8. und 9. Juli 2003. Potsdam, S. 47-58
- Willisch, Andreas (2004): Defizitträger und Paradoxiegefangene. Lebenskonstruktionen von Überflüssigen in deindustrialisierten ländlichen Krisenregionen. Ad-hoc-Gruppe: „Prekäre Inklusion und Normalitätsfiktionen in peripheren Regionen“ auf dem Kongress für Soziologie 2004 in München. www.thuenen-institut.de
- Wittke, Volker (1995): Wandel des deutschen Produktionsmodells: Beschleunigen oder Umsteuern? In: SOFI (1995): Im Zeichen des Umbruchs. Beiträge zu einer anderen Standortdebatte. Opladen: Leske und Budrich